

Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00020-5



NL_Oppenheim_00020-5

StAMZ, NL Oppenheim / 20.5 - AD



Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim
Akte-N° : 00020-5



NL_Oppenheim_00020-5

STADTARCHIV MAINZ
Nachlass Oppenheim

Anredung der Fa. Max Krause
Wohnungsamt a. a.

1952

Stadtarchiv
Mainz
NL Opp. / 20,5
Oppenheim

SOENNECKEN
BONNA ES DIN A4

und Wetter

eine Drei-Personen-„Wohnung“

Plötzlich stürzte die Decke ein . . .

Seit zehn Tagen stehen Möbel im Wind

Zwei Mainzer Familien vom gleichen Unglück verfolgt / Acht Quadratmeter:

F. J. — Innerhalb einer einzigen Stunde sprachen zwei Frauen auf der Redaktion vor, und beide klagten uns die gleiche Not. Die eine kam aus der Großen Weißgasse 12, die andere aus der Zanggasse 22. Und jede von ihnen hat den schrecklichen Augenblick erlebt, daß ihr die Decke der Wohnung buchstäblich über dem Kopf zusammenstürzte.

A.Z./2.7.52

Der „Wohnung!“ Das, was ihnen als Unterschlupf zur Verfügung steht, seitdem sie total ausgebombt waren, vermag nicht im mindesten den Anspruch darauf zu erheben, eine Wohnung zu sein. In der Großen Weißgasse 12 sind es zwei kümmerliche Räume im Parterre. Einer davon ist noch niemals benutzt worden. Er wurde gemieden, weil es einem menschlichen Wesen nicht zumutbar ist, sich darin aufzuhalten. Und siehe da: jetzt stürzte auch noch mit lauteem Krach die Decke zusammen!

Selbstverständlich trug man das alles auch gestern wieder bei der zuständigen Stelle vor. Man machte darauf aufmerksam, daß auf den restlichen acht Quadratmetern nun schon seit Jahren eine Frau mit ihrem 22 Jahre alten Sohn und ihrer 21 Jahre alten Tochter lebt. Daß die drei Personen in diesem einen kläglichen Zimmer wohnen und schlafen, kochen und waschen.

Das Ergebnis der eindringlichen Bitte, hier endlich Abhilfe zu schaffen? Das übliche pessimistische Achselzucken . . .

Am 6. Juli stürzte, wie wir seinerzeit meldeten, im Hause Zanggasse 22 die Decke des Wohn- und Schlafzimmers des Ehepaars Leyendecker ein. Angstvolle Minuten . . . Dreck, Schutt und Schrammen . . . Die Feuerwehr erschien, und noch heute liegt der über fünfzig Jahre alte Leyendecker, den man aus den Trümmern hervorgeholt hatte, im Krankenhaus.

Seit dieser Stunde hat Frau Leyendecker kein Dach mehr über dem Kopf. Sie sitzt praktisch auf der Straße. Und die Möbel, das bissel Hab und Gut, das man mühsam vor dem Bombenhagel des Krieges gerettet hatte, stehen nun schon seit zehn Tagen draußen auf dem engen Hof, dem Wind und

Wetter schutzlos preisgegeben. Und hier inmitten ihrer Möbel schläft Nacht für Nacht unter freiem Himmel die bemitleidenswerte Frau!

Wo soll sie hin . . . ? Die alte Nachbarin, die in dem einen Raum zur Hofseite hin eingeeckt lebt, wie eine Sardine in der Büchse, kann beim besten Willen keinen Rat schaffen. Und dann existiert da noch ein winziges Stübchen, in dem ein junges Ehepaar alles andere als sonnige Jahre verlebt

Sauer verdientes Geld hat das Ehepaar Leyendecker in seine Behausung gesteckt, damit wenigstens wieder Scheiben in die Fensterrahmen kamen und damit man in etwa das Gefühl hatte, wieder menschenwürdig zu wohnen. Nun ist das alles mit einem Schlag vernichtet.

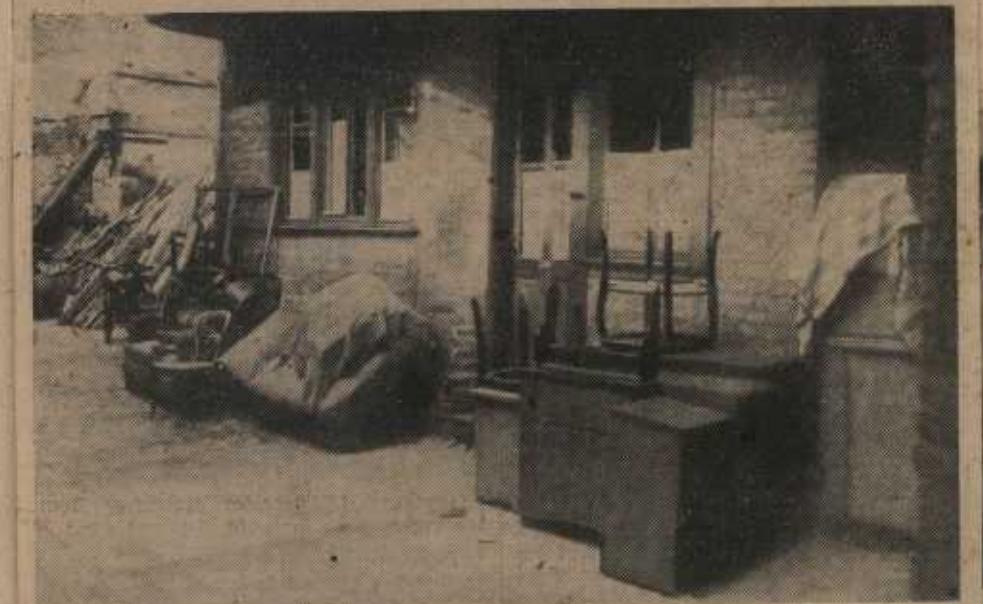
Was soll jetzt geschehen . . . ? Wie soll das weitergehen? Wer vermag darauf eine Antwort zu geben, . . . ?

Seinen Verlebungen erlegen

Der 40jährige Motorradfahrer Adam Schleith aus Eddersheim, der in der Nacht zum Montag an der Steig in Mainz gegen eine Verkehrsinsel gefahren war, ist in einem Mainzer Krankenhaus an den Folgen seines schweren Schädelbruchs gestorben. Seine Soziusfahrerin, eine Frau aus Weisenau, befindet sich außer Lebensgefahr.

Heimatforschung im Funk

Heute bespricht im Rahmen der Sendung „Aus dem kulturellen Leben“ im Landestudio Rheinland-Pfalz des Südwestfunks für Ultrakurzwelle um 18.45 Uhr Anton M. K e i m die letzte Tagung der Arbeitsgemeinschaft rheinhessischer Heimatforscher, die in Nierstein stattfand.



Seit zehn Tagen stehen die Möbel des Ehepaars Leyendecker in der Zanggasse 22 auf dem Hof, und dort, unter freiem Himmel, schläft Nacht für Nacht die Frau des Herrn Leyendecker, die infolge der Verletzungen beim Deckeneinsturz noch immer im Krankenhaus liegt.

Das ist die „Küche“, zwei mal zweieinhalb Meter groß im Hause Große Weißgasse 12. Die Decke dieses Raumes, für den ebenfalls Miete mit entrichtet werden muß, ist gestern morgen eingestürzt. Fotos: Karin Eckert

Nochmals das 25-Millionen-Engagement

Die Investitionspläne der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden

Die wirtschaftlichen Erwägungen, die um die Investitionspläne der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. in der „Allgemeinen Zeitung“ geknüpft wurden, haben den Betriebsrat der Werke auf den Plan gerufen. In einem längeren Schreiben stellt er die verschiedensten Argumente zusammen, die seiner Meinung nach die Pläne der Verwaltung der Werke rechtfertigen. Wir greifen die Kernpunkte dieser Verteidigung heraus.

Schon heute, so erklärt der Betriebsrat unter anderem, ist der Bedarf an Strom und Gas größer als es die normale Leistungsfähigkeit der Maschinen zuläßt. Täglich fallen Kessel und Turbinen der Stromerzeugungs-Anlage wegen zu großer Belastung aus. Die Arbeiterschaft steht deshalb in ständiger Bereitschaft, um rasch bei den sich häufigen Reparaturen des Werkes eingreifen zu können. *Z. 16.7.52*

Bedarfssteigerung an Strom und Gas

Das Wachsen und der Wiederaufbau der beiden Nachbarstädte Mainz und Wiesbaden erhöht dazu, so stellt der Betriebsrat weiter fest, täglich den Bedarf an Strom und Gas. Der Aufbau der Jenaer Glaswerke in Mainz macht es weiterhin notwendig, die Energielieferung zu verbessern und auszudehnen.

Der steigende Bedarf an Energien, den die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. heute schon nicht mehr völlig decken können, verschärft sich dadurch, daß die Maschinen des Werkes in der Vergangenheit nicht in dem notwendigen Ausmaß erneuert werden konnten. Die Lebensdauer der Anlagen ist durch die hier im Wirtschaftsraum gegebene ständig erhöhte Beanspruchung dazu bedeutend verkürzt. Der Betriebsrat befürchtet deshalb, daß der Wert der Anlagen sehr schnell, unter Umständen sogar auf den Schrottwert herabsinkt, wenn die Anlagen nicht erneuert werden. Unter solchen Umständen sieht er eine schnelle Erhöhung der Selbstkosten und in der Auswirkung eine Steigerung der Gas- und Strompreise voraus.

Lieferungsvertrag mit Großerzeugungswerk?

Der Bedarf an Energie müßte, so meint der Betriebsrat weiter, bei einem gestoppten Ausbau der Werke dadurch gedeckt werden, daß die Städte Mainz und Wiesbaden mit einem rheinischen Großerzeugungswerk einen Lieferungsvertrag abschließen. Ein solcher, vielleicht im Anfang sehr guter Vertrag würde bestimmt nicht zum Vorteil der

Städte sein. Er würde nicht nur Hunderte von Arbeitern der Werke durch die Belieferung von Ferngas und Überlandstrom arbeitslos machen. Er würde, so hebt der Betriebsrat hervor, auch die Erzeugung und die Belieferung mit Koks, insbesondere für Schulen und Krankenhäuser der beiden Städte, aus der Eigenproduktion der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. unmöglich machen. Die bisher reibungslose Kokslieferung durch die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden würde dann nicht ohne weiteres sicher sein.

Nach drei Jahren wieder Gewinn

Schließlich befürchtet der Betriebsrat auch eine vielleicht tagelange Unterbrechung der Gas- und Stromlieferungen bei Schädigungen an den Fernleitungen.

Demgegenüber glaubt der Betriebsrat, daß die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden durch die Investition der 25 Millionen DM wieder zu einem modernen, leistungsfähigen Werk werden. Die in der Bauzeit mögliche Erhöhung der Selbstkosten wird, das ist die Überzeugung des Betriebsrats, nach der Vollendung des Ausbaus und der Modernisierung durch eine ganz beträchtliche Senkung der Selbstkosten abgelöst werden können. Die nächsten zwei bis drei Jahre würden zwar weniger Einnahmen bringen. Aber in der folgenden Zeit würden die Werke wieder mit Gewinn rechnen können.

Verhandlungen der Energiewirtschaft des Bundesgebietes mit dem Finanzministerium haben, so erklärt der Betriebsrat schließlich, zum Ziel, mit Rücksicht auf die wiederholten Erhöhungen der Kohlenpreise, der Materialien und der Gütertarife die Strom- und Gaspreise zu erhöhen. Diese geplanten Erhöhungen hätten aber nichts mit der Investition der 25 Millionen Mark zu tun.

Was darauf zu erwidern ist

Daß bei den Versorgungsbetrieben für Wasser, Gas und elektrische Energie Sonntagsdienst herrscht wie bei jedem Verkehrsbetrieb, an den Kraft- und Gaserzeugungsanlagen fortgesetzt Reparaturen auszuführen sind, auch bestimmte Werksanlagen dann und wann erneuert werden müssen, die Lebensdauer der Anlagen bei erhöhter Beanspruchung eine kürzere ist, der Wiederaufbau der Städte Mainz und Wiesbaden die Steigerung des Gas- und Stromverbrauchs zur Folge hat: dies alles ist wohl selbstverständlich. Bemerkenswerter sind schon die Befürchtungen des Betriebsrats im Falle des Fernbezugs von Strom und Gas, und die Hoffnungen, die der Betriebsrat an die Ausgabe von 25 Millionen DM nach einem vorübergehend mehrjährigen Ausfall der Einnahmen bei den beiden Städten knüpft.

Doch ist alles, wie zu erkennen ist, zu allgemein gehalten, so daß von sachverständiger Seite darauf nicht eingegangen werden kann. Die Ausgabe von 25 Millionen DM ist nach keiner Richtung hin substantiiert. Die in unserer Ausgabe vom 10. Juli im öffentlichen Interesse gestellten Fragen sind nicht konkret beantwortet worden.

Nach den von sachverständiger Seite in unserer Ausgabe vom 10. Juli gemachten Darlegungen handelt es sich insbesondere um folgende Fragen, deren Antwort zumindest das Interesse der Stadtväter von Mainz und Wiesbaden wie auch der Bezieher von Strom und Gas erwecken dürfte:

1. Ist die Investierung von 25 Millionen DM für den Ausbau der Kraft- und Gaserzeugungsanlagen der KMW marktwirtschaftlich begründet?

2. Welche Erzeugungskapazität steht den Kraft- und Gaserwerken Mainz-Wiesbaden gegenwärtig zur Verfügung?

3. Mit welcher Leistungsfähigkeit der Kraft- und Gaserzeugungsanlagen wird gerechnet, wenn 25 Millionen DM ausgegeben werden?

4. Wie hoch belaufen sich gegenwärtig die Erzeugungsselbstkosten je kWh-Stunde bzw. cbm?

5. Mit welchen Erzeugungsselbstkosten je kWh-Stunde bzw. cbm wird nach Ausbau der Produktionsanlagen gerechnet?

6. Welchen Preis fordern die rheinischen Großerzeugungswerke?

7. Wie hoch sind die Zinsen für das aufzunehmende Darlehen von 25 Millionen DM und mit welcher Tilgung ist je Jahr zu rechnen?

8. Welche Sicherungsmaßnahmen hinsichtlich der langfristigen Finanzierung sind für den Fall der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung vorgesehen?

Darüber hat die Öffentlichkeit nicht ein Sterbenswörtchen erfahren und deshalb wurden die Stadtväter von Mainz und Wiesbaden als die Vertreter der gesamten Bürgerschaft in dieser doch entscheidenden Frage daran erinnert, was sie den steuerzahrenden Bürgern schuldig sind. 25 Millionen DM Kredit und die darauf in Zukunft zu leistenden Zinsen und Tilgungsquoten sind eben kein Pappenspiel, eingedenk des elementaren Finanzierungssatzes: Expansion auf Pump ist wohl begierlich, Rückzahlung zuweilen aber schwierlich und deshalb gefährlich.

Also nochmals: Maßhalten in öffentlichen Angelegenheiten!

38.

unsere Vaterstadt vergessen“

und Rückführung der Evakuierten

aufzusuchen und sich von den Verhältnissen persönlich zu überzeugen, in denen sie zu leben gezwungen sind. Dieser Aufforderung unserer Mainzer Mitbürger haben wir uns nicht verschließen können und so geben wir in dem Folgenden einen Bericht von dem, was wir über die wohnwirtschaftliche und seelische Not unserer evakuierten Mainzer Mitbürger feststellen konnten.

Eine einzige Klage: „Hat uns Das Mainzer Problem ist die Betreuung

Unsere Ausführungen über die dringende Notwendigkeit, erst einmal, wie es in den meisten anderen Städten bereits der Fall ist, die Innenstadt aufzubauen und damit den vielen Tausenden evakuierter Mainzer die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, hat uns geradezu eine Flut von Zuschriften zwangsläufig auswärts eingewiesener Mainzer gebracht. Fast alle Briefe schlossen mit der Bitte, sie doch einmal

A.Z.

16.7.52. Die Vertröstungen des Wohnungsamtes

Alle evakuierten Mainzer, die wir aufsuchten, überfielen uns zuerst einmal mit den ununterbrochenen Vertröstungsschreiben des Mainzer Wohnungsamtes. Aus Wochen wurden Monate. Aus Monaten wurden Jahre. Es geschah nichts. Aus einem dieser Schreiben des städtischen Wohnungsamtes, das am 22. Dezember 1951 an Karl Friedrich Röhner in Ingelheim-Süd gerichtet war, heißt es:

„Es warten heute noch über 20 000 evakuierte Mainzer auf die Rückkehr nach Mainz, von denen sogar die meisten in Mainz in Arbeit stehen und täglich hin- und herfahren müssen. Selbstverständlich sollen auch die alten, nicht mehr in Arbeit stehenden Mainzer wieder in die Heimatstadt zurückgeführt werden. Dies kann jedoch leider nur im Rahmen des fortwährenden Wiederaufbaus geschehen.“

Ihre Wohnungsangelegenheit bleibt, ohne daß ich Ihnen einen bestimmten Zeitpunkt für die Zuweisung einer Wohnung anbieten kann, weiterhin in entsprechender Bearbeitung.

gez. Unterschrift.“

So gehen diese Schreiben am laufenden Band an die Evakuierten. Die Erklärung des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtratssitzung, daß noch Generationen darüber vergehen würden, bis der letzte

Rest von Trümmern hinweggeräumt ist, und an dieser Stelle wieder Wohnungen und Betriebsräume entstehen können, hat den meisten alle Hoffnung auf eine Heimkehr nach Mainz, es sei denn auf den Friedhof, genommen.

Unsere Rundfahrt

Mehr als 20 000 Mainzer — diese Zahl entspricht der heutigen Bevölkerung der Städte Bingen und Alzey — harren sieben Jahre nach Kriegsende noch auf die Rückführung in ihre Vaterstadt. Nach den unheilvollen Bombenangriffen wohnen sie, über ein großes Gebiet zerstreut, heute in Rheinhessen, im Rheingau, im Maingebiet, ja sogar im Taunus, in Oberhessen, im Odenwald und im Hunsrück. Mit jeder Faser ihrer Herzen hängen sie an ihrem „Meenz“, auf dessen Friedhof ihre Angehörigen ruhen, in dessen Gassen sie ihre Jugend verbrachten und wo sie vor sieben, acht Jahren auch einmal eine Wohnung besaßen. Nicht einer von ihnen begegnete uns auf einer ausgedehnten Fahrt durch Rheinhessen, der nicht den Wunsch gehabt hätte, recht bald wieder für immer „heimzukehren“.

Da war die dreizehnjährige Gisela Sch. in Groß-Winternheim, die sich



Auf dieser Bank in Undenheim treffen sich jeden Abend die Mainzer Evakuierten, um gemeinsam die Erinnerung an die „goldene Stadt“ zu pflegen. Die vier Mainzerinnen, denen wir dort gerade begegneten, wohnten früher in der Kurfürstenstraße, der Seilergasse, in der Hinteren Bleiche und in der Margaretenasse.

mit ihren beiden jüngeren Schwestern riesig auf die Schulentlassung freut, weil sie dann in ihrer Heimatstadt in Stellung gehen sollen, da war der 82jährige Rudolf R. in Ober-Ingelheim, der trotz einem vollen Dutzend „Trostschreiben“ des Wohnungsamtes der Stadt Mainz mit seiner um ein Jahr jüngeren Frau noch unverzagt auf den goldenen Tag der Heimkehr wartet und da waren Männer und Frauen von echtem Mainzer Schlag, deren Augen leuchteten, wenn sie von früher erzählten, und denen wie Kinder die Tränen kamen, wenn sie hoffnungslos verzweifelt über die Aussichten sprachen, wieder einmal in „de Stoogaß“, in „de himmerscht Blaasch“ oder „uffm Brand“ zu wohnen.

Manche aber haben resigniert. Acht Jahre sind eine lange Zeit. So lang, daß man darüber die Hoffnung verlieren kann,

noch einmal zurückzukehren. Zu diesen Menschen, denen das Heimweh das Herz brach, gehört die Frau F. in Sprendlingen, die sich mit tiefem Schmerz in der Seele damit abgefunden hat, ihren Lebensabend fern ihrer geliebten Heimatstadt zu verbringen.

Andere hat die Verlassenheit verbittert. Da saßen vier Frauen auf einer Bank, die der Treffpunkt der vielen Mainzer Evakuierten in Udenheim ist. „Ihr seid die Ersten, die einmal nach uns fragen“, sagten sie. „Um uns kümmert sich niemand, wir sind vergessen. Die Stadt hat noch keinen Deut für uns getan. Als uns vor zwei Jahren Oberbürgermeister Stein auf dem Turnerfest versprach, daß wir bald heimkommen könnten, haben wir wieder mit frischem Mut gehofft. Inzwischen sind aber wieder zwei Jahre vergangen und nichts ist geschehen!“

Wohin wir auch auf unserer Fahrt durch die Landkreise Bingen, Alzey und Mainz kamen, immer mußten wir das gleiche hören: „Die Stadt Mainz hat andere Sorgen. Für uns hat sie noch nichts getan. Wir sind vergessen!“

Man wundert sich wirklich, daß die Mainzer Evakuierten nicht in irgendeiner Form, sei es durch Rundschreiben, durch Besuche oder wenigstens das Einräumen von Vergünstigungen auf den städtischen Verkehrsmitteln betreut und unterstützt werden. Da sind viele, die mit den städtischen Omnibuslinien ab und zu gerne einmal nach Mainz fahren würden, wenn sie von ihren paar Mark Unterstützung das Fahrgeld abzweigen könnten. Oder nehmen wir den Fall der Evakuierten in Finthen. Der Vorsitzende ihres Ortsvereins der Fliegergeschädigten Rudolf Sch. wandte sich an die Stadt mit der Bitte, man möge den älteren Evakuierten, die das Bedürfnis haben, öfter einmal mit der Straßenbahn in ihre Heimatstadt zu fahren, doch eine Fahrpreisermäßigung gewähren, da es den Leuten oft schwerfalle, die paar Groschen für den Fahrschein aufzubringen. Mit einem Hinweis auf die preiswerten Kurzbündel wurde diese Bitte abgetan.

Manche der Evakuierten haben sich

wieder gemütliche Heime geschaffen, aber viele wohnen genau so schlecht wie in den Mainzer Notwohnungen. Wir trafen drei-, vier- und sogar fünfköpfige Familien, die in einem Raum hausen müssen, zwölf Personen, die zwei Zimmer mit Küche bewohnen und manche alte Leutchen, die in einem dürtigen Dachkämmchen noch einsamer geworden sind.

Wenn man hört, wie oft manche in Mainz das Wohnungamt aufsuchen, dann kann man ermessen, was ihnen ihre Vaterstadt bedeutet. Man begreift dann aber auch, welch große Verantwortung die Stadt auf sich lädt, wenn sie nicht jeden verfügbaren Pfennig für die Rückführung ihrer Evakuierten verwendet.

Viele der berufstätigen Evakuierten arbeiten in Mainz. Manche fahren täglich drei bis vier Stunden, um zur Arbeitsstelle und wieder zurück zu kommen. Das

ist aber nicht das Schlimmste. Eine Frau rechnete uns aus, daß ihr Mann und ihre Tochter, die in Mainz arbeiten, für Fahrgeld im Monat zehn Mark mehr ausgeben, als ihre schöne Zweizimmerwohnung in Mainz gekostet hat. „Und können sie sich vorstellen, was ich empfinde, wenn ich abends die Stadt verlasse? Wenn man nicht mehr heimfahren kann?“ fragte uns ein evakuierter Mainzer Künstler. So wie ihm geht es vielen. Ihnen krampft sich das Herz zusammen, wenn sie abends zum Bahnhof müssen, um an einen Ort zu fahren, wo es ihnen als „Meenzer Kinner“ so schwer fällt zu leben.

Wenn wir die Zurückführung der Mainzer Evakuierten als das Mainzer Problem Nr. 3 bezeichnen, so nur deshalb, weil seiner Lösung der Wiederaufbau des Stadtkerne und die Schaffung von Wohnungen vorausgehen müssen. An Dringlichkeit steht es den beiden ersten Aufgaben aber keineswegs nach. Das Schicksal der Mainzer Evakuierten, die nach den Worten von Oberbürgermeister Stein in der letzten Stadtratssitzung, vielleicht noch Generationen warten müssen, bis sie in ihre Vaterstadt zurückkehren können, übertrifft in der Größenordnung menschlichen Leids sogar noch die Not des Wohnungselends. Während die große Mehrzahl der in Elendswohnungen hausenden Mainzer alleine damit zufrieden ist, „daheim“ zu wohnen, lebt der Großteil der Evakuierten ohne große Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder nach Mainz zurückzukehren. Viele sind sogar hoffnungslos. Und die letzte Erklärung von Oberbürgermeister Stein war auch nicht dazu angetan, den Trostlosen, mit ihrem harten Schicksal hadernden Menschen, neue Hoffnung zu geben.

Die „Allgemeine Zeitung“ — für viele der verstreut wohnenden Evakuierten oft die einzige Verbindung zu Mainz — bezieht auch mit diesem Artikel eine aufbauende Kritik. Sie macht sich zum Sprecher aller Mainzer Evakuierten, wenn sie feststellt, daß die Stadt Mainz für die Betreuung ihrer außerhalb wohnenden Bürger und für ihre Rückführung viel zu wenig getan hat.



Ein Bett für drei Kinder in einem Zimmer, in dem auch die Mutter und die Großmutter schlafen. Das gibt es nicht nur in der Stadt, sondern auch draußen bei den Evakuierten.



In diesem Raum mit schiefen Wänden haust in Finthen eine dreiköpfige Mainzer Familie, die sich schon mehrmals vergeblich bemühte, in Mainz eine Wohnung zu bekommen, da Vater und Tochter ständig, die Mutter gelegentlich in der Stadt arbeiten. Foto: Karin Eckert

Wir sind unendlich dankbar . . . !

A.Z.

15.2.55. Leser schreiben der „AZ“ / Ihre Ansicht: Wohnungen und wieder Wohnungen bauen!

„Wir sind unendlich dankbar . . .“, oder: „Unsere aufrichtige, herzliche Zustimmung“ so beginnen die meisten Zuschriften, die wir seit Tagen aus allen Teilen des Leserkreises, vor allem aber von evakuierten Mainzern erhalten. Wir wollen heute aus den vielen Briefen nur ein paar bemerkenswerte Sätze zitieren.

Einer Landeshauptstadt unwürdig

„Ueberall in der Bevölkerung“, schreibt der Mainzer S. der zur Zeit in Budenheim wohnt, „herrscht große Freude darüber, daß die Allgemeine Zeitung offen und ehrlich Probleme anpackt, die endlich einmal der Lösung nahegebracht werden müssen. Mit Fug und Recht hat unser Mainzer Anzeiger darauf aufmerksam gemacht, daß man nicht auf einer Seite Millionen-Verpflichtungen eingehen kann, wenn auf der anderen Seite noch 26 000 Mainzer evakuiert sind oder in Kellerlöchern hausen müssen. Das ist einer Landeshauptstadt absolut unwürdig.“

Mutige Stellungnahme

Aus Aspisheim (über Bingen) erklärt ein Mainzer, daß alle Evakuierten im dortigen Raum mit wachsender Aufmerksamkeit die mutigen Stellungnahmen der „AZ“ verfolgen, die hoffentlich den „schwerfälligen Stein bald ins Rollen bringen“. Und dann heißt es weiter: „Laßt doch die Keller zumauern! Und baut Wohnungen und wieder Wohnungen, damit wir nicht bis an unser Lebensende fern von Mainz verkümmern müssen.“

Sind wir schon wieder so weit?

Und Herr J. J. aus Mainz schreibt: „Ich bin empört darüber, und mit mir alle meine Bekannten und Berufskollegen, daß sich der Mainzer Oberbürgermeister so weit vergessen hat, daß er dem Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung empfahl, die Feder aus der Hand zu legen. Und das nur, weil dieser bekannte Journalist den Oberbürgermeister ernst und eindringlich auf die vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung aufmerksam gemacht hat. Sind wir denn wirklich schon wieder so weit, daß sachliche und freimütige Kritik mit Rüpeleien beantwortet und der Maulkorb angedroht wird!“

Als Evakuierte unwillkommen?

Lassen Sie mich als einfachen Geschäftsmann das Folgende zum Fall Krause vortragen:

Ich habe ein schönes, großes Haus, Geschäft unten, Wohnungen oben, in der Innenstadt gehabt. Das ist alles zerstört. Ich muß jetzt mit meiner Familie schon seit Jahren in der weiteren Umgebung wohnen. Wir müssen jeden Tag in die Stadt hineinfahren und auf Arbeit gehen, in der Hoffnung, allmählich

wieder soviel zu sparen, daß man irgendwann als Geschäftsmann einmal von neuem anfangen kann. Ich habe mir das in meiner primitiven, sozialen Einstellung so vorgestellt, daß der Staat, vor allem aber die Stadt, billige Gelder freimachen würde, um all den Betroffenen, nach und nach, mit einem kleinen Kredit die Möglichkeit zu einem neuen, wenn auch noch so bescheidenen Start zu geben.

Sie können sich meine bedrückten Gefühle vorstellen, wenn ich jetzt erfahren muß, daß solches Geld für die ausgebombten und evakuierten Mainzer Geschäftleute nicht da ist, wohl aber für völlig Ortsfremde, denen mit tiefen Bucklingen, wie im Falle Krause, gleich ein Millionen-Kredit zur Verfügung gestellt wird, damit er von Wiesbaden ein paar Straßen weiter hierher umzieht.

Mögen das nun direkte Subventionen sein oder indirekte, es sind jedenfalls Kredite, für die die Stadt einstehen muß, dieselbe Stadt, die auch von unserer Arbeit und von unseren Steuern existiert, obwohl wir als evakuierte Mainzer hier offenbar unwillkommene Gäste sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich fragen, warum denn nicht auch die Bausparkasse Mainz in den Wiederaufbau der Innenstadt eingespannt wird und zwar als Kreditgeberin, soweit das mit ihren laufenden Bauverpflichtungen vereinbar ist. Sie werden mir zwar erwidern, daß die Bausparkasse Mainz kein Institut für solche Kredite ist, daß sie ihre Gelder auch schließlich in den ihr zugewiesenen Aufgaben anzulegen hat. Aber eine solche Anregung könnte doch wenigstens in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

E. L.

Mit mitleidigem Lächeln abgetan!

Lassen wir noch Herrn Josef Karl Wolf, Mainz, zu Worte kommen, in dessen Zeitschrift es heißt:

„Ihre Kritik an der Rede des Oberbürgermeisters in der Freitagnummer hat meine vollste Anerkennung. Herr Stein scheint kein geborener Mainzer zu sein (darin irrt der Zusender, D. Red.), sonst hätte er bei Aufzählung der aus Mainz verschwundenen großen Betriebe die Schuhindustrie nicht vergessen dürfen! Mainz war einst die Zentrale der deutschen Schuhindustrie und hatte noch bis zum ersten Weltkrieg mindestens acht namhafte Betriebe in seinen Mauern. Die im Jahre 1841 gegründete Schuhfabrik S. Wolf war die erste und älteste Schuhfabrik Deutschlands, in der noch in den zwanziger Jahren bis zu 600 Arbeiter beschäftigt waren. Die Firma hatte bis zum Heraufkommen Hitlers Weltruf, und fünfzig Prozent der Produktion gingen nach Australien, Afrika, Indien, Skandinavien und den übrigen europäischen Staaten. Als einzige und letzte konnte sich die Firma S. Wolf bis zum Jahre 1938 in Mainz halten: sie mußte dann schließen und warum?“

Weil es dem Vorgänger des Herrn Stein, dem Oberbürgermeister Barth beliebte, den Betrieb wegen der nichtarischen Großmutter durch Zwangsmaßnahmen zu erdrosseln! Meine Bemühungen als Sechsundsechzigjähriger, nach 1946 Mittel zu erhalten, um den Betrieb wieder aufzuziehen, wurden bei allen Stellen mit einem mitleidigen Lächeln abgetan, so daß ich diese bald wieder einstellte mit einem tiefen Schamgefühl über die Dankbarkeit der Vaterstadt! Und wie sieht es heute aus? Wer bekommt die größten Unterstützungen? Wer bekommt Millionenkredite? Ich glaube nicht, daß es Mainzer sind!

In meiner Familie ist der Mainzer Anzeiger seit seinem Bestehen, also über hundert Jahre, gelesen worden.“

„Die Heimatzeitung fehlt uns“

Traben-Trarbach ist auf der Ansichtskarte zu sehen. Zwischen bewaldeten Kuppen und Rebhängen windet sich die Mosel talwärts. Schülerhand hat einen frohen Gruß auf die Rückseite geschrieben: „Von einer ausgedehnten und schönen Eifel- und Moselwanderung senden wir der lieben Heimatzeitung, die wir jetzt sehr vermissen, freundliche Fahrtengrüße. Die Klasse 8 A der Leibnizschule Mainz.“

Freude schwungt in den Zeilen mit, die auch uns froh gemacht haben. Vielen Dank, liebe Kinder, und einen herzlichen Feriengruß!

Montag, 14. Juli 1952

F 14.7.52

Zweimal Dombrowski

Wir haben bereits bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß Dombrowski nicht nur Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ in Mainz ist, sondern gleichzeitig auch als Chefredakteur des „Wiesbadener Tagblatt“ in Wiesbaden fungiert. Während Dombrowski in Mainz seit Tagen eine wüste Hetzkampagne gegen die Stadtverwaltung, gegen den gesamten Stadtrat und gegen die Interessen der Mainzer Bevölkerung führt, wobei er die Bevölkerung aufstellt, für den Mainzer Aufbau werde nichts getan, läßt er in Wiesbaden den Mainzer Aufbau als vorbildlich herausstellen. Zweimal Erich Dombrowski — zum Schaden von Mainz.

Das „Wiesbadener Tagblatt“ schreibt in seiner Ausgabe vom 9. Juli (Nr. 155) folgendes:

**Stadt kern-Aufbau
in Mainz und in Frankfurt**

Die Stadtverwaltung Mainz will noch in diesem Jahr an den Aufbau der Innenstadt herangehen. Der Stadt kern-Aufbau soll am Mainzer Frauenlobplatz beginnen. Hier hat die Stadt Mainz die auf der Nordseite gelegenen Grundstücke, soweit sie noch nicht in ihren Besitz gekommen waren, erworben, so daß dem Aufbaubeginn nichts mehr im Wege steht. Diese Bebauung mit städtischer Initiative dürfte, so hofft man, auf die übrigen Anlieger so anregend wirken, daß sie zur weiteren Bebauung des Platzes unter Vermittlungshilfe der Stadt bei der Beschaffung von Hypotheken bereit sein werden.

Im schwer zerstörten Mainz hat die Stadtverwaltung die Initiative zum Wiederaufbau des Stadt kerns ergriffen. Man hofft, daß inmitten eines Trümmerfeldes noch in diesem Jahr neues Leben erstehen wird. Frankfurt hat bereits vor einem halben Jahr mit dem Wiederaufbau des Stadt kerns begonnen. Hier tritt das neue Frankfurter Städtebild bereits in deutlichen Umrissen vor den Beschauser.

Man muß sich immer wieder wundern, daß ein ähnlicher Aufbau, wie er in den schwer mitgenommenen Städten Frankfurt und Mainz sich vollzieht, in dem vom Bombenhagel verhältnismäßig verschont gebliebenen Wiesbaden bisher nicht möglich gewesen ist. Gerade in diesen Tagen, in denen Wiesbaden von einem internationalen Publikum anlässlich der Hut-Messe besucht wurde, konnte man Stimmen genug vernehmen, die ihr Erstaunen darüber ausdrückten, daß in unmittelbarer Nähe des Kurhauses und der Kolonnaden sich Trümmerfelder und Verwüstungsgebiete breit machen, wie man sie in anderen Städten in dieser Art und in der gleichen Lage wohl kaum noch antrifft. Der Aufbau rings um Wiesbaden muß unsere Stadt zur Eile mahnen, wenn nicht Wiesbadens Ruf weiter gefährdet bleiben soll.

Oberbürgermeister

Notwendige Antwort an den

Sind persönliche Angriffe sachliche Argumente?

A-Z-14.7.52

Der Generaldebatte über den Haushaltplan für 1952 haben Sie, Herr Oberbürgermeister, eine große Auseinandersetzung mit der Opposition gegen das Millionen-Engagement der Stadt Mainz zugunsten der Firma Max Krause vor ausgeschickt. Darauf hatten wir schon einige Zeit gewartet. Denn nur aus einer sachlichen geistigen Auseinandersetzung, dieser Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, kommt man zur Klärung der jeweils strittigen Verhältnisse und damit zu praktisch aufbauender Arbeit. Diese notwendige Auseinandersetzung haben Sie aber sofort von der höheren Ebene der Sachlichkeit auf die niedere Ebene persönlicher Unterstellungen und Verunglimpfungen verschoben. Sie haben, nach den verhängnisvollen historischen Vorbildern, sich selbst und die Stadt Mainz gleichgestellt und haben dem Gegner Ihrer Kommunalpolitik unterstellt, nicht die gemeinschaftlichen Interessen der Gesamtbürgerschaft wahrzunehmen und, wie ein Diktator, ihm nahegelegt, die Feder aus der Hand zu legen. Das wäre nicht nur für den Betrieb, dem er verpflichtet sei, sondern auch für die Stadt Mainz, der er ja als Mitbürger nur mit der Wahrheit dienen sollte, besser. Das ist eine so herausfordernde Entschleierung diktatorischer Machtgelüste und Einflusansprüche, daß kein Wort hart genug sein könnte, diesen Rückfall in eine glücklicherweise überwundene Vergangenheit mit ihrer Unterdrückung der öffentlichen Meinungsäußerung anzuprangern. Aber wer als erfahrener Journalist die handelnden Personen auf der politischen Bühne nur allzu oft hinter den Kulissen in Unterhosen sieht, wird darüber lächeln.

Politik der vollendeten Tatsachen

Wir haben in unserer Kritik an dem Millionen-Engagement der Stadt den Oberbürgermeister selbst kaum genannt und jedes persönliche Moment vermieden. Jetzt, da er den größten Teil seiner Erwiderung auf persönliche Angriffe gegen den Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ aufbaut, um ihn vor der Öffentlichkeit zu diffamieren, müssen wir notgedrungen auf die wesentlichsten Punkte eingehen. Wir hätten einen „Wortbruch“ begangen, weil wir uns nicht an die Sperrverfügung der Stadtverwaltung gehalten hätten, nicht eher einen Bericht über die Krause-Angelegenheit zu veröffentlichen, als bis alles hinter verschlossenen Türen abgemacht sei. Diese Sperrverfügung bedeutete einen Maulkorb für die Presse. Die Öffentlichkeit sollte erst dann von allem in Kenntnis gesetzt werden, wenn jede Meinungsäußerung dazu nutzlos sei. Diese Politik der vollendeten Tatsachen sind wir ja aus der Vergangenheit gewöhnt gewesen, und wir wissen ja auch, was daraus im Kleinen und im Großen schließlich geworden ist. Aus diesem Gewissenszwang heraus hat sich die „Allgemeine Zeitung“ entschlossen, diese Sperrverfügung nicht einzuhalten, über die der Chefredakteur übrigens vorher überhaupt nicht gefragt worden ist. Das wäre um so notwendiger gewesen, als er von dem Oberbürgermeister schon viele Wochen vorher über den Fall Krause

unterrichtet worden war. Als er dabei grundsätzliche Einwendungen erhob, bat ihn der Oberbürgermeister, um das Millionen-Engagement nicht vorzeitig durch eine Opposition zunächst zu machen, wenigstens so lange zu warten, bis der Vertrag unterzeichnet sei. An diese Zusage hat der Chefredakteur sich gehalten und die ersten Mitteilungen über den Fall Krause nicht vor der Unterzeichnung des Vertrages gebracht.

Kein Ehregerichtsverfahren

Der Oberbürgermeister hat dann erklärt, daß dieses Verhalten dem Chefredakteur ein Ehregerichtsverfahren vor dem deutschen Journalistenverband eingebracht habe. Das ist unrichtig. Ein solcher Antrag ist zwar eingebracht worden, und das

New-York 1, N.Y.
220 Fifth Avenue

FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

Sendet ihm zurück an:

ausstauschen kann, so füllt den beigefügten Bogen aus und Land finden will, mit dem Ihr Briefmarken und Korrespondenz Wenn Ihr nun einen Jungen oder ein Mädchen in einem anderen

Europa korrespondieren möchten. Wenn die Freies vertreten sind, werden alle Bogen mit den Briefmarken und den dazugehörigen Geschichten an Jungen und Mädchen in anderen Ländern gesandt werden, welche gerne mit

7 Freundschaftsbriefen.
ein Fullfederhalter und
eine Uhr.

eine Schreibmaschine,

werden. Diese Freies sind:

10 Freies werden für die 10 besten Geschichten gegeben

nicht mehr als 10 Zellen die Geschichten der Briefmarken.

mit der Schreibmaschine neben jede der drei Briefmarken in auf einem Bogen Papier und schreibt in Druckschrift oder (neu oder gestempelt, aber nicht beschädigt). Besteigt sie von Euren eitgenen Land oder von Vereinten Nationen aus Bewerb für 1952 teilnehmen will, dann wählt drei Briefmarken

Wenn Ihr unter 18 Jahre alt seid und an unserem Wett-

Landes? Kennt Ihr die Geschichte der Briefmarken Eures eitgenen

bedeuten, die sie auf ihren Briefmarken sehen? streut, aber wissen sie auch stets, was die kleinen Bilder die Welt als Ganzes ein besonderes Interesse haben. Es gibt Millionen von Briefmarkensammlern, über die ganze Welt viele Menschen viele Menschen gefesselt, junge und alte, die für Markt die erste Briefmarke gekauft wurde, haben Brief-

Die Geschichte unserer Briefmarken.

New-York 1, N.Y.
220 Fifth Avenue

FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

gelesen. Wir haben zahlreiche Zuschriften zu dem Millionen-Engagement der Stadt Mainz erhalten. Keine einzige protestierte gegen unsere Stellungnahme im Interesse der Gesamtbürgerschaft. Alle, ohne Ausnahme, wandten sich dagegen wider die Politik der Stadtverwaltung. Wir werden, um das dokumentarisch zu belegen, in den nächsten Tagen einen Teil dieser Zuschriften veröffentlichen, die der Stadtverwaltung die Augen über die wahre Stimmung der Bevölkerung öffnen werden.

26 000 draußen wartende Mainzer

Wir bemühen uns auch heute, trotz der gehässigen persönlichen Angriffe des Oberbürgermeisters gegen den Chefredakteur, wie bisher sachlich unsere Argumente gegen die verhängnisvolle Subventions- und Kreditpolitik der Stadt im Falle Krause vorzubringen. Dennoch müssen wir besorgen, daß die folgenden Aeußerungen des Oberbürgermeisters in seiner Rede vor dem Stadtrat Entrüstung in der gesamten Bevölkerung hervorufen werden. Er erklärt: „Ich habe die Befürchtung, daß noch Generationen darüber vergehen werden, bis der letzte Rest von Trümmern, die uns aus dem zweiten Weltkrieg verblieben sind, hinweggeräumt ist und an dieser Stelle wieder Wohnungen und Betriebsräume entstehen können.“

Generationen? Das sind also, um mit den Statistikern zu reden, sechzig bis neunzig Jahre. Die 26 000 Mainzer, die, evakuiert oder umquartiert, mit allen Fasern an ihrer Heimat hängen und unter allen Umständen wieder zurück möchten, werden mit diesen Worten des Oberbürgermeisters darüber belehrt, daß der größte Teil von ihnen hinwegsterben wird, ehe ihre Heimatstadt wieder in der Lage sein wird, sie bei sich aufzunehmen.

Das ist ja gerade der Punkt, auf den es uns in der ganzen Auseinandersetzung ankommt. Man will mit öffentlichen Geldern einen Riesenpalast (mit insge-

samt vier Millionen) für eine Großfirma errichten, um ihr hier in dem gleichen Mainz-Wiesbadener Wirtschaftsraum, wenige Kilometer von ihrer gegenwärtigen Betriebsstätte entfernt, weitere Ausdehnungsmöglichkeiten zu geben. Man erschöpft nach und nach alle, schließlich nur beschränkten Geld- und Kreditmöglichkeiten, statt an das Nächste liegende, das heißt an den systematischen Wiederaufbau der zerstörten Innenstadt zu denken, wie es bereits die anderen Städte als das Vordringlichste in Angriff genommen

STÄDTISCHES THEATER MAINZ

Heute, 14. 7., 14.30 Uhr: *Winnetou*
19.30 Uhr: Zum letzten Male:
Der Kreidekreis
Volksbühne 5 und freier Kartenverkauf
haben. Diese Worte des Oberbürgermeisters, daß noch Generationen vergehen würden, ist wohl das Mitleidsloseste und Unsozialste, was ein Stadtoberhaupt den heimatvertriebenen Bürgern sagen konnte.

Wie Kredite aufbringen?

Wie schwierig im übrigen die Geldbeschaffung sich heute gestaltet, nachdem man eben erst noch zwölf und eine halbe Million Mark für die Erweiterung der Gas- und Elektrizitätswerke vorgesehen hat, geht daraus hervor, daß die Landesregierung von Rheinland-Pfalz auch nicht im entferntesten daran denkt, die 400 000 Mark als Kredit für das Krause-Projekt herzugeben, auf denen man seine Kalkulationen aufgebaut hatte. Die fehlenden 600 000 Mark für die erste Baurate, die das Landesarbeitsamt als Kredit beisteuern sollte, sind auch noch nicht gegeben worden, und wir möchten der Stadt den dringenden Rat geben, erst dann mit dem ersten Spatenstich zu beginnen, wenn sie den Scheck in der Hand hat. Mehr möchten wir heute darüber nicht sagen. Auf alle Fälle scheint man sich doch ziemlich leicht hin auf ein Millionen-Engagement eingelassen zu haben, in dem die Millionen oder welche Summe auch immer zunächst nur auf dem Papier des städtischen Projektes stehen.

Entsatz 13.6.52.
In eigener Sache

Sachverhalt: Am Dienstagvormittag fand beim Oberbürgermeister der Stadt Mainz in Anwesenheit des Seniorchefs der Firma Max Krause, des Ältestenrates des Stadtparlamentes und der Dezernenten eine Pressekonferenz statt, auf der die Journalisten ausführlich über das Projekt der Verlegung der Firma Max Krause nach Mainz unterrichtet wurden. Am gleichen Tag fand die Unterzeichnung der notwendigen Verträge zwischen der Stadt und der Firma statt.

Da der Stadtrat erst am Mittwoch über die Sache zu entscheiden hatte, sprachen der Oberbürgermeister und die Vertreter der Firma die dringende Bitte aus, von den Mitteilungen nicht vor Mittwoch 18.00 Uhr Gebrauch in den Zeitungen, den Nachrichtendiensten oder am Rundfunk zu machen. Alle anwesenden Journalisten, einschließlich des Vertreters der „Allgemeinen Zeitung“ Mainz, erklärten sich mit dieser Sperrfrist einverstanden.

Während sich alle Zeitungen, Nachrichtendienste und der Rundfunk an diese Abmachung hielten, blieb es der Allgemeinen Zeitung vorbehalten, bereits am Mittwoch eine entsprechende Mitteilung unter der Überschrift „M.K. kommt nach Mainz“ zu bringen. Dabei mutet es wie ein übler Schildbürgerstreich an, wenn dabei das „Wiesbadener Tagblatt“ als Nachrichtenquelle angegeben wurde. Dieses Blatt erscheint nämlich als Kopftblatt der AZ im gleichen Verlag. Wir hätten dann auch schreiben können „Wie die rechtsrheinische Ausgabe der „Freiheit“ berichtet . . .“ Auf solche verschlagenen Gedankengänge kommen wir aber offensichtlich nicht . . .

Konsequenzen: Alle betroffenen Journalisten haben beim Journalistenverband schärfste Verwahrung gegen ein solches unkollegiales Verhalten eingelegt. Gleichzeitig wurde gegen den Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung, der zu allem Überfluß auch noch Ehrenvorsitzender des Journalistenverbandes Rheinland-Pfalz ist, ein Ehrengerichtsverfahren beantragt. Wer mit gegebenen Versprechen und mit einem gebilligten Sperrvermerk so leichtfertig umspringt, richtet sich selbst. Wir werden jedenfalls unbeirrt davon auch weiterhin für Sauberkeit und Ehrlichkeit unter unseren Berufskollegen eintreten. Nur die zweifelhafte Ehre zu haben, eine Meldung zuerst veröffentlichten zu können, wird uns niemals dazu verleiten, anderen Kollegen gegenüber und gegenüber einem Oberbürgermeister wortbrüchig zu werden.

Die Stellungnahmen der Fraktionsführer zum Haushaltspunkt

Auf eine Einzelberatung des Etats wurde verzichtet / Die Ausschüsse hatten alles vorbereitet

fj. Wir berichteten bereits gestern ausführlich über die Etatberatungen im Mainzer Stadtrat und teilten unseren Lesern mit, daß der Haushaltspunkt für 1952 in der vorliegenden Form die Billigung aller Fraktionen fand, mit Ausnahme der Kommunisten. Außerdem stimmte auch Stadtrat Bachmann (Christlich-Demokratische Union) dagegen. Stadtrat Bachmann hatte übrigens eingangs der Sitzung angeregt, daß man einen Betrag von 4000 Mark, der für eine Informationsreise der Stadträte eingesetzt ist, lieber dafür verwenden solle, um die Zufahrt zum „Brand“ in Ordnung zu bringen.

Fröhder: Hilfe für die Schulen

Wenn auch in Anbetracht dessen, daß in den verschiedenen Ausschüssen eine gründliche Vorarbeit zum Etat geleistet worden ist, auf eine Einzelberatung des Haushalts verzichtet wurde, so nahmen selbstverständlich doch die Fraktionsführer grundsätzlich dazu Stellung. Den Beginn machte für die Sozialdemokraten der Stadtrat Fröhder. Er unterstrich unter anderem die dringende Notwendigkeit, den Wohnungsbau in verstärktem Maße zu fördern, und begrüßte die Einsetzung weiterer Mittel hierfür. Fröhder verlangte außerdem eine noch intensivere Unterstützung der Volksschulen und die Zusammenfassung aller Kräfte, um die leiblichen und seelischen Nöte aller Bedürftigen zu lindern. Bemerkenswert ist noch, daß sich der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende für das Wiedererstellen des Gebäudes der Mainzer „Liederhalle“ und für die Schaffung eines würdigen Heims für das Peter-Cornelius-Konservatorium einsetzte.

Christ: Im Vordergrund der Wohnungsbau

Im Namen der Freien Demokraten bemerkte Stadtrat Christ, es sei erfreulich, daß in diesem Jahr der Vorschlag ausgeglichen sei. Das sei nur darauf zurückzuführen, daß im Jahr zuvor schon die nötigen Maßregeln von Seiten der Mehrheit des Stadtrats getroffen wurden.

Durch den Zuzug einiger Großfirmen werde sich für die folgenden Jahre das Ergebnis noch wesentlich bessern, und durch die rege Bautätigkeit innerhalb des Stadtgebietes, besonders auch von der Geschäftswelt, sei für die folgenden Jahre selbst bei jetzigen Sätzen mit wesentlich höheren Ergebnissen aus der Grund- und Gewerbesteuer zu rechnen.

Erfreulich sei es auch, daß der soziale

Wohnungsbau von der Stadt nicht vergessen werde. Die Bautätigkeit gerade in dieser Beziehung sei in Mainz wesentlich größer als in anderen Städten. So würden z. B. im Jahre 1952 von derartigen Wohnungen in Mainz 836 erbaut, während man in einer großen Stadt wie Stuttgart nur 269 Wohnungen erbaue. Seine Fraktion werde sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß das Wohnbauproblem nicht vernachlässigt wird.

Es sei auch notwendig, daß mit der Stadt Wiesbaden möglichst ein „Zweckverband“ geschaffen werde, da die Städte Mainz und Wiesbaden ein gemeinsames wirtschaftliches Ganze darstellen. Die Rückgliederung der rechtsrheinischen Vororte müsse auch weiterhin mit aller Energie betrieben werden.

AZ. 12.7.52. Diehl: Eine Million für Aufbau des Stadtcores

Für die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union führte Stadtrat Georg Diehl u. a. folgendes aus:

„In dem Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1951 wurde nach dem Stand von Ende Januar 1952 eine Mehreinnahme von 1 Mill. DM für Gewerbesteuer eingestellt. Die tatsächlich Mehreinnahme wird sich nach der Rechnung gemäß dem Vorbericht jedoch auf rund 2 Millionen DM stellen, so daß ein weiterer Überschuß von 1 Mill. DM erzielt wird. Ganz abgesehen von evtl. weiteren Überschüssen, die sich erst nach endgültiger Rechnungslegung sowie nach endgültigem Abschluß der Rechnungen der Stadtcores aus den Jahren 1949, 1950 und 1951 ersehen lassen, steht sonach mindestens der Betrag von einer Mill. DM zur Überführung in den außerordentlichen Etat bereits fest. Die CDU-Fraktion stellt daher den Antrag, diesen Betrag von 1 Million DM zum Wiederaufbau des Stadtcores, bzw. für den sozialen Wohnungsbau im außerordentlichen Etat zu verwenden. (Dieser Antrag fand später bei der Abstimmung nicht die notwendige Mehrheit des Hauses. D. Red.)

Die Haltung der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im vergangenen Jahr bei Ablehnung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Grundsteuererhöhung war nicht, wie uns damals vorgeworfen wurde, eine propagandistische Mache, sondern entsprach einer vorausgeschauten finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung der Stadt. Wir begründeten damals unsere Ablehnung mit den bestimmt zu erwartenden größeren Gewerbesteuernachzahlungen. Aus den gleichen Gründen versagten wir uns dem Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Strom- und Gaspreises und insbesondere der Verkehrstarife. Auch hier hat es sich gezeigt, daß die Erhöhung der Tarife nicht zur Erhaltung der Werke notwendig war, sondern die Mehreinnahmen, die infolge der Erhöhung der Tarife erzielt wurden, fast restlos der Stadtkasse zuflossen. Allein über 3½ Mill. DM wirtschaften die Stadtwirke im Rechnungsjahr 1952 in Form von Zinsen, Konzessionsabgabe, Gewerbesteuer, Gewinn usw. zugunsten der städt. Finanzen heraus, gegenüber nur rund 1½ Mill. DM im Wirtschaftsjahr 1951/52.

Wenn diese günstige finanzielle Entwicklung der Stadt Mainz in diesem Rechnungsjahr anhält, wird der Stadtrat im nächsten Jahr ernstlich zu prüfen haben, ob eine Herabsetzung der Steuer und Gebühren auf den Stand von 1950 nicht doch im Interesse der Bevölkerung ratsam ist.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung vertritt die CDU-Fraktion die Auffassung, daß die Stadt Mainz in erster Linie verpflichtet ist, die einheimische Wirtschaft — Handel, Gewerbe und Industrie — zu fördern und zu unterstützen. Die Heranziehung auswärtiger Firmen ist zu begrüßen, sofern diese dem wirtschaftlichen Gefüge der Stadt dienlich ist und den auswärtigen Firmen nicht größere Vorteile zugesagt werden müssen, als den einheimischen Firmen zuteil werden. Eine Heranholung auswärtiger Wirtschaftsbetriebe um jeden Preis werden die Christlichen Demokraten nicht mitmachen.

Des weiteren sind wir der Meinung, daß die Haltung unrentabler städti-

scher Betriebe, die obendrein noch ein Konkurrenzunternehmen gegenüber dem einheimischen Gewerbe und Handel bedeuten, nicht zum Aufgabenbereich einer Gemeinde gehört. Wir werden daher alle Bemühungen, die evtl. darauf gerichtet sind, Regiebetriebe irgendeiner Art einzuführen, zu verhindern.

Der Theater-Etat ist trotz äußerster Einschränkung noch zu hoch, für die Verhältnisse der Stadt Mainz betrachtet. Das Land Rheinland-Pfalz wäre unseres Erachtens verpflichtet, dem Theater der Landeshauptstadt — schon in Anbetracht der viel höheren Bezuschussung des Theaters in Hessen — einen größeren Betrag als seither zuzuweisen.

Die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union stimmt dem diesjährigen Etat in der Erwartung zu, daß alle überschüssigen Mittel aus den vorhergehenden Jahren im sozialen Wohnungsbau Verwendung finden.“

Der kommunistische Stadtrat Wittmann begründete die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum Mainzer Etat.

Erklärung der Fraktionen

Im Anschluß an die Erklärung zum Fall Krause (s. gestr. Ausgabe der „AZ“) verlas Oberbürgermeister Stein eine Erklärung aller Fraktionen, die folgenden Wortlaut hat:

Auf die Angriffe, die von der Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ in Mainz wegen des Zuzugs der Firma Max Krause nach Mainz erfolgt sind, geben wir folgende Erklärung ab:

1. Die Stadt Mainz hat keinerlei Verpflichtungen übernommen, wodurch die Steuerzahler der Stadt irgendwie in Anspruch genommen werden könnten.
2. Wohnungsbauteile durch den Zuzug der Firma Max Krause werden nicht gehindert, ja, im Gegenteil, der soziale Wohnungsbau dürfte durch den Zuzug fremder Firmen noch vergrößert werden.
3. Bei allen in den letzten Jahren nach Mainz zugewanderten Firmen haben die Stadt Mainz keinerlei geldliche Zuwendungen gemacht oder Steuervergünstigungen gewährt, sondern lediglich in einzelnen Fällen Kreditgarantien gegeben, welche meist auf gesicherter Grundlage basiert sind, so daß die Steuerzahler in Mainz davon nicht betroffen werden.
4. Alle für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel und behördlichen Vergünstigungen wurden voll ausgenutzt und die dafür notwendigen ersten Hypotheken von der Stadt beschafft.

Mainz, den 10. Juli 1952.

Für die FDP: gez. Wilhelm Christ
Für die CDU: gez. Diehl
Für die SPD: gez. Fröhder
Für die KPD: gez. Wittmann

Sendet Eure handgemalten Weltfreundschaftskarten an:
220 Fifth Avenue
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH
New-York 1, N.Y.

Weltbewerb teilnehmen.
Nur Buben und Mädchen unter 18 Jahren können an diesem Wettbewerb teilnehmen.
Für die Nachstbesten Weltfreundschaftskarten geben werden.
Für die drei besten Weltfreundschaftskarten, welche unser Büro anerkennen, werden außerdem als Zeichen besonderer Anerkennung in 1952 erteilen. Außerdem werden als Zeichen besonderer für die drei besten Weltfreundschaftskarten, welche unser Büro einen Fullförderhalter
etliche Uhr und eine Schreibmaschine,
Dieses Jahr geben wir drei Preise:
über das ganze Jahr.
Das Projekt der Weltfreundschaftskarten erstreckt sich freunde suchen.
mit der Bitte, sie an Schüler zu verteilen, welche neue Schreib-

WELTFREUNDSCHAFTSKARTEN
220 Fifth Avenue
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH
New-York 1, N.Y.
- 4 -

E r k l ä r u n g

von Oberbürgermeister Stein in der Stadtratssitzung
am 10. Juli 1952 betreffend Betriebsverlegung
der Firma Max Krause nach Mainz.

manach am 11.7.
Herr Böde
Wiederholung

Die Festhaltung und Ansiedlung handwerklicher und industrieller Betriebe ist leider in den vergangenen Jahrzehnten nicht in ausreichendem Maße beachtet worden. Die guten Standortverhältnisse unserer Stadt, bedingt durch den Schnittpunkt Rhein-Main, wurden nicht genügend ausgewertet. Die günstige Frachtlage, die unsere Stadt nachweist, ist nur zum kleinsten Teil ausgenutzt worden.

Viele Mainzer Bürger beklagen es bis zum heutigen Tage auf das tiefste, daß in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur keine Betriebe nach Mainz gekommen sind, sondern im Gegenteil eine erhebliche Abwanderung erfolgte. Es sei mir in diesem Zusammenhang gestattet, nur einige markante Namen zu nennen. Es erfolgte die Betriebsverlagerung der Sektfabrik Henkell nach Biebrich, die Liquidation der bekannten Lederwerke Michel-Mayer-Deninger aus der Neustadt und die Verlegung der Lederwerke Ihm nach Raunheim. Ebenso wichtig ist, die Tatsache festzuhalten, daß die in der ganzen Welt durch ihre Qualitätsarbeit bekannte Möbelschreinerei Bembé und die Möbelschreinerei Rauch untergegangen sind. Es existieren auch nicht mehr die bekannten Firmen der Beleuchtungsindustrie Oberdahn & Beck, Busch und Gasapparat und Gußwerk. Ein weiterer beachtlicher Verlust des Wirtschaftspotentials hat sich während der Herrschaft des Nazi-Reiches in Mainz entwickelt, als Mainz durch die Deportierung und Vernichtung vieler jüdischer Geschäftsinhaber seine Vorrangstellung im Weinhandel verlor. Dazu gehört auch die Stilllegung der Sektfabrik Schönberger und die Produktionsverlagerung der Schöfferhof-Brauerei. Alle diese Tatsachen sind ein bedauerliches Zeichen dafür, daß Mainz in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kein industriegünstiges Klima hervorzurufen verstand. Zu dieser Entwicklung auf der negativen Seite gesellte sich das Unglück der Vernichtung der Stadt Mainz hinzu und die nach dem Kriege erfolgte Amputation. Sie wissen alle, wie bedeutungsvoll die industrielle Kraft auf der anderen Seite ist und wie schmerzlich wir es empfinden müssen, immer noch nicht das Verfügungrecht über unser rechtsrheinisches Gebiet zu haben.

- 2 -

Daß sich die Stadt seit Beendigung des Krieges lebhaft bemüht, das, was ihr durch die Ungunst der Verhältnisse und vielleicht auch durch die nicht richtige Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten verloren ging, wieder auszugleichen, ist eine ihrer vornehmsten Pflichten. Wenn man sich anstrengt, auf diesem Gebiet tätig zu sein, dann muß man zunächst die Grundzüge beachten, die den Aufbau vorantreiben. In den Jahren 1945 bis 1948 waren die Grundlagen selbstverständlich erkannt. Daß diese Jahre der Aufbauarbeit verloren gingen, geht nicht auf das Konto der damals amtierenden Stadtvertretung und Stadtverwaltung, sondern ist der Ungunst der politischen Verhältnisse, die der Stadt keinerlei Souveränität gestatteten, zuzuschreiben. Umso mehr mußte nach der Währungsumstellung emsig nach den Möglichkeiten gesucht werden, gute Wirtschaftspolitik zu treiben.

Es ist gelungen, unter vielfältigen Bemühungen, mit großem Geschick und guter Verhandlungstaktik das Jenauer Glaswerk Schott & Genossen nach Mainz anzusiedeln. Diese Tatsache wird sicherlich erst voll in einer Zeitspanne gewürdigt werden, in der rückschauend spätere Geschlechter erkennen werden müssen, daß damit ein großer Wurf gelang. Ich bin mit allen meinen Mitarbeitern und der gesamten Stadtvertretung stolz auf diesen Erfolg und wenn nichts in den vergangenen Jahren dieser Legislaturperiode geschehen wäre außer dieser Ansiedlung, dann müßte der jetzt tätigen Stadtvertretung und Stadtverwaltung höchste Anerkennung gezollt werden. Wir haben den Ehrgeiz und die begründete Hoffnung, daß es uns weiter gelingt, Versäumtes aufzuholen und der Stadt Mainz die Wirtschaftskraft zu schaffen, die notwendig ist, um die vielfältigen, ihr gestellten Aufgaben auf anderen Gebieten zu erfüllen. Jedermann weiß, daß auch im Stadtbereich der Wirtschaft in all ihren Formen der Vorrang gebührt, weil nur sie es sein kann, die letzten Endes die Mittel bereitstellt, um auf dem Gebiete des Sozialwesens, des Wiederaufbaues und der kulturellen Erfordernisse erfolgreich tätig zu werden.

In Erkenntnis und Verfolgung dieser gestellten Aufgabe ist uns in der Zwischenzeit ein ebenso beachtlicher Erfolg beschieden gewesen. Wir haben eine der bedeutendsten deutschen Druckfirmen, die Firma Max Krause, davon überzeugen dürfen, daß Mainz der

- 3 -

geeignete Standort für sie ist. Diese Firma, die früher in Berlin etabliert war, große eigene Niederlassungen in Amerika und England unterhielt, ist ein ebenso erheblicher Gewinn für die Stadt, wie die Ansiedlung des Jenaer Glaswerkes. Die Verlegung der Firma Schott & Genossen verdankten wir der Anregung der Gebrüder Müller, Glaswarengroßhandlung in Mainz, und die Ansiedlung der Firma Max Krause der Anregung des Herrn Präsidenten Dr. Kirnberger von der Industrie- und Handelskammer. Beide Tatsachen sind gebührend hervorgehoben und der Dank der Stadt Mainz in geziemender Weise ausgesprochen worden.

Die Übersiedlung der Firma Krause in unsere Stadt hätte vermutlich in jeder anderen Stadt Anerkennung gegenüber der Stadtvertretung und der Verwaltung zur Folge gehabt. Der "Allgemeinen Zeitung" blieb es jedoch überlassen, in unfreundlicher, ja in gehässiger Weise dagegen zu polemisieren. Der wahre Grund dieser unfreundlichen Angriffe gegen die Stadtverwaltung ist offenbar der Konkurrenzneid, weil man bei der "Allgemeinen Zeitung" und nur bei dieser befürchtet, daß zum ersten ein Betrieb, der beachtliche Bedeutung in der gesamten Druckwelt genießt, sich gelegentlich im Geschäftsbereich der AZ. bemerkbar macht, und zum zweiten, weil die Gefahr herauftreten könnte, daß der eine oder andere der bei der AZ. beschäftigten Mitarbeiter eine höher bezahlte Funktion bei der Firma Krause erhält.

Es ist geradezu unverständlich, daß die "Allgemeine Zeitung" hier das von ihr mit größtem Nachdruck bei jeder Gelegenheit verfolgte Prinzip der freien Marktwirtschaft verläßt und, weil es sich um ihre eigenen Angelegenheiten handelt, die Notwendigkeit einer herannahenden Konkurrenz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren versucht. Ich stelle fest, daß hier ganz augenscheinlich das von der AZ. vertretene Prinzip der freien Marktwirtschaft von ihr mit Füßen getreten wird, weil sie befürchtet, daß ihr der eine oder andere Auftrag einmal verloren gehen könne, eine Auffassung, die in ihrer Schlußfolgerung geradezu lächerlich wirkt, weil es für die "Allgemeine Zeitung" vollkommen unerheblich ist, ob sich die Firma Krause ihren Standort in der näheren Umgebung oder direkt in Mainz wählt. Auf jeden Fall ist das Haus Krause als Unternehmen vorhanden und es wirkt nicht mehr

- 4 -

und nicht weniger als Konkurrenz, ob es seinen Standort in Mainz oder in Wiesbaden hat. Zur zweiten Befürchtung, daß Abwanderungen von Fachkräften von der AZ. zum Hause Krause möglich seien, ist folgendes eindeutig zu erklären:

Wer das Prinzip der freien Wirtschaft, also der unter sich konkurrierenden Unternehmungen, bejaht, muß auch bejahen, daß den Mitarbeitern gleich ihnen die Möglichkeit offen bleibt, ihre Arbeitskraft preisgünstigst zu veräußern, wie die Unternehmen ihrerseits das gleiche Bestreben haben, ihre Produkte preisgünstigst abzusetzen. Was die AZ. hier bekämpft, das tut sie jedoch selbst. Die Verlagsleitung weiß es seit längerer Zeit von mir, daß sie selbst eine solche Abwerbung auch bei einem der bei der Stadt beschäftigten hochwertigen Drucker vorgenommen hat, eine Tatsache, die unumstößlich ist. Sie hat damals einem bei der Stadt Mainz beschäftigten Faktor das Doppelte an Gehalt geboten. Weil die Stadt zu dieser Bezahlung nicht in der Lage war, ist der betreffende Mitarbeiter bei uns ausgeschieden und hat die entsprechende Position mit einem mehrere Hundert Mark höheren Gehalt bei der AZ. bezogen. Wenn man also selbst diese Methoden ohne Rücksicht auf die Interessen anderer anwendet, dann hat man das Recht verwirkt, kritisch gegen andere Unternehmungen aufzutreten und sich als ein "Apostel der Lauterkeit und der Fairneß" zu bezeichnen.

Die "Allgemeine Zeitung" war über die Ansiedlung der Firma Krause frühzeitig unterrichtet. Vor der Zustimmung zum Vertrag zwischen der Firma Krause und der Stadt durch den Stadtrat wurden die erforderlichen Informationen der Presse in einer allgemeinen Besprechung gegeben. An dieser Pressebesprechung haben neben den Inhabern der Firma Krause und den Pressevertretern auch Mitglieder aller Fraktionen des Stadtrates, die Bürgermeister und Beigeordneten und der Oberbürgermeister teilgenommen. Die Pressevertreter wurden gebeten, eine Sperrfrist zu beachten, die auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt war. Der Lokalredakteur der AZ., der an dieser Besprechung teilnahm, hat, wie alle anderen anwesenden Pressevertreter, dieser Sperrfrist zugestimmt und durch kein Wort und keine Geste zu erkennen gegeben, daß von Seiten der AZ. aus ein Widerspruch zu erwarten wäre. Bedauerlicherweise mußte dann

- 5 -

die Feststellung gemacht werden, daß die Redaktion der AZ. diese vereinbarte Sperrfrist nicht einhielt. Sie hat damit einen Wortbruch begangen, eine Tatsache, die von allen beteiligten Pressevertretern mit großem Befremden zur Kenntnis genommen wurde und die dem Chefredakteur der "Allgemeinen Zeitung" ein Ehrengerichtsverfahren vor dem Deutschen Journalistenverband eingebracht hat. Weil dieses Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, habe ich nicht die Absicht, heute darauf näher einzugehen. Aus den Verlautbarungen der "Freiheit" vom 13. Juni 1952 ist zu ersehen, wie mißbilligend die Vertreter aller anderen Zeitungen diese Tatsache des Wortbruches zur Kenntnis genommen haben.

Im Anschluß an diesen Wortbruch, den die Stadtverwaltung als sehr unfair bezeichnen muß, entwickelte sich von Tag zu Tag fast ohne Unterbrechung eine sich immer giftiger steigernde Polemik durch den Chefredakteur der "Allgemeinen Zeitung". Vorab ist festzustellen, daß der Beschuß des Stadtrates in der Sitzung vom 11. Juni 1952 ohne jeden Widerspruch von den Vertretern aller Fraktionen gebilligt wurde. Er wurde deshalb gebilligt, weil einwandfrei feststeht, daß nach dem zwischen dem Hause Krause und der Stadt Mainz abgeschlossenen Vertrag

1. keinerlei Steuergelder für den Aufbau der Betriebs- und Verwaltungsgebäude verwendet werden und
2. steuerliche Vergünstigungen zwischen den Vertragspartnern nicht vereinbart worden sind.

Es steht fest, daß die Betriebsverlagerung in Abständen vorgenommen werden soll und vor jeder Neuinvestition die beiden Vertragspartner erneut die Möglichkeiten der Durchfinanzierung dieses Objektes suchen, wobei weder der Stadt noch dem Hause Krause Unmögliches zugemutet werden soll. Der Vertragsinhalt ist einfach, klar und eindeutig abgefaßt worden, so daß auf beiden Seiten die Überzeugung vorhanden ist, im bestmöglichen Interesse beider gewirkt zu haben. Der Vertragsinhalt, den die "Allgemeine Zeitung" sich "besorgt" hat, weist dies auch nach. Es blieb dann der AZ. überlassen, in einer weiteren Polemik die Industrieansiedlung als einen "Rutsch ins Risiko" zu bezeichnen.

Anschließend an diese Polemik der AZ. erfolgte eine Besprechung bei der Stadtverwaltung in Verbindung mit dem Ältestenrat, der sich wiederum einmütig zu dem Vertragsinhalt und zur Ansiedlung des Hauses Krause bekannte, es jedoch ablehnte, in einer Erklärung gegenüber den Polemiken der AZ. tätig zu werden. Es wurde dabei von der Erwartung ausgegangen, daß die gehässige Art der AZ. von den Bürgern der Stadt in der gebührenden Weise aufgenommen würde. Die AZ. hat sich dahingehend ausgelassen, den Vertrag auf die gleiche Grundlage zu stellen, wie an anderen Stellen im Lande Millionen spekulativ verwirtschaftet wurden und sich nicht geschämt, dabei auf den Vorgang der Firma Joggers und auf den Vorgang der Kylltal-Werke hinzuweisen, die zum Schaden des Landes öffentliche Gelder fehlinvestierten. Es ist der AZ. schon zu diesem Zeitpunkt hinreichend bekannt gewesen, daß sich das Präsidium der Mainzer Industrie- und Handelskammer ebenfalls eindeutig für die Verlagerung der Firma Krause nach Mainz entschieden hat.

In weiteren Angriffen gegenüber der Stadtverwaltung wurde der Versuch gemacht, das gute Einvernehmen zwischen Wiesbaden und Mainz zu stören. In einem vom Oberbürgermeister gegebenen Interview in Bezug auf das Verhältnis zwischen Mainz und Wiesbaden wurde dieses Interview von der AZ. mit der Überschrift "Die Tür zugeschlagen" versehen, um damit bewußt und zum Schaden der Stadt Mainz eine Atmosphäre zu schaffen, die nicht beabsichtigt war. Ich stelle fest, daß der Berichterstatter, der das Interview von mir bekam, unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daß das, was die AZ. aus diesem Interview machte, als eine "Sauerei" bezeichnet werden müsse. In der Zwischenzeit mußte die Redaktion die Feststellung treffen, daß die beiden Stadtverwaltungen sich keinesfalls so fremd gegenüberstehen, wie es sich der Pressechef der AZ. wahrscheinlich wünscht, weil ja neue Abmachungen zwischen Wiesbaden und Mainz getroffen wurden, die den Ausbau der gemeinsamen Kraftwerke vorsehen und die gemeinsame Investition von 25 Millionen DM für die nächsten fünf Jahre in den jüngsten Tagen beschlossen worden ist. Niemals wäre eine solche Beschußfassung möglich gewesen, wenn die Wiesbadener Partner die Sachlage so gesehen hätten, wie sie der Chefredakteur der AZ. bewußt-gehässig als "Die Tür zugeschlagen" bezeichnete.

- 7 -

Inzwischen ist mir bekannt geworden, daß auch scharfe Auseinandersetzungen im Hause der AZ. erfolgten, weil maßgebliche Gesellschafter die Darstellung ihres Pressechefs als abwegig betrachten. Es ist mir weiter nicht unbekannt, daß Redakteure im Hause der AZ. weit davon abrückten, sich in dieser für die Stadt so nachteilig auswirkenden Form an der Polemik der AZ. zu beteiligen. Ich stelle dies hier fest und es bleibt auch wahr, wenn morgen oder in den nächsten Tagen in einer Erklärung der Redakteure etwas anderes zum Ausdruck gebracht werden sollte.

In weiteren Darlegungen der AZ. wird nunmehr in stets gesteigerter Weise auf alle möglichen und unmöglichen Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Betätigung der Stadtverwaltung hingewiesen. Den Gipfel der Angriffe stellt zweifellos der bebilderte Bericht der AZ. vom 8. Juli dar, wobei immer wieder in der gleichen Weise wie schon vorher darauf hingewiesen wird, daß das Engagement der Stadt gegenüber der Firma Krause einen Hemmschuh in Bezug auf den Wiederaufbau der Stadt Mainz darstelle. Es kann dem Chefredakteur der AZ. nicht unbekannt sein, daß der Aufbau der Altstadt und der Neustadt, der mit nach unserer Meinung gutem Erfolge in den letzten Jahren vorgenommen wurde, im wesentlichen mit öffentlichen Geldern, also mit Steuergeldern, erfolgte. So sind in den Jahren 1949 bis 1952 die folgenden Landesbaudarlehen bewilligt worden:

| | |
|--|--------------------|
| an hier ortsansässige oder hier in der Bautätigkeit befindliche Genossenschaften | 7.100.750 DM |
| an öffentliche Körperschaften, Kirchen und Klöster | 417.000 " |
| an Handel und Industrie | 535.000 " |
| an den Einzelhandel | 95.500 " |
| an Private | 4.969.400 " |
| und an die Stadt Mainz selbst | <u>2.724.000 "</u> |

Das stellt einen Gesamtbetrag von 15.841.650 DM

dar. Die Stadt Mainz hat weiterhin Bürgschaften für den Wiederaufbau von Wohnungen an Private, Baugenossenschaften, Rotes Kreuz usw. in Höhe von 1.783.142,65 DM übernommen, Beträge, die sich sehen lassen können, und die einen Wertmaßstab darstellen für die Tätigkeit der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung. Wie ich

- 8 -

schon eingangs erwähnte, sind in keinem Falle, weder für die Firma Schott & Genossen, noch für die Firma Krause, noch für 3 andere Firmen Steuergelehr zur Verfügung gestellt worden und werden auch nicht zur Verfügung gestellt. Ich bin stolz darauf, vermerken zu dürfen, daß ich in meiner Eigenschaft als Mitglied des Finanzausschusses des Landesarbeitsamtes dort vorhandene flüssige Mittel in erheblichem Maße dafür verwandt habe, sie der Mainzer Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Sie gehen in die Millionen. Ich muß es mir leider hier versagen, Ziffern und Namen zu nennen im Interesse der Mainzer Firmen, die mit den zum Teil von mir vermittelten erheblichen Krediten bedacht worden sind.

Ich gestatte mir, Sie weiterhin darauf aufmerksam zu machen, daß aus dem Landesarbeitsstock des Landes Rheinland-Pfalz durchaus nicht nur an Mainz, sondern ebenso, vielleicht noch in größerem Ausmaß, an Nachbarstädte Kredite, die an die Landesregierung weitergegeben worden sind, ja Kredite, die bis an den einzelnen Bauernhof gegeben worden sind, nachgewiesen werden können.

Der Chefredakteur der AZ. weiß so gut, wie wir alle es wissen, daß der Aufbau einer Stadt wie Mainz nicht in sieben Jahren erfolgen kann. Ich habe die Befürchtung, daß noch Generationen darüber vergehen werden, bis der letzte Rest von Trümmern, die uns aus dem zweiten Weltkrieg verblieben sind, hinweggeräumt ist und an ihrer Stelle wieder Wohnungen und Betriebsräume entstehen können. Der Wiederaufbau zerstörter Wohngebäude erfolgt im wesentlichen durch die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Öffentliche Mittel sind Steuergelder. In einer jüngst zusammengefaßten Aufstellung "Mainz baut auf" ist festgehalten, daß die Stadt Mainz vom Tage der Wählungsumstellung an bis heute insgesamt 8.776 Wohnungen aufgebaut hat. Der Pressechef der AZ. weist darauf hin, daß in anderen Städten der Aufbau viel flotter vonstatten gehe, verschweigt aber geflissentlich, daß sich diese Städte in Ländern befinden, die eine ganz andere Kapitalkraft nachweisen können und daß diese Städte in Bezug auf den Wiederaufbau in einer Höhe bezuschußt werden, von der man im Lande Rheinland-Pfalz nur träumt.

- 9 -

So wird z.B. der Stadt Düsseldorf für den Wiederaufbau des Stadt-kerns in diesem Jahr ein Zuschuß von rd. 8 Millionen DM zur Ver-fügung gestellt.

Der Zuschuß des Landes beträgt für Düsseldorf:

| | |
|---|--------------|
| zur Kriegsschädenbeseitigung | 9.391.950 DM |
| Zuschuß zum Theater | 175.000 " |
| Zuschuß zu Städtebau und Planung | 30.000 " |
| Überweisung des Landes für <u>verlorene</u> Baukostenzuschüsse f. Wohnungen für Flüchtlinge, Schwerbeschädigte und sonstige Soforthilfeberechtigte | 1.000.000 " |

Köln durfte für sich aus Landeszuweisungen für den Wiederaufbau in Anspruch nehmen:

Zuweisung des Landes für:

| | |
|---|--------------|
| Kriegsschädenbeseitigung b.d. Hauptverw. | 1.027.200 DM |
| Volksschule | 1.009.200 " |
| Mittelschulen | 294.000 " |
| Höhere Schulen | 252.500 " |
| Berufsschulen | 1.117.100 " |
| Handelslehranstalt | 295.300 " |
| Werkschulen | 25.700 " |
| Staatl. und private Fachschulen | 94.200 " |
| Kriegsschädenbeseitigung b.d. <u>Universität</u> | 1.800.000 " |
| " b. Historischen Archiv | 25.700 " |
| " b. <u>Theater</u> | 604.000 " |
| " b.d. Museen | 748.600 " |
| " b.d. Volksbüchereien | 77.000 " |
| " b. Botan. Garten | 99.700 " |
| " b. Volksbildung | 42.800 " |
| " b. Denkmalpflege u. Naturschutz | 327.500 " |
| " b.d. Puppenspielen | 15.900 " |
| <u>ferner für Kriegsschädenbeseitigungen b.d.</u> | |
| Wohlfahrtsanstalten | 178.900 " |

//

- 10 -

| | |
|--|------------|
| Kindergärten | 128.400 DM |
| Waisenhäuser | 328.900 " |
| Gesundheitsverwaltung | 343.900 " |
| Krankenanstalt Lindenburg | 626.600 " |
| für Hilfskrankenhäuser Köln-Brück u. Köln-Dellbrück | 676.400 " |
| Frauenklinik | 66.800 " |
| Orthopädische Klinik | 17.100 " |
| Kinderheilanstalt Adenau | 14.600 " |
| Ärztliche Beratungsstellen | 14.600 " |
| Tbc-Fürsorgestellen | 97.600 " |
| Leibesübungen | 25.700 " |
| Stadion und sonstige Sportplätze | 111.300 " |
| Jugendpflege | 149.100 " |
| Jugendherberge und Jugendheim | 104.600 " |

fr. Zuweisungen des Landes für Kriegs-
schädenbeseitigung:

| | |
|------------------------------------|-------------|
| Stadtplanung und Fluchtrouten | 369.400 " |
| Vermessungsabteilung | 216.100 " |
| Tiefbauamt | 2.052.100 " |
| Wasserbauabteilung | 69.700 " |
| <u>Trümmerbeseitigung</u> | 2.710.000 " |
| Stadtentwässerung | 1.161.600 " |
| Straßenreinigung | 25.700 " |
| Müllbeseitigung | 408.700 " |
| Tierkörperverwertungsanstalt | 33.400 " |
| Bedürfnisanstalten | 12.800 " |
| Feuerlöschwesen | 500.800 " |
| Märkte | 100.000 " |
| Schlacht- und Viehhöfe | 614.200 " |
| Friedhöfe usw. | 729.900 " |
| Park- und Gartenanlagen | 1.319.200 " |
| Badeanstalten | 102.700 " |
| Pfandleihanstalt | 57.700 " |
| f.d. Häfen | 702.800 " |
| Gaststätten (Säle u. Wirtschaften) | 128.400 " |
| Stadthallen (Gürzenich) | 137.000 " |

- 11 -

| | |
|--|---------------|
| Messe- und Ausstellungshallen | 702.700 DM |
| Wohn- und Geschäftsgrundstücke | 544.600 " |
| Armenvermögen | 47.000 " |
| Stiftungen | 51.400 " |
| Verstärkungsmittel (zur freien Verfügung der Stadt) | 792.300 " |
| das sind ohne die kleineren Beträge insgesamt: | 24.331.100 DM |
| | ===== |

Neben diesen Zuschüssen erhält Köln an verbilligten Baudarlehen für den sozialen Wohnungsbau rd. 25 Millionen DM.

Glückliches Köln, das für sich solche Summen für die Beseitigung von Kriegsschäden in Anspruch nehmen kann! Armes Mainz, das durch die Ungunst der politischen Verhältnisse nicht in der Lage ist, den dringend notwendigen Wiederaufbau in der Weise vornehmen zu können, wie es sich der Stadtrat und die verantwortungsbewußte Stadtverwaltung wünschen!

Weiterhin erhalten für Trümmerbeseitigung und Kriegsschädenbeseitigung die Städte:

| | | | |
|------------------------------|-------------------|---------|----------|
| B o c h u m | mit 292.000 Einw. | = rd. 5 | Mill. DM |
| Nü r n b e r g | " 373.000 " | = " | 8,6 " " |
| D ü s s e l d o r f | " 561.000 " | = " | 9,4 " " |
| außerdem für den Wohnungsbau | | = +" | 1 " " |

Der Nachweis von Zuschüssen anderer Länder für ihre Städte in ähnlicher Höhe (z.B. Frankfurt) dürfte nicht schwerfallen. Es geht hier der Stadt Mainz genau so wie es der AZ. geht: Wenn man kein Geld hat, muß man sich bescheiden und auf die Zukunft hoffen. Jedenfalls beweisen die vorstehenden Beispiele, daß diese Städte im vergangenen Jahr Landeszuschüsse in beachtlicher Höhe für sich in Anspruch nehmen und damit selbstverständlich den Wiederaufbau in ungleich schnellerer Weise durchführen konnten.

Viele Mainzer Bürger aus allen Bevölkerungsschichten haben sich mit Entrüstung gegen die von dem Pressechef der AZ. durchgeföhrte Polemik gewandt und mir dies unverhohlen und ungefragt bei vielen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Sie haben dabei der Stadtverwaltung durch ermunterndes Zureden bestätigt, daß sie sich auf

//

dem richtigen Weg befindet, aus den Trümmern wieder etwas werden zu lassen, Industrie anzusiedeln, Wohnungen zu errichten, Kirchen und öffentliche Gebäude wiederherzustellen usw., auch wenn einmal aus eigensüchtigen Gründen ein sich überschlagender Einzelner im Augenblick die Vorgänge nicht verarbeiten kann. Der Pressechef der AZ. hat sich in seiner letzten gehässigen Äusserung dahin ausgesprochen, daß Stuttgart Hervorragendes im Wiederaufbau von Wohnungen leiste. Ich stelle fest gemäß Amtsblatt der Stadt Stuttgart vom 3. Juli 1952, daß die Stadt Stuttgart im Jahre 1952 auf städtische Kosten 269 Wohnungen herstellen will. Die viermal kleinere Stadt Mainz, die sich in einem armen Lande befindet und nicht auf so erhebliche Zuschüsse wie andere Städte zurückgreifen kann, finanziert im gleichen Jahr aus eigenen Mitteln den Bau von 537 Wohnungen.

Die Industrie- und Handelskammer mit ihrem Präsidenten, Herrn Dr. Kirnberger, der gesamte Stadtrat und die Stadtverwaltung sind empört und fühlen sich beleidigt durch das Verhalten des Pressechefs der AZ. und sind sich darin einig mit den Gesellschaftern der AZ., die eine solche Polemik als falsch bezeichnen und -was noch schlimmer ist- darin eine bewußte Schädigung der Gesamtinteressen der Stadt erblicken müssen.

Ich bedaure zutiefst, daß der Fachverband Druck und Papier Rheinland-Pfalz das Haus Krause nach seiner Ansicht ein landfremdes Unternehmen nennt und diese Schilderung sogar von einer anderen Zeitung übernommen wurde. Was soll man dazu sagen, daß man innerhalb der deutschen Grenzen von landfremden Unternehmen spricht, wobei es sich um einen Betrieb handelt, der seit fast neunzig Jahren in Berlin ansässig war und nicht wenig dazu beigetragen hat, den deutschen Namen in aller Welt in gutem Sinne bekannt zu machen.

Für sachliche und positive Kritik ist die Stadtverwaltung stets dankbar. Sollte es jedoch dem Pressechef der AZ. nicht möglich sein, sich für die gemeinschaftlichen Interessen der Gesamtbürgerschaft einzusetzen, dann wäre es für seinen Betrieb, dem er verpflichtet ist, und für die Stadt Mainz, der er als Mitbürger nur mit Wahrheit dienen sollte, besser, wenn er die Feder aus der Hand legen würde.

OBERBÜRGERMEISTER STEIN VOR DEM STADTRAT

Die Wahrheit über

Der Stadtrat verwahrt sich gegen die gehässige den Gesamtinteressen der

den Mainzer Aufbau

Polemik der „Allgemeinen Zeitung“, die aus Konkurrenzneid Bevölkerung schwere Schäden zufügt

-jo- Zu Beginn der gestrigen Stadtratssitzung gab Oberbürgermeister Franz Stein eine grundsätzliche und sachliche Erklärung zu dem unglaublichen Verhalten der Allgemeinen Zeitung in den vergangenen Woche ab. Der gesamte Stadtrat stellte sich einmütig hinter die Ausführungen des Oberbürgermeisters und brachte damit zum Ausdruck, daß er nicht gewillt ist, die Polemik der „AZ“, die den Wiederaufbau der Stadt Mainz erheblich schädigt, widerspruchslös hinzunehmen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Erklärung unseres Oberbürgermeisters bringen wir sie in vollem Wortlaut. *Frankfurt 11.7.52.*

Die Festhaltung und Ansiedlung handwerklicher und industrieller Betriebe ist leider in den vergangenen Jahrzehnten nicht in ausreichendem Maße beachtet worden. Die guten Standortverhältnisse unserer Stadt, bedingt durch den Schnittpunkt Rhein-Main, wurden nicht genügend ausgewertet. Die günstige Frachtlage, die unsere Stadt nachweist, ist nur zum kleinsten Teil ausgenutzt worden.

Bittere Lehren aus der Vergangenheit

Viele Mainzer Bürger beklagen es bis zum heutigen Tage auf das tiefste, daß in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur keine Betriebe nach Mainz gekommen sind, sondern im Gegenteil eine erhebliche Abwanderung erfolgte. Es sei mir in diesem Zusammenhang gestattet, nur einige markante Namen zu nennen. Es erfolgte die Betriebsverlagerung der Sektfabrik Henkell nach Biebrich, die Liquidation der bekannten Lederwerke Michel-Mayer-Denninger aus der Neustadt und die Verlegung der Lederwerke Ihm nach Rauhheim. Ebenso wichtig ist, die Tatsache festzuhalten, daß die in der ganzen Welt durch ihre Qualitätsarbeit bekannte Möbelschreinerei Bembé und die Möbelschreinerei Rauch untergegangen sind. Es existieren auch nicht mehr die bekannten Firmen der Beleuchtungsindustrie Oberdahn & Beck, Busch und Gasapparat und Gußwerk. Ein weiterer beachtlicher Verlust des Wirtschaftspotentials hat sich während der Herr

der Wirtschaft in all ihren Formen der Vorrang gebührt, weil nur sie es sein kann, die letzten Endes die Mittel bereitstellt, um auf dem Gebiete des Sozialwesens, des Wiederaufbaues und der kulturellen Erfordernisse erfolgreich Rücksicht zu nehmen.

In Erkenntnis und Verfolgung dieser gestellten Aufgabe ist uns in der Zwischenzeit ein ebenso beachtlicher Erfolg beschieden gewesen. Wir haben eine der bedeutendsten deutschen Druckfirmen, die Firma Max Krause, davon überzeugen dürfen, daß Mainz der geeignete Standort für sie ist. Diese Firma, die früher in Berlin etabliert war, große eigene Niederlassungen in Amerika und England unterhielt, ist ein ebenso erheblicher Gewinn für die Stadt, wie die Ansiedlung des Jenaer Glaswerkes. Die Verlegung der Firma Schott & Genossen verdanken wir der Anregung der Gebrüder Müller, Glaswarengroßhandlung in Mainz, und die Ansiedlung der Firma Max Krause der Anregung des Herrn Präsidenten Dr. Kirberger von der Industrie- und Handelskammer. Beide Tatsachen sind gebührend hervorgehoben und der Dank der Stadt Mainz in geziemender Weise ausgesprochen worden.

Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Mainzer Stadtrates

Auf die Angriffe, die von der Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ in Mainz wegen des Zuzugs der Firma Max Krause nach Mainz erfolgt sind, geben wir folgende Erklärung ab:

GESCHÄFTEN über 3 Briefmarken Eures Landes.
die 10 besten Weltfreundschaftskarten und die 10 besten
+) 20 Preise werden dieses Jahr zur Verteilung kommen für

12. Weltgeschichte und Weltfreundschaft
 11. Handwerklische Arbeit
 10. Mode und Modezeichen
 9. Haus und Garten
 8. Landwirtschaft
 7. Radio, Fernsehen und Technik
 6. Wasserschärt
 5. Kunst, Weltfreundschaftskarten + und Fotografie
 4. Sport
 3. Theater, Tanz, Musik und Gesang
 2. Literatur und Journalismus
 1. Litteratur und Journalists
- Wählen könnt, sind:
Die 12 Kategorien, in denen Ihr einen Schreibrunden

Ihr angebt.

Adressen von Schreibrunden senden, in den Kategorien, die
zurück. Wir werden Euch dann sogleich wie möglich Namen und
Adressen von Schreibrunden senden, in den Kategorien, die

New York 1, N.Y.

220 Fifth Avenue,
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH,

Ihr Euch interessiert. Schickt dann den Bogen an
Adresse, Euer Alter, Geschlecht und die Kategorie, für die
der Schreibrunde auf bestehenden Bogen Euren Namen, Eure
wie Ihr siebst hat, so schreibt in Druckschrift oder mit
die Gleichen oder ähnlichen Interessen und Liebhaberden
einen neuen Schreibrunden in einem anderen Lande sucht, der
Wenn Ihr junges und Mädels unter 18 Jahren siebt und
Weltfreundschaft spricht.

March 1952.

220 Fifth Avenue
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH
New York 1, N.Y.

- 1 -

Der wahre Grund

schaft des Nazi-Reiches in Mainz entwickelt, als Mainz durch die Deportierung und Vernichtung vieler jüdischer Geschäftsinhaber seine Vorrangstellung im Weinhandel verlor. Dazu gehört auch die Stillegung der Sektfabrik Schönberger und die Produktionsverlagerung der Schöfferhof-Brauerei. Alle diese Tatsachen sind ein bedauerliches Zeichen dafür, daß Mainz in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kein industriegünstiges Klima hervorzurufen verstand. Zu dieser Entwicklung auf der negativen Seite gesellte sich das Unglück der Vernichtung der Stadt Mainz hinzu und die nach dem Kriege erfolgte Amputation. Sie wissen alle, wie bedeutungsvoll die industrielle Kraft auf der anderen Seite ist und wie schmerlich wir es empfinden müssen, immer noch nicht das Verfügungssrecht über unser rechtsrheinisches Gebiet zu haben.

Die Verhältnisse nach 1945

Daß sich die Stadt seit Beendigung des Krieges lebhaft bemüht, das, was ihr durch die Ungunst der Verhältnisse und vielleicht auch durch die nicht richtige Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten verloren ging, wieder auszugleichen, ist eine ihrer vornehmsten Pflichten. Wenn man sich anstrengt, auf diesem Gebiet tätig zu sein, dann muß man zunächst die Grundzüge beachten, die den Aufbau vorantreiben. In den Jahren 1945 bis 1948 waren die Grundlagen selbstverständlich erkannt. Daß diese Jahre der Aufbauarbeit verloren gingen, geht nicht auf das Konto der damals amtierenden Stadtvertretung und Stadtverwaltung, sondern ist der Ungunst der politischen Verhältnisse, die der Stadt keinerlei Souveränität gestatteten, zuzuschreiben. Um so mehr mußte nach der Währungsumstellung eifrig nach den Möglichkeiten gesucht werden, gute Wirtschaftspolitik zu treiben.

Versäumtes nachholen

Es ist gelungen, unter vielfältigen Bemühungen, mit großem Geschick und guter Verhandlungstaktik das Jenaer Glaswerk Schott & Genossen nach Mainz anzusiedeln. Diese Tatsache wird sicherlich erst voll in einer Zeitspanne gewürdigt werden, in der rückschauend spätere Geschlechter anerkennen werden müssen, daß damit ein großer Wurf gelang. Ich bin mit allen meinen Mitarbeitern und der gesamten Stadtvertretung stolz auf diesen Erfolg und wenn nichts in den vergangenen Jahren dieser Legislaturperiode geschehen wäre außer dieser Ansiedlung, dann müßte der jetzt tätigen Stadtverwaltung höchste Anerkennung gezollt werden. Wir haben den Ehrgeiz und die begründete Hoffnung, daß es uns weiter gelingt, Versäumtes nachzuholen und der Stadt Mainz die Wirtschaftskraft zu schaffen, die notwendig ist, um die vielfältigen, ihr gestellten Aufgaben auf anderen Gebieten zu erfüllen. Jedermann weiß, daß auch im Stadtbereich

und hat die entsprechende Position mit einem mehrere hundert Mark höheren Gehalt bei der AZ bezogen. Wenn man also selbst diese Methoden ohne Rücksicht auf die Interessen anderer anwendet, dann hat man das Recht verwirkt, kritisch gegen andere Unternehmungen aufzutreten und sich als ein „Apostel der Lauterkeit und der Fairness“ zu bezeichnen.

Die „AZ“ und ihre Prinzipien

Es ist geradezu unverständlich, daß die „Allgemeine Zeitung“ hier das von ihr mit größtem Nachdruck bei jeder Gelegenheit verfolgte Prinzip der freien Marktwirtschaft verläßt und, weil es sich um ihre eigenen Angelegenheiten handelt, die Gefahr einer herannahenden Konkurrenz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren versucht. Ich stelle fest, daß hier ganz augenscheinlich das von der AZ vertretene Prinzip der freien Marktwirtschaft von ihr mit Füßen getreten wird, weil sie befürchtet, daß ihr der eine oder andere Auftrag einmal verloren gehen könnte, eine Auffassung, die in ihrer Schlußfolgerung geradezu lächerlich wirkt, weil es für die „Allgemeine Zeitung“ vollkommen unerheblich ist, ob sich die Firma Max Krause ihren Standort in der näheren Umgebung oder direkt in Mainz wählt. Auf jeden Fall ist das Haus Krause als Unternehmen vorhanden und es wirkt nicht mehr und nicht weniger als Konkurrenz, ob es seinen Standort in Mainz oder in Wiesbaden hat. Zur zweiten Befürchtung, daß Abwanderungen von Fachkräften von der AZ zum Hause Krause möglich seien, ist folgendes eindeutig zu erklären:

Wer das Prinzip der freien Wirtschaft, also der unter sich konkurrierenden Unternehmungen, bejaht, muß auch bejahen, daß den Mitarbeitern gleich ihnen die Möglichkeit offen bleibt, ihre Arbeitskraft preisgünstig zu veräußern, wie die Unternehmen ihrerseits das gleiche Bestreben haben, ihre Produkte preisgünstig abzusetzen. Was die AZ hier bekämpft, das tut sie jedoch selbst. Die Verlagsleitung weiß es seit längerer Zeit von mir, daß sie selbst eine solche Abwerbung auch bei einem bei der Stadt beschäftigten hochwertigen Drucker vorgenommen hat, eine Tatsache, die unumstößlich ist. Sie hat damals einem bei der Stadt Mainz beschäftigten Faktor das Doppelte an Gehalt geboten. Weil die Stadt zu dieser Bezahlung nicht in der Lage war, ist der betreffende Mitarbeiter bei uns ausgeschie-

den und hat die entsprechende Position mit einem mehrere hundert Mark höheren Gehalt bei der AZ bezogen. Wenn man also selbst diese Methoden ohne Rücksicht auf die Interessen anderer anwendet, dann hat man das Recht verwirkt, kritisch gegen andere Unternehmungen aufzutreten und sich als ein „Apostel der Lauterkeit und der Fairness“ zu bezeichnen.

220 Fifth Avenue,
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH
New-York 1, N.Y.

Sendet Eure handgemalte Weltfreundschaftskarten an:
Wettbewerb teilnehmen.
Nur Buben und Mädeln unter 18 Jahren können an diesem
für die Nachstrebenden Weltfreundschaftskarten gegeben werden.
7 Freundschaftsiegel
Anerkennung
in 1952 erreichen. Außerdem werden als Zeichen besonderer
für die drei besten Weltfreundschaftskarten, welche unser Büro
einem Fullfederhalter
eine Uhr und
eine Schreibmaschine,
Dieses Jahr geben wir drei Preise:
über das ganze Jahr.
Das Projekt der Weltfreundschaftskarten erstreckt sich
freunde suchen.
mit der Bitte, sie an Schülern zu verteilen, welche neue Schreib-
jedem Land aus und schicken sie an Lehrer in anderen Ländern
Büro sammelt haben, suchen wir eine Anzahl Karten von
tausend Karten aus verschiedenen Ländern stich in unserem
hat, sind aus 25 Ländern hier eingetroffen. Sobald einige
dem Namen und der Adresse des Schülers, der sie geschenkt
Mehr als 34000 handgemalte Weltfreundschaftskarten mit

WELTFREUNDSCHAFTSKARTEN

New-York 1, N.Y.

220 Fifth Avenue
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

Der Wortbruch

Die „Allgemeine Zeitung“ war über die Ansiedlung der Firma Krause frühzeitig unterrichtet. Vor der Zustimmung zum Vertrag zwischen der Firma Krause und der Stadt durch den Stadtrat wurden die erforderlichen Informationen der Presse in einer allgemeinen Besprechung gegeben. An dieser Pressebesprechung haben neben den Inhabern der Firma Krause und den Pressevertretern auch Mitglieder aller Fraktionen des

Stadtrates, die Bürgermeister und Beigeordneten und der Oberbürgermeister teilgenommen. Die Pressevertreter wurden gebeten, eine Sperrfrist zu beachten, die auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt war. Der Lokalredakteur der AZ, der an dieser Besprechung teilnahm, hat, wie alle anderen anwesenden Pressevertreter, dieser Sperrfrist zuge-

stimmt und durch kein Wort und keine Geste zu erkennen gegeben, daß von Seiten der AZ aus ein Widerspruch zu erwarten wäre. Bedauerlicherweise mußte dann die Feststellung gemacht werden, daß die Redaktion der AZ diese vereinbarte Sperrfrist nicht einhielt. Sie hat damit einen Wortbruch begangen, eine Tatsache, die von allen beteiligten Pressevertretern mit großem Befremden zur Kenntnis genommen wurde und die dem Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ ein Ehrengerichtsverfahren vor dem Deutschen Journalistenverband eingebraucht hat. Weil dieses Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, habe ich nicht die Absicht, heute darauf näher einzugehen. Aus den Verlautbarungen der „Freiheit“ vom 13. Juni 1952 ist zu erkennen, wie missbilligend die Vertreter aller anderen Zeitungen diese Tatsache des Wortbruches zur Kenntnis genommen haben.

Keine Steuergelder - keine Steuervergünstigungen

Im Anschluß an diesen Wortbruch, den die Stadtverwaltung als sehr unfair bezeichnen muß, entwickelte sich von Tag zu Tag fast ohne Unterbrechung eine sich immer giftiger steigernde Polemik durch den Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“. Vorab ist festzustellen, daß der Beschuß des Stadtrates in der Sitzung vom 11. Juni 1952 ohne jeden Widerspruch von den Vertretern aller Fraktionen gebilligt wurde. Er wurde deshalb gebilligt, weil einwandfrei feststeht, daß nach dem zwischen dem Hause Krause und der Stadt Mainz abgeschlossenen Vertrag

1. keinerlei Steuergelder für den Aufbau der Betriebs- und Verwaltungsgebäude verwendet werden und

2. steuerliche Vergünstigungen zwischen den Vertragspartnern nicht ver einbart worden sind.

Es steht fest, daß die Betriebsverlagerung in Abständen vorgenommen werden soll und vor jeder Neuinvestition die beiden Vertragspartner erneut die Möglichkeiten der Durchfinanzierung dieses Objektes suchen, wobei weder der Stadt noch dem Hause Krause Un mögliches zugemutet werden soll. Der Vertragsinhalt ist einfach, klar und eindeutig abgefaßt worden, so daß auf beiden Seiten die Überzeugung vorhanden ist, im bestmöglichen Interesse beider gewirkt zu haben. Der Vertragsinhalt, den die „Allgemeine Zeitung“ sich „besorgt“ hat, weist dies auch nach. Es blieb dann der AZ überlassen, in einer weiteren Polemik die Industrieansiedlung als einen „Rutsch ins Risiko“ zu bezeichnen.

Zustimmung der Industrie- und Handelskammer

Anschließend an diese Polemik der AZ erfolgte eine Besprechung bei der Stadtverwaltung in Verbindung mit dem Ältestenrat, der sich wiederum einmütig zu dem Vertragsinhalt und zur Ansiedlung des Hauses Krause bekannte, es jedoch ablehnte, in einer Erklärung gegenüber den Polemiken der AZ tätig zu werden. Es wurde dabei von der Erwartung ausgegangen, daß die gehässige Art der AZ von den Bürgern der Stadt in der gebührenden Weise aufgenommen würde. Die AZ hat sich dahingehend ausgelassen, den Vertrag auf die gleiche Grundlage zu stellen, wie an anderen Stellen im Lande Millionen spekulativ verwirtschaftet würden, und sich nicht geschämt, dabei

auf den Vorgang der Firma Joggers und auf den Vorgang der Kylltal-Werke hinzuweisen, die zum Schaden des Landes öffentliche Gelder fehlinvestierten. Es ist der AZ schon zu diesem Zeitpunkt hinreichend bekannt gewesen, daß sich das Präsidium der Mainzer Industrie- und Handelskammer ebenfalls eindeutig für die Verlagerung der Firma Krause nach Mainz entschieden hat.

Gehässige Einstellung

In weiteren Angriffen gegenüber der Stadtverwaltung wurde der Versuch gemacht, das gute Einvernehmen zwischen Wiesbaden und Mainz zu stören. In einem vom Oberbürgermeister gegebenen Interview in bezug auf das Verhältnis zwischen Mainz und Wiesbaden wurde dieses Interview von der AZ mit der Überschrift „Die Türe zugeschlagen“ versehen, um damit bewußt und zum Schaden der Stadt Mainz eine Atmosphäre zu schaffen, die nicht beabsichtigt war. Ich stelle fest, daß der Berichterstatter, der das Interview von mir bekam, unmissverständlich zum Ausdruck brachte, daß das, was die AZ aus diesem Interview machte, als eine „Sauerei“ bezeichnet werden müsse. In der Zwischenzeit mußte die Redaktion die Feststellung treffen, daß die beiden Stadtverwaltungen sich, keinesfalls so fremd gegenüberstehen, wie es sich der Pressechef der AZ wahrscheinlich wünscht, weil ja neue Abmachungen zwischen Wiesbaden und Mainz getroffen wurden, die den Ausbau der gemeinsamen Kraftwerke vorsehen und die gemeinsame Investition von 25 Millionen DM für die nächsten fünf Jahre in den jüngsten Tagen beschlossen worden ist. Niemals wäre eine solche Beschußfassung möglich gewesen, wenn die Wiesbadener Partner die Sachlage so gesehen hätten, wie sie der Chefredakteur der AZ bewußt gehässig als „Die Türe zugeschlagen“ bezeichnete.

Inzwischen ist mir bekannt geworden, daß auch scharfe Auseinandersetzungen im Hause der AZ erfolgten, weil maßgebliche Gesellschafter die Darstellung ihres Pressechefs als abwegig betrachten. Es ist mir weiter nicht unbekannt, daß Redakteure im Hause der AZ weit davon abrückten, sich in dieser für die Stadt so nachteilig auswirkenden Form an der Polemik der AZ zu beteiligen. Ich stelle dies hier fest, und es bleibt auch wahr, wenn morgen oder in den nächsten Tagen in einer Erklärung der Redakteure etwas anderes zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Faßls in Eurer Gruppe noch mehr Schülern sind, die teilnehmen möchten, als Plätze auf diesen Bogen ist, so beginnt bitte ein neues Blatt auf die Gleiche Art.

Zahlen beweisen das Gegenteil und die einen Wertmaßstab darstellen für die Tätigkeit der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung. Wie ich schon eingangs erwähnte, sind in keinem Falle, weder für die Firma Schott & Genossen, noch für die Firma Krause, noch für drei andere Firmen Steuergelder zur Verfügung gestellt worden und werden auch nicht zur Verfügung gestellt. Ich bin stolz darauf, vermerken zu dürfen, daß ich in meiner Eigenschaft als Mitglied des Finanzausschusses des Landesarbeitsamtes einen Hemmschuh in bezug auf den dort vorhandene flüssige Mittel in erheblichem Maße dafür verwandt habe, die sie der Mainzer Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Sie gehen in die Millionen. Ich muß es mir leider hier versagen, Ziffern und Namen zu nennen im Interesse der Mainzer Firmen, die mit den zum Teil von mir vermittelten erheblichen Krediten bedacht worden sind.

In weiteren Darlegungen der AZ wird nunmehr in stets gesteigerter Weise auf alle möglichen und unmöglichen Unzulänglichkeiten in bezug auf die Betätigung der Stadtverwaltung hingewiesen. Den Gipfel der Angriffe stellt zweifellos der bebilderte Bericht der AZ vom 8. Juli dar, wobei immer wieder in der gleichen Weise wie schon vorher darauf hingewiesen wird, daß das Engagement der Stadt gegenüber der Firma Krause einen Hemmschuh in bezug auf den Wiederaufbau der Stadt Mainz darstelle. Es kann dem Chefredakteur der AZ nicht unbekannt sein, daß der Aufbau der Altstadt und der Neustadt, der mit nach unserer Meinung gutem Erfolge in den letzten Jahren vorgenommen wurde, im wesentlichen mit öffentlichen Geldern, also mit Steuergeldern, erfolgte. So sind in den Jahren 1848 bis 1952 die für den

sind Steuergelder. In einer jüngst zusammengesetzten Aufstellung „Mainz baut auf“ ist festgehalten, daß die Stadt Mainz vom Tage der Währungsumstellung an bis heute insgesamt 8 776 Wohnungen aufgebaut hat. Der Pressechef der AZ weist darauf hin, daß in anderen Städten der Aufbau viel flotter vonstatten gehe, verschweigt aber geflissentlich, daß sich diese Städte in Ländern befinden, die eine ganz andere Kapitalkraft nachweisen können und daß diese Städte in bezug auf den Wiederaufbau in einer Höhe bezuschußt werden, von der man im Lande Rheinland-Pfalz nur träumt.

1949 bis 1952 die folgenden Landesbaudarlehen bewilligt worden:
 an hier ortsansässige od. hier in der Bautätigkeit befindl. Genossenschaften 7 100 750 DM an öffentl. Körperschaf-ten, Kirchen u. Klöster 417 000 DM an Handel u. Industrie 535 000 DM an den Einzelhandel 95 500 DM an Private 4 969 400 DM u. an die Stadt Mainz selbst 2 724 400 DM Ich gestatte mir, Sie weiterhin darauf aufmerksam zu machen, daß aus dem Landesarbeitsstock des Landes Rheinland-Pfalz durchaus nicht nur an Mainz, sondern ebenso, vielleicht noch in größerem Ausmaß, an Nachbarstädte Kredite, die an die Landesregierung weitergegeben worden sind, ja Kredite, die bis an den einzelnen Bauernhof gegeben worden sind, nachgewiesen werden können.

Das stellt einen Gesamt-
betrag von 15 841 650 DM
dar. Die Stadt Mainz hat weiterhin
Bürgschaften für den Wiederaufbau
von Wohnungen an Private, Baugenos-
senschaften, Rotes Kreuz usw. in Höhe
von 1 783 142,65 DM übernommen. Be-
träge, die sich sehen lassen können.

Seit 1945 insgesamt 8776
neue Wohnungen

Der Chefredakteur der AZ weiß so gut, wie wir alle es wissen, daß der Aufbau einer Stadt wie Mainz nicht in sieben Jahren erfolgen kann. Ich habe die Befürchtung, daß noch Generationen darüber vergehen werden, bis der letzte Rest von Trümmern, die uns aus dem zweiten Weltkrieg verblieben sind, hinweggeräumt ist und an ihrer Stelle wieder Wohnungen und Betriebsräume entstehen können. Der Wiederaufbau zerstörter Wohngebäude erfolgt im wesentlichen durch die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Öffentliche Mittel Äußerung dahin ausgesprochen, daß Stuttgart Hervorragendes im Wiederaufbau von Wohnungen leiste. Ich stelle fest gemäß Amtsblatt der Stadt Stuttgart vom 3. Juli 1952, daß die Stadt Stuttgart im Jahre 1952 auf städtische Kosten 269 Wohnungen herstellen will. Die viermal kleinere Stadt Mainz, die sich in einem armen Lande befindet und nicht auf so erhebliche Zuschüsse wie andere Städte zurückgreifen kann, finanziert im gleichen Jahr aus eigenen Mitteln den Bau von 537 Wohnungen.

„Bewußte Schädigung der Gesamtinteressen“

Die Industrie- und Handelskammer mit ihrem Präsidenten Herrn Dr. Kirnberger, der gesamte Stadtrat und die Stadtverwaltung sind empört und fühlen sich beleidigt durch das Verhalten des Pressechefs der AZ und sind sich darin einig mit den Gesellschaftern der AZ, die eine solche Polemik als falsch bezeichnen und — was noch schlimmer ist — darin eine bewußte Schädigung der Gesamtinteressen der Stadt erblicken müssen. (Zwischenruf von Stadtrat Christ: „Sehr richtig!“)

CHRIST: „Sehr richtig.“

Ich bedaure zutiefst, daß der Fachverband Druck und Papier Rheinland-Pfalz das Haus Krause nach seiner Ansicht ein landfremdes Unternehmen nennt und diese Schilderung sogar von einer anderen Zeitung übernommen wurde. Was soll man dazu sagen, daß man innerhalb der deutschen Grenzen von landfremden Unternehmen spricht, wobei es sich um einen Betrieb handelt, der seit fast neunzig Jahren in Berlin ansässig war und nicht wenig dazu beigetragen hat, den deutschen Namen in

aller Welt in gutem Sinne bekannt zu machen.

Was Dombrowski tun sollte

Für sachliche und positive Kritik ist die Stadtverwaltung stets dankbar. Sollte es jedoch dem Pressechef der AZ nicht möglich sein, sich für die gemeinschaftlichen Interessen der Gesamtbürgerschaft einzusetzen, dann wäre es für seinen Betrieb, dem er verpflichtet ist, und für die Stadt Mainz, der er als Mitbürger nur mit Wahrheit dienen sollte, besser, wenn er die Feder aus der Hand legen würde.

(Am Schluß der Rede langer Beifall bei allen Stadträten, was im Mainzer Stadtrat seit Jahren nicht mehr vorkam. Die Überraschung: OB Stein verliest einen Artikel des „Wiesbadener Tageblatts“ vom Mittwoch, in dem der „vorbildliche Aufbau in Mainz und Frankfurt“ herausgestellt wird. Bemerkung Stadtrat Christ: „Da ist Domrowski auch Chefredakteur.“ Wir kommen darauf noch zurück.)

| Name | Address | Age/Made | Alter | Nummer der Kategorie |
|--|---------|----------|-------|-------------------------|
| Bitte in Druckschrift oder mit Schreibmaschine ausfüllen und zurücksenden an: FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH 220 Fifth Avenue, New York 1, N.Y. | | | | |

Faßt in Eurer Gruppe noch mehr Schüler sind, die teilnehmen möchten, als Plätze auf diesesm Bogen ist, so beginnt bitte ein neuer Blatt auf die Gleiche Art.

Bitte in Druckschrift oder mit Schreibmaschine ausfüllen und zurücksenden an: FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH 220 Fifth Avenue, New York 1, N.Y.

- 2 -

Widersprüche - nichts als Widersprüche

Es ist sehr bequem, sich um grundsätzliche kommunalpolitische Auseinandersetzungen, wie sie zur Zeit in Mainz im Falle der Ansiedlung von Max Krause ausgefochten werden, dadurch zu drücken, daß man den Boden des Sachlichen verläßt und zu persönlichen Angriffen übergeht. Dies nämlich und nichts anderes geschah in der gestrigen Stadtratssitzung. Es ist nicht neu, so zu verfahren. Viele haben die Auswirkungen einer solchen Verfahrensweise jahrelang am eigenen Leib verspürt, als man persönliche Angriffe in Szene setzte, wenn man sachlich nicht weiterkam. A.Z. 11.7.52.

Da heißtt es zum Beispiel in der Erklärung des Oberbürgermeisters, daß die Haltung der „Allgemeinen Zeitung“ im Fall Krause durch Konkurrenzneid bestimmt sei. Wollten wir einer solchen Erklärung mit den gleichen Worten begegnen, die der Oberbürgermeister in seiner Rede vor den Stadträten benützte, dann müßten wir die Ausführungen des Oberbürgermeisters als gehässig, unfreundlich und entstellend bezeichnen. Denn der Oberbürgermeister wußte in dem Augenblick, als er der „Allgemeinen Zeitung“ Konkurrenzneid und Gehässigkeit vorwarf, sehr wohl, daß der Fachverband Druck in einer Art Gutachten festgestellt hatte, daß durch die Ansiedlung von Max Krause alle Mainzer Druckfirmen betroffen werden, nur nicht die Mainzer Verlagsanstalt. Oder weiß es der Oberbürgermeister — ein Nichtfachmann — etwa besser, als die Fachorganisation?

Warum spricht der Oberbürgermeister von Konkurrenzneid, wenn er von den Fachleuten ganz genau weiß, daß die Firma Max Krause keine Konkurrenz für die Verlagsanstalt bedeutet? Wie sollte sie es auch? Denn die Mainzer Verlagsanstalt hat sich durch hundert Jahre hindurch und durch den „Mainzer Anzeiger“ auf das engste mit der ganzen Bevölkerung verbunden, stets aus eigenen Kräften bewährt. Sie hat mit einer von der ganzen Fachwelt bewunderten Lebenskraft aus den Trümmern ohne jede fremde Hilfe, aber mit dem Spaten und der Hacke in eigener Hand, ein Zeitungsgesamt aufgebaut, das heute sechshundert fest angestellte Leute beschäftigt. Da soll sie Angst vor einer Konkurrenz haben, die künstlich mit Millionenkrediten aufgezogen wird?

Die Verlagsanstalt weiß sehr genau, daß die Herzen der Mainzer auf ihrer Seite

stehen. Denn auch die schwer getroffenen Mainzer Handwerker und Geschäftsleute, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die wohnungslos wurden, haben ebenso wie die Verlagsanstalt und der ihnen alt zugehörige Mainzer Anzeiger das meiste aus eigener Kraft neu schaffen müssen. Fragen wir doch einmal einen Handwerker, dem ein paar tausend Mark für den Wiederaufbau fehlten, was ihm erklärt wurde, wenn er eine Hilfe brauchte? Fragen wir ihn, was er zu den Millionen sagt, die man jetzt Nichtmainzern zur Verfügung stellen will. Bisher hat nicht ein einziger Mainzer Bürger bei uns gegen die Haltung der Zeitung in der Max-Krause-Angelegenheit protestiert. Das bedeutet mehr als alle Reden auf städtischen Parlamentsbänken, wenn man bedenkt, daß 95 Prozent aller Mainzer Haushaltungen unsere Zeitung beziehen. Die Widersprüche einiger Interessierter nehmen wir nicht ernst.

Es ist sehr gefährlich für die heute noch im Stadtparlament Sitzenden, wenn sie gegen die Meinung der Bürgerschaftsmehrheit Politik machen. Oder sollten die Stadträte die Meinung der Bevölkerung nicht kennen? Dann aber wird es Zeit, daß sie sich darum kümmern. Denn die Mißachtung der öffentlichen Meinung hat sich oft bitter gerächt.

Das, was gestern im Rathaus geredet wurde, steckt so voller Widersprüche, daß es schwerfällt, sie alle zu berichtigen. Nehmen wir als ein Beispiel für viele Unsachlichkeiten nur einen Fall heraus. Da spricht der Oberbürgermeister davon, daß von uns die Prinzipien der freien Marktwirtschaft verletzt würden. Er glaubt das damit beweisen zu können, daß er den Uebertritt eines Faktors aus städtischen Diensten in die Dienste unserer Zeitung in die Debatte wirft und erklärt, die Verlagsanstalt habe diese Arbeitskraft gegen höheren Lohn abgeworben. Der Oberbürgermeister sollte doch den Vorgang schildern, wie er tatsächlich war und wie er ihm bekannt ist. Es handelte sich in diesem Fall um eine Arbeitskraft, die sieben Jahre lang vorher bei der Verlagsanstalt beschäftigt war und nach Kriegsende bei der Mainzer Presse arbeitete, weil die Verlagsanstalt noch in Trümmern lag. Im Februar 1950 trat diese Kraft auf Grund eigener Bewerbung und ohne unser Zutun an unsere Firma heran. Weiß der Oberbürgermeister

wohl warum? Der Faktor wurde nicht abgeworben, sondern er ging ganz freiwillig, weil er glaubte bei der Verlagsanstalt mehr „Lauterkeit und Fairneß“ zu finden. Hier wurde nämlich von ihm nicht wie in städtischen Diensten verlangt, daß er als Familienvater am Heiligen Abend Privatdrucksachen herzustellen und ohne Ueberstundenbezahlung manche Tage sechzehn und mehr Stunden zu arbeiten habe.

Sollen wir noch mehr Fälle von Widersprüchen anführen? Da heißt es weiterhin in einer Erklärung, die Stadt Mainz habe keinerlei Verpflichtungen übernommen, wodurch die Steuerzahler der Stadt irgendwie in Anspruch genommen werden könnten. Was bedeutet aber der Satz, der in einem Protokoll zum Vertrage mit Krause ausführt, daß die Stadt, um einen schnellen Wiederaufbau zu gewährleisten, sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dafür einsetzt, daß den beiden Gesellschaftern mit beschränkter Haftung alle Hilfe gewährt werden, die seitens der öffentlichen Hand, sei es auf steuerlichem Gebiete, sei es in sonstiger Weise, in Betracht kommen? Sieht man sich den Vertrag genau an, so muß man aus ihm entnehmen, daß er die Firma Krause mit keinem, die Stadt aber mit allem Risiko belastet, daß Krause nicht einen Pfennig in das Unternehmen hineinsteckt, die Stadt aber Millionen. Sind etwa Millionen, die von der öffentlichen Hand kommen, nicht in irgend einer Form Steuergelder, die einen jeden Bürger betrühren? Mit Konkurrenzneid hat das wahrlich nichts zu tun. Es müssen also andere Gründe sein, die unsere Haltung bestimmten.

Wir denken an die 26 000 Mainzer, die außerhalb unserer Stadt evakuiert sind und mit brennendem Herzen darauf warten, nach Mainz zurückkehren zu können. Wir denken an alle jene Menschen, die unter der Ungunst der Zeit leben und sich Sorge um ihre Zukunft in Mainz machen. Wir meinen, daß in allererster Linie den Mainzern, den neu Zugezogenen und aus ihrer alten Heimat Vertriebenen, geholfen werden soll, da wo es nur eben geht und mit den Mitteln, die gerade zur Verfügung stehen. Man soll soviel Betriebe nach Mainz ziehen wie man erhalten kann und die Arbeitsplätze in unserer Stadt vermehren. Man soll das aber nicht auf Kosten derjenigen tun, die in erster Linie ein Anrecht auf Wohnung und Hilfe in ihrer Heimatstadt haben.

Oberbürgermeister Franz Stein zum

A.Z. 11.7.52
Zu Beginn der Stadtratssitzung am Donnerstagvormittag gab Oberbürgermeister Franz Stein eine Erklärung, bei der er ein zahlenmäßig nur geringes Publikum fand, über die Verlegung der Firma Krause nach Mainz ab. In dieser Erklärung griff der Oberbürgermeister den Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ wiederholt persönlich an. Was er sachlich vorzubringen wußte, lassen wir in Auszügen hier folgen:

„Viele Mainzer Bürger beklagen es bis auf den heutigen Tage auf das tiefste, daß in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur keine Betriebe nach Mainz gekommen sind, sondern im Gegenteil eine erhebliche Abwanderung erfolgte. Es sei mir in diesem Zusammenhang gestattet, nur einige markante Namen zu nennen. Es erfolgte die Betriebsverlagerung der Sektfabrik Henkell nach Biebrich, die Liquidation der bekannten Lederwerke Michel-Mayer-Denninger aus der Neustadt und die Verlegung der Lederwerke Ihm nach Rauhheim. Ebenso wichtig ist, die Tatsache festzuhalten, daß die in der ganzen Welt durch ihre Qualitätsarbeit bekannte Möbelschreinerei Bembé und die Möbelschreinerei Rauch untergegangen sind. Es existieren auch nicht mehr die bekannten Firmen der Beleuchtungsindustrie Oberdahn & Beck, Busch und Gasapparat- und Gußwerk. Ein weiterer beachtlicher Verlust des Wirtschaftspotentials hat sich während der Herrschaft des Nazireiches in Mainz entwickelt, als Mainz durch die Deportierung und Vernichtung vieler jüdischer Geschäftsinhaber seine Vorrangstellung im Weinhandel verlor. Dazu gehört auch die Stilllegung der Sektfabrik Schönberger und die Produktionsverlagerung der Schöfferhof-Brauerei. Zu dieser Entwicklung auf der negativen Seite gesellte sich das Unglück der Vernichtung der Stadt Mainz hinzu und die nach dem Krieg erfolgte Amputation.“

Oberbürgermeister Stein wies dann auf die Bemühungen hin, denen es gelungen sei, zunächst das Jenauer Glaswerk Schott & Genossen nach Mainz zu bringen und dann auch die Druckfirma Max Krause davon zu überzeugen, daß Mainz der geeignete Standort für sie sei. Der „Allgemeine Zeitung“ sei es, offenbar aus Konkurrenzneid, überlassen geblieben, dagegen zu polemisierten. Bei der „Allgemeinen Zeitung“ und nur bei dieser befürchtete man, daß zum ersten ein Betrieb, der beachtliche Bedeutung in der gesamten Druckwelt genieße, sich gelegentlich im Geschäftsbereich der „AZ“ bemerkbar mache; zum zweiten, daß die Gefahr herauftreten könnte, der eine oder andere der bei der AZ beschäftigten Mitarbeiter könnte eine höher bezahlte Funktion bei der Firma Krause erhalten. Hier wurde ganz augenscheinlich das von der „AZ“ vertretene Prinzip der freien Marktwirtschaft mit Füßen getreten, weil sie befürchte, daß ihr der eine oder andere Auftrag einmal verlorengehen könnte. Wer das Prinzip der freien Wirtschaft bejahe, müsse auch bejahen, daß den Mitarbeitern die Möglichkeit offen bleibe, ihre Arbeitskraft preisgünstig zu veräußern. Was die „AZ“ bekämpfe, tue sie jedoch selbst. Die Verlagsleitung habe selbst eine Abwerbung bei einem bei der Stadt beschäftigten Faktor vorgenommen, dem sie das Doppelte an Gehalt geboten habe.

Der Oberbürgermeister beschäftigte sich dann u. a. mit dem Beschuß des Stadtrates zum Vertrag mit der Firma Krause. Der Beschuß sei in der Sitzung vom 11. Juni ohne jeden Widerspruch von den Vertretern

aller Fraktionen gebilligt worden, weil einwandfrei feststehe, daß nach dem zwischen dem Haus Krause und der Stadt Mainz abgeschlossenen Vertrag

1. keinerlei Steuergelder für den Aufbau der Betriebs- und Verwaltungsgebäude verwendet werden und

2. steuerliche Vergünstigungen zwischen den Vertragspartnern nicht vereinbart worden seien.

In Angriffen gegenüber der Stadtverwaltung habe die „AZ“ den Versuch gemacht, das gute Einvernehmen zwischen Wiesbaden und Mainz zu stören. Die beiden Stadtverwaltungen stünden sich keineswegs so fremd gegenüber, wie es sich der Chefredakteur der „AZ“ wahrscheinlich wünsche, weil ja neue Abmachungen zwischen Wiesbaden und Mainz getroffen worden seien, die den Ausbau der gemeinsamen Kraftwerke vorsehen.

Oberbürgermeister Stein fuhr dann fort:

„In weiteren Darlegungen der „AZ“ wird nunmehr in stets gesteigerter Weise auf alle möglichen und unmöglichen Unzulänglichkeiten in bezug auf die Betätigung der Stadtverwaltung hingewiesen. Den Gipfel der Angriffe stellt zweifellos der bebilderte Bericht der „AZ“ vom 8. Juli dar, wobei immer wieder in der gleichen Weise wie schon vorher darauf hingewiesen wird, daß das Engagement der Stadt gegenüber der Firma Krause einen Hemmschuh in bezug auf den Wiederaufbau der Stadt Mainz darstelle. Es kann dem Chefredakteur der „AZ“ nicht unbekannt sein, daß der Aufbau der Altstadt und der Neustadt, der mit nach unserer Meinung gutem Erfolge in den letzten Jahren vorgenommen wurde, im wesentlichen mit öffentlichen Geldern, also mit Steuergeldern, erfolgte. So sind in den Jahren 1949 bis 1952 die folgenden Landesbaudarlehen bewilligt worden:

| | |
|---|--------------|
| an hier ortszässige oder hier in der Bautätigkeit be- findliche Genossenschaften | 7 100 750 DM |
| an öffentliche Körperschaf- ten, Kirchen und Klöster | 417 000 DM |
| an Handel und Industrie | 535 000 DM |
| an den Einzelhandel | 95 500 DM |
| an Private | 4 969 400 DM |
| und an die Stadt Mainz selbst | 2 724 000 DM |

Das stellt einen Gesamtbetrag von 15 841 650 DM dar. Die Stadt Mainz hat weiterhin Bürgschaften für den Wiederaufbau von Wohnungen an Private, Baugenossenschaften, Rotes Kreuz usw. in Höhe von 1 783 142,65 DM übernommen. Beträge, die sich sehon lassen können, und die einen Wertmaßstab darstellen für die Tätigkeit der Stadtverwaltung und der Stadtverwaltung. Ich bin stolz darauf, vermerken zu dürfen, daß ich in meiner Eigenschaft als Mitglied des Finanzausschusses des Landesarbeitsamtes dort vorhandene flüssige Mittel in erheblichem Maße dafür verwandt habe, sie der Mainzer Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Sie gehen in die Millionen. Ich muß es mir leider hier versagen, Ziffern und Namen zu nennen im Interesse der Mainzer Firmen, die mit dem zum Teil von mir vermittelten erheblichen Krediten bedacht worden sind.

Ich gestalte mir, Sie weiterhin darauf aufmerksam zu machen, daß aus dem Landesarbeitsstock des Landes Rheinland-Pfalz durchaus nicht nur an Mainz, sondern eben-

so, vielleicht noch in größerem Ausmaß, an Nachbarstädte Kredite, die an die Landesregierung weitergegeben worden sind, ja Kredite, die bis an den einzelnen Bauernhof gegeben worden sind, nachgewiesen werden können.“

Im weiteren Verlauf seiner Erklärung zog Oberbürgermeister Stein Vergleiche zwischen dem Wiederaufbau in Mainz und den in anderen Städten. Er schickte dem die Bemerkung voraus: Jedermann wisse, daß der Aufbau einer Stadt wie Mainz nicht in sieben Jahren erfolgen könne. Er habe die Befürchtung, daß noch Generationen darüber vergehen werden, bis der letzte Rest von Trümmern, die uns aus dem zweiten Weltkrieg verblieben sind, hinweggeräumt sei und an ihrer Stelle wieder Wohnungen und Betriebsräume entstehen könnten.

Stadtverwaltung

Das Mainzer Wohnungselend:

Ein Beitrag zur Generaldebatte über den Haushaltsplan in
das soziale Problem
 der heutigen Sitzung des Stadtrats

A. 7. 10. 7. 52.

Jedes Jahr hat der Stadtrat den Haushaltsplan der Stadtverwaltung zu beraten und zu verabschieden. Dieser Einzelbesprechung geht eine Generaldebatte voraus, die sich mit den grundsätzlichen kommunalpolitischen Fragen auseinandersetzt. An dieser Debatte nimmt, wenn auch außerhalb des Hauses, die Presse teil, um die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wir haben bereits in unserer Dienstags-Ausgabe das Problem Nr. 1 der Stadt Mainz aufgerollt: Die Notwendigkeit, endlich an den Wiederaufbau der noch in Schutt und Trümmer liegenden Innenstadt heranzutragen und dafür allmählich die notwendigen Gelder und Kreditmöglichkeiten vorzusehen. Das Problem Nr. 2, das wir heute zur Diskussion stellen, ist das entsetzliche Elend der zahlreichen Kellernotwohnungen mit ihren unausbleiblichen hygienischen, sozialen und moralischen Folgeerscheinungen. Die diesem Artikel beigefügten Bilder geben nur einen kleinen, aus moralischen Gründen sehr zurückhaltenden Ausschnitt dessen, was auf diesem Gebiete, in diesem traurigsten aller Kapitel nach der Zerstörung unserer Stadt, noch getan werden muß. Alle absolut dringenden finanziellen Erfordernisse der Stadt müßten vor der Beseitigung dieses Elends, als der ersten Aufgabe der Nächstenpflicht, zurückstehen.

Gewiß, es ist mancherlei bereits zum Aufbau von Wohnungen getan worden. Aber ist das ausreichend? Nach der amtlichen Statistik bezifferte sich der Verlust an Wohnungen nach dem Kriegsende auf 21 624 Wohnungen. In den Jahren 1945 bis 1948 war der Zugang an neuen Wohnungen rund 2400. In den nächsten Jahrenstellten sich die weiteren Zugänge wie folgt:

| | | |
|------|------|-----------------|
| 1949 | 1167 | neue Wohnungen, |
| 1950 | 1630 | neue Wohnungen, |
| 1951 | 1624 | neue Wohnungen. |

Davon entfällt jeweils rund die Hälfte auf privatwirtschaftliche, die andere Hälfte auf öffentlich - rechtliche Initiative. Nach dem gegenwärtig vorliegenden Haushaltsplan sind für das laufende Etatjahr 1557 Wohneinheiten im Stadtgebiet Mainz vorgesehen. Davon werden, wie mitgeteilt wird, allerdings 300 Vorhaben in diesem Jahre nicht mehr verwirklicht werden können.

Was heißt das? Draußen wohnen über 26 000 Mainzer, evakuiert oder umquarantiert, die unbedingt wieder in ihre Hei-

matstadt zurück möchten. Etwa 3000 Wohnungen werden noch für die Betriebsangehörigen der hier erstehenden Jenaer Glaswerke zu beschaffen sein. Man kann sich also — der ständig wachsende Wohnungsbedarf durch Heiraten und Zuzüge ist einbegriffen — ausrechnen, wieviel Jahrzehnte es bei dem gegenwärtigen Bautempo dauern wird, ehe die ausquarrierten Mainzer wieder zurückkehren können.

Was ergibt sich daraus? Die Stadt darf nicht kurzsichtig ihre Geld- und Kreditmöglichkeiten für weniger wichtige Dinge

erschöpfen, so daß nachher, wenn man an den Wiederaufbau der Innenstadt geht, nichts mehr übrig ist. Es handelt sich hier also um eine grundsätzliche Frage, über die sich Stadtrat und Stadtverwaltung, über den Tag hinausgehend, klar werden müssen.

Es dreht sich hier um die wichtigste soziale Frage, vor der die Stadt Mainz steht. Millionen-Engagements für privatwirtschaftliche Zwecke haben dem gegenüber zurückzustehen, auch wenn sie die Augen der Öffentlichkeit blenden. In die-

ser Frage sollte es auch keine parteipolitischen Unterschiede geben. Dabei wiederholen wir ausdrücklich, daß uns jeder privatwirtschaftliche Betrieb, ohne Ausnahme, willkommen ist, wenn er das Risiko der Übersiedlung hierher ohne Anspruchnahme städtischer Subventionen und Steuervergünstigungen übernimmt. Im übrigen kann man der Stadt und der Geschäftswelt keinen besseren Dienst leisten als durch den Wiederaufbau der Innenstadt. Die Stadt bekommt mehr Steuerzahler, die Geschäftsleute haben mehr Käufer.



Diese Bilder vermitteln in etwa einen Eindruck von dem Elend der Kellerlöcher, in denen Menschen in Mainz hausen müssen. Das linke Foto zeigt einen Keller im Hause Frauenlobstraße 7, wo zwei Personen in einem Raum ohne Tageslicht vegetieren. In der Mitte: Mombacher Straße 51. Hier sind in drei Räumen acht Personen untergebracht. Rechts eine trostlose Behausung in der Gabelsbergerstraße. In diesem winzigen Raum leben schon über sieben Jahre lang zwei Personen.

Fotos: Karin Eckert



Sieben bittere Jahre lang müssen sich zwei Personen nun schon mit dieser Elendswohnung im Hause Josefstraße 39 7/10 begnügen. Ein Wunder, daß sie überhaupt noch die Kraft aufbringen, diesen Keller einigermaßen wohnlich auszustatten.

Das 25-Millionen-Engagement der

Zu dem Investitionsvorhaben der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden

KMW

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: *A. 2. 10. 7. 52*

Da hört man beiläufig, daß sich Aufsichtsrat und Vorstand der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz, mit großen Investitionsplänen befaßt haben und sie nunmehr auch zu verwirklichen bestrebt sind. Diese Aktivität ist durchaus zu begrüßen. Doch ist es nicht so, als würden die beabsichtigten Dispositionen die Stadtväter von Mainz und Wiesbaden nichts oder nur wenig angehen, weil die geldlichen Auswirkungen der Anlagenerweiterung bei der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG, den Etat der beiden Städte eigentlich gar nicht berühren.

Bei der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. handelt es sich um die im Jahre 1930 gegründete kommunale Aktiengesellschaft, an der die beiden Städte Mainz und Wiesbaden zu gleichen Teilen beteiligt sind. Die beiden Städte Mainz und Wiesbaden sind aber nicht nur die Allein-Aktionäre dieser kommunalen Aktiengesellschaft, sondern gleichzeitig auch die maßgebenden Hauptabnehmer für Strom und Gas. Die Aufgabe der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. besteht also ausschließlich in der Erzeugung von Strom und Gas. Die beiden Städte Mainz und Wiesbaden hingegen versorgen durch ihre Stadtverteilungswerke die Strom- und Gasabnehmer ihrer Absatzgebiete und stellen auch jedem Abnehmer die Lieferung von Strom und Gas in Rechnung. Nach dem zwischen der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. und den beiden Städten bestehenden Vertragswerk ist deshalb die kommunale Aktiengesellschaft verpflichtet, die Strom- und Gasverteilungswerke der beiden Städte Mainz und Wiesbaden zu den Selbstkosten zu beliefern.

Die Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. ist also ein sogenanntes Kosten-deckungsunternehmen, das niemals Gewinne auszuschütten vermag, solange das Vertragswerk besteht. Im Ordentlichen Budget der Städte Mainz und Wiesbaden wird man deshalb seit Bestehen der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. auch keinen Ertragposten, also keinen Einnahmeposten, finden, der durch das Eigentum der Aktien an dieser kommunalen Aktiengesellschaft bedingt wäre. Der Vorteil des Zusammenschlusses der beiden Kraft- und Gaswerke von Mainz und Wiesbaden besteht eben in der Belieferung der beiden Hauptabnehmer zu solch' niedrigen Selbstkosten, so daß die Verteilungswerke der Städte Mainz und Wiesbaden bei gegebenen Lieferpreisen an die Strom- und Gasabnehmer ihrer Ver-

sorgungsgebiete einen höheren Reinertrag erzielen, den sie dann entweder direkt oder indirekt als Entgelt für die gewährte Konzession an die Städte ablefern. Und diese Erträge haben bisher einen keineswegs unwichtigen Einnahmeposten in den Budgets der beiden Städte Mainz und Wiesbaden gebildet.

Werden die Mehrkosten gedeckt?

Wenn nun das Investitionsvorhaben für den Ausbau der Kraft- und Gaserzeugungsanlagen 25 Millionen DM betragen soll, so steht von vorne herein fest, daß sich bei einer 8prozentigen Kreditierung dieses aufzunehmenden Darlehens — der normale Kreditsatz für Zinsen, Kreditprovisionsrate usw. ist gegenwärtig höher — die Selbstkosten bei der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. um rund zwei Millionen DM erhöhen, die nach dem bestehenden Vertragsabkommen von den beiden Hauptabnehmern zusätzlich zu tragen sind. Für die Tilgung dieses aufzunehmenden Darlehens sind ferner mindestens 8 Prozent — das entspricht etwa der wirtschaftlichen Abschreibungsquote für die Abnutzung der neu errichteten Kraft- und Gaserzeugungsanlagen — aufzubringen. Die Selbstkosten für die Erzeugung elektrischer Energie und Gas würden sich also um weitere zwei Mill. DM erhöhen. Die beiden Hauptabnehmer Mainz und Wiesbaden würden demnach zunächst mit einer zusätzlich eintretenden Kostensteigerung von rund vier Millionen DM zu rechnen haben, die jedes Jahr auf die bisherigen Abnehmer der Versorgungsgebiete Mainz und Wiesbaden umzulegen sind; es sei denn, daß es in kurzer Zeit gelingt, eine beträchtliche Zahl Großabnehmer für elektrische Energie und Gas zu gewinnen, die auch gewillt sind, einen zumindest die erhöhten Selbstkosten der Erzeugung und die anteiligen Kosten der Verteilung deckenden Preis zu zahlen, weil nicht anzunehmen ist, daß die beiden Städte auf die bisher zugeflossenen Einnahmen aus der Belieferung von Strom und Gas für die nächsten Jahre verzichten wollen.

Die Stadtväter von Mainz und Wiesbaden werden sich selbstverständlich angesichts der Höhe des Engagements — 25 Millionen DM — der Verantwortung bewußt sein. Die Stadtväter der beiden Städte dürfen nicht erwarten, daß die Bürger im Notfalle noch weitere Strom- und Gaspreise erhöhung stillschweigend hinzunehmen gewillt sind. Es sei nur an die Lichtboykott-Versammlungen im Jahre 1932 erinnert.

Die Stadtväter von Mainz und Wiesbaden haben in einer solch' entscheidenden Frage vielmehr das Gutachten, das dem Aufsichtsrat der Kraft- und Gaswerke Mainz-Wiesbaden AG. sicherlich zur Verfügung stand, selbst eingehend zu studieren und zu prüfen, ob und inwieweit eine derartige Expansion begründet ist.

Das Gutachten darf sich dabei nicht nur darauf beschränken, daß die langfristige Finanzierung gesichert ist. Es muß auch Vorschläge enthalten, was zu tun ist, wenn im Falle der rückläufigen Entwicklung nicht genügend liquide Mittel angesammelt werden können, um die jährlich anfallenden Kosten der Verzinsung und Tilgung in Höhe von zunächst rund vier Millionen DM zu decken; denn daran dürfte wohl niemand interessiert sein, daß die Städte Mainz und Wiesbaden bei schlechter Kassenlage letzten Endes ihre Aktienpakete an Dritte zu veräußern haben. Auch mit einer Milchmädchenrechnung über gegenwärtig entstehende Erzeugungsselbstkosten je kWh bezw. cbm und über die zukünftig entstehenden Mehrkosten je Einheit im Vergleich zu den Konkurrenzangeboten der rheinischen Großerezeugungswerke ist es nicht getan. Es muß auch eine eingehende Marktanalyse vorliegen, die erkennen läßt, daß der Umfang der Investitionsvorhaben marktwirtschaftlich gerechtfertigt ist, und ferner muß eine ins einzelne gehende Vor-

ausschau-Rechnung ersehen lassen, daß die jährlich anfallenden Mehrkosten durch die zu erwartenden Mehreinnahmen unter Berücksichtigung aller Imponderabilien einigermaßen gedeckt sind. Nicht zuletzt hat eine genau ausgearbeitete Kostenspezifikation über die geplanten Bauvorhaben und Maschinenan schaffungen vorzuliegen, damit auch geprüft werden kann, ob nicht andere Wege eingeschlagen werden können, die bei geringerem Geldaufwand die wirtschaftliche Expansion der beiden Städte Mainz und Wiesbaden gewährleistet.

Maß halten und überlegen!

Die Fusion der Kraft- und Gaswerke von Mainz und Wiesbaden in den Jahren 1930/31 hat rund zwei Millionen Mark Investitionskosten verursacht. Die Ersparnis betrug nach zwei Jahren bereits je Jahr zwei Millionen Mark, so daß jeder Stadt ein Fusionserfolg von je einer Million Mark zuteil wurde. An derartige demokratische Maßnahmen zu erinnern, dürfte vielleicht dazu beitragen, in öffentlichen Angelegenheiten Maß zu halten und nur nach reiflicher Überlegung zu handeln.

Dombrowski hetzt

Verleumdungsfeldzug soll den wirtschaftlichen Aufstieg von
die in schwerster Notzeit Mainz

gegen die eigene Stadt

Mainz stoppen - Unsaubere Kritik an den Männern und Frauen,
eine neue Hoffnung gegeben haben

-jo- Wie wir bereits vorausgesagt haben, hat die „Allgemeine Zeitung“ unter der Federführung ihres Zeitungsmanagers Erich Dombrowski eine Hetzkampagne gegen die Stadt Mainz eingeleitet. Unter der Devise, den Zuzug eines neuen Industrieunternehmens aus Konkurrenzgründen unter allen Umständen zu verhindern, werden die Landesregierung, die Stadt Wiesbaden und der Fachverband Druck mobilisiert, um gegen Mainz Stellung zu nehmen. Erst recht schmutzig wird die Sache dadurch, daß die Leistungen all der Mainzer Männer und Frauen in den vergangenen schweren Jahren herabgewürdigt und den Städträtten und den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung der Wille abgesprochen wird. Mainz aufzubauen. *Frankfurt 9.7.52*

In der Pressegeschichte der westdeutschen Städte nach 1945 dürfte die Hetze der „Allgemeinen Zeitung“ gegen die eigene Stadt einmalig dastehen. In hemmungsloser Demagogie werden unter Ausnutzung der verständlichen Liebe und Anhänglichkeit der Mainzer an ihr „Goldnes Mainz“ die eigenen egoistischen Ziele verdeckt. Keine sachliche Würdigung der Aufbauleistungen, die Mainz in den letzten Jahren unter weitaus schwereren Bedingungen gegenüber vielen anderen Städten vollbracht hat. Kein Wort davon, daß jahrelang der Aufbau in der französischen Zone im Vergleich zu den Städten in anderen Besatzungszonen fast völlig lahmgelegt war. Daß die Stadt Mainz noch nicht einmal über einen Backstein verfügen konnte.

Wo war damals die „Allgemeine Zeitung“ mit ihrer Kritik? Warum hat sie damals die Besatzungsmethoden der Franzosen nicht angegriffen, um dadurch die Mainzer Bevölkerung einen wertvollen Dienst zu erweisen?

In jenen entscheidenden Jahren hat Erich Dombrowski andere Sorgen gehabt. Man mußte doch seinen guten Willen gegenüber der Besatzungsmacht bekunden, wobei das Spiel mit der Kollektivschuld der Deutschen eine nicht unwe sentliche Rolle spielte.

Daß Städte wie Frankfurt, Stuttgart oder Köln in jenen Jahren einen Vorsprung herausarbeiten konnten, Mainz aber zurückbleiben mußte, liegt in der Verschiedenartigkeit der Besatzungspolitik begründet, in der sich ja Erich Dombrowski gut auskennt. Zudem sei auch hier wieder darauf hingewiesen, daß keine andere Stadt in Westdeutschland so in der Mitte auseinandergerissen wurde, daß fast die Hälfte ihrer Bevölkerung und der wirtschaftliche Schwerpunkt durch Zonenengrenzen von der Vaterstadt getrennt wurden.

Wer will allen Ernstes leugnen, daß trotz all dieser Schwierigkeiten Mainz in den letzten Jahren einen beachtlichen Fortschritt machen konnte? Fortschritte auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens der Stadt. Durch die Initiative der Stadtverwaltung konnten allein in diesem Jahr rund 5 000 neue Arbeitsplätze für die nächsten Jahre gesichert werden. Arbeitsplätze, für die auch gleichzeitig der Bau neuen Wohnraums in Angriff genommen wurde. Wo ist der Ge-

schäftsmann, wo ist der Arbeiter, wo ist der Handwerker, der eine solche Entwicklung nicht begrüßen müßte?

Noch vor einigen Tagen versicherte uns der Leiter des Mainzer Arbeitsamtes, Dr. Weinberg, daß im Mainzer Raum alle Baufacharbeiter in Arbeit stehend. Daß sogar Mainz in anderen Städten Arbeiter anfordern müsse. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, der sieht, daß auch Wohnungen in erheblicher Zahl gebaut werden. Wenn die Baukostenpreise bedauerlicherweise hoch sind und die Mieten bei Neubauwohnungen für viele unserer armen Mitbürger einfach nicht erschwinglich sind, dann ist das nicht die Schuld des Mainzer Oberbürgermeisters. Dafür ist die Wirtschaftspolitik in Bonn verantwortlich. Das weiß Erich Dombrowski auch, nur greift er an diesem entscheidenden Punkt nicht an. Er ist ja ein Anhänger dieser von Professor Ehrhard vertretenen Wirtschaftsform.

Im vergangenen Jahr konnte Mainz seinen Haushalt sogar ausgleichen, nachdem vorher jahrelang ein Milliardendefizit mitgeschleppt werden mußte. Alle Männer und Frauen im Mainzer Stadtrat haben an diesem Erfolg Anteil. Nicht zuletzt der Oberbürgermeister selbst, der als echter Mänzer Bub Tag und Nacht um das Wohl seiner Heimatstadt bemüht ist. Wenn deshalb die „Allgemeine Zeitung“ diesen Männern und Frauen Untätigkeit vorwirft und den Vorwurf erhebt, sie legten die Hände in den Schoß, dann ist das eine ungeheure Beleidigung gegenüber Menschen, die jahrelang für das Wohl der gesamten Mainzer Bevölkerung tätig sind.

Daß es sich dabei um den Ehrenbürger und Stadtrat Christ, um Stadtrat Freitag oder auch um Stadtrat Diebach — um nur einige Namen zu nennen — handelt. Was uns aber und allen einsichtigen Mainzern zu denken geben muß, ist die Gefahr, die mit dieser Hetze verbunden ist. Die Gefahr nämlich, das Vertrauen der Bevölkerung zu einer demokratischen Stadtverwaltung — sei sie sozialdemokratisch geleitet, von der CDU oder von der FDP gestellt — zu untergraben und zu erschüttern. Gegen diese Methode, mit der schon einmal eine Demokratie zu Tode geritten wurde, müssen sich alle Mainzer demokratischen Kräfte zur Wehr setzen.

Daß sich die Landesregierung in dieses unsaubere Spiel hat einspannen lassen, muß befremden. Läßt sich Mainz wirklich einen solchen massiven Eingriff in seine Selbstverwaltungsrechte gefallen? Wir müssen auch von unseren rheinhessischen Landtagsabgeordneten verlangen, daß sie in diesem Fall die Belange der heimischen Bevölkerung gegenüber der Landesregierung wahrnehmen. Die Landesregierung hätte wahrlich andere Aufgaben zu lösen, für die sie zuständig ist.

Sollte die „Allgemeine Zeitung“ mit ihrer Kampagne durchdringen, dann ginge Mainz ein Millionenobjekt, für das kein einziger Steuerpfennig der Mainzer Bevölkerung aufgebracht werden muß, verloren. Damit gleichzeitig 800 neue Arbeitsplätze mit zusätzlicher Kaufkraft für die Mainzer Geschäftswelt. Für das Mainzer Bauhandwerk wäre der Verlust ebenso empfindlich.

*
Man könnte die Frage stellen, warum wir den Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ so sehr angreifen. Weil er es ist, der für die ganze Aktion gegen Mainz verantwortlich ist, weil er die Artikel schreibt — auch wenn er oft den Namen schamvoll verschweigt —, weil er sich in seiner geldgesicherten Studierstube zum Richter über Menschen aufspielt, die seit Jahrzehnten in der Mainzer Kommunalverwaltung stehen, die in den letzten Jahren Bewundernswertes vollbracht haben, während Erich Dombrowski je nach Wetterlage seine Haßgesänge oder seine Loblieder absieht der schweren Last des politischen Alltags losläßt.

Oberbürgermeister Stein nimmt Stellung

Wie wir erfahren, wird Oberbürgermeister Franz Stein zu Beginn der morgigen Stadttagssitzung um 16.00 Uhr eine Erklärung zu den Vorgängen der letzten Zeit abgeben.

arbeitsamtes

Zustimmung der Landesregierung

Die 600000 DM des Landes

als Kredit an die Stadt Mainz im Fall Krause unterliegen der

Aus Kreisen der Regierung werden wir über die rechtlichen Kredit- und Darlehensverhältnisse des Landesarbeitsamtes wie folgt informiert: 42,87,52.

Das Landesarbeitsamt gibt direkt keine Darlehen oder Kredite an die Wirtschaft beziehungsweise an einzelne Unternehmen. Vor dem 1. Mai 1952 konnte das Landesarbeitsamt im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß Darlehen und Kredite aus seinem Reservefonds an öffentliche Körperschaften, und zwar über das Land bewilligen. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes besteht aus den Sozialpartnern, d. h. aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Vertretern der öffentlichen Körperschaften wie der Bezirksregierungen sowie der Städte- und Landkreistage. Haben Landesarbeitsamt und Verwaltungsausschuß ein Darlehen oder einen Kredit bewilligt, und zwar vor dem 1. Mai, hat die Landesregierung darüber die Entscheidung.

Nach dem 1. Mai 1952 obliegt für alle derartigen Darlehen oder Kredite der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg die Entscheidung.

Vor dem 1. Mai 1952 durch das Landesarbeitsamt an das Land bewilligte Kredite müssen also auf jeden Fall vom Land das heißt von der Landesregierung überprüft werden, da das Land für diese Kredite oder Darlehen die Bürgschaft übernimmt.

Vizepräsident des Landtags Wilms zum Fall Krause

Der Vizepräsident des Landtags und Vorsitzende des Fachverbandes Druck und Papier Rheinland-Pfalz, Abgeordneter Wilms, äußerte sich in einem Gespräch über den Fall Max Krause uns gegenüber wie folgt:

Der Fachverband Druck und Papier Rheinland-Pfalz ist vor allem wirtschaftlich und sozial an der Angelegenheit interessiert. Baut die Firma Max Krause, wie beabsichtigt, ihr geplantes Unternehmen derartig aus, daß es schließlich an die tausend Arbeitnehmer beschäftigt, so würde sofort eine Spannung auf dem gesamten Arbeitsmarkt eintreten, der den sozialen Arbeitsfrieden gefährden müßte. In Rheinhessen sind etwa 800 graphische Facharbeiter verfügbar, alle stehen in den bereits vorhandenen Betrieben fest in Brot und Arbeit. Der Firma bliebe gar nichts anderes übrig, als die ihr fehlenden Arbeitskräfte durch höhere Lohnversprechungen aus anderen Betrieben abzuziehen.

Sollte die Regierung ihrerseits dem versprochenen Darlehen des Landesarbeitsamtes in einer Höhe von 600 000 Mark zustimmen, was sehr unwahrscheinlich ist, dann übernehme das Land selbstverständlich auch die Bürgschaft für das Geld. Später, und niemand kann den Konjunkturverlauf voraussagen, ein Geschäftsrückgang ein, dann müßte die Regierung ihre Druckaufträge zum allergrößten Teil den indirekt subventionierten Firma zuweisen, um sie liquide zu erhalten, das heißt, um ihr die Zahlung der fälligen Zinsen und Tilgungsquoten zu ermöglichen. Dann hätte die Firma eine sozusagen durch Vorschuß gesicherte Stellung. Durch den niedrigen Pachtpreis und durch die in Aussicht gestellten Steuervergünstigungen werde die Firma auch das heimische Gewerbe im Preise unterbieten oder so weitgehend ausschalten können.

Wenn die Regierung es aber ablehnt, die Verantwortung für eine Zustimmung zu dem 600 000-Mark-Kredit des Landesarbeitsamtes zu übernehmen, könnte natürlich die Stadt Mainz selbst sich von anderer Seite ein solches Darlehen beschaffen. (Wieweit das unter den gegebenen Umständen möglich ist, soll hier nicht untersucht werden.) Aber selbst dann wären die Landesregierung und der Landtag nicht von ihrer Aufsichtspflicht zu entbinden. Unbegründet und unbeaufsichtigt kann heute keine Stadt Gelder hergeben, denn schließlich ist es das Land, das den Städten über den Finanz-Ausgleichsplan die ihnen fehlenden Mittel zur Verfügung stellt. Es wäre also ein Unding, wenn die Städte über öffentliche, aber nicht kommunale Gelder verfügen wollten, um sie in Privatunternehmen, direkt oder indirekt, anzulegen. Die lebhaften Auseinandersetzungen im Finanzausschuß um den Finanzausgleich der Städte wären dann ja zwecklos, denn eine Stadt, die so mit öffentlichen Geldern wirtschaftet, beweise damit nur, daß ein Finanzausgleich überhaupt nicht nötig ist.

Abschließend erklärte Präsident Wilms, daß er im Landtag eine entsprechende Anfrage einbringen werde.

Die Geschichte unserer Briefmarken.

220 Fifth Avenue
New York 1, N.Y.
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

Nach über sieben Jahren

Die Innenstadt noch immer

26 000 evakuierte Mainzer warten noch immer auf die Rückkehr / Wann und in die Wege zu leiten? / Wie will man ihn finanzieren, wenn man vorher

ein Trümmerhaufen

was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um den Wiederaufbau endlich Millionen-Engagements auf Kosten der heimischen Wirtschaft einzehlt?

4.2.8.2.52.

Das Millionen-Engagement, das die Stadt Mainz einzugehen bereit ist, um der Wiesbadener Firma Max Krause einen Riesenpalast aufzubauen, hat die Gemüter, weit über die Stadtgrenzen hinaus, aufgerüttelt. Die Frage wirft sich von selbst auf, ob die Stadt, in kurzer Folge, nun schon einen dritten Millionenkredit aufnehmen darf, bloß um einen Betrieb, auch noch mit Steuervergünstigungen, zu einer Uebersiedlung ein paar Kilometer von der rechten auf die linke Rheinseite zu veranlassen, ganz gleich, ob das gesamte heimische Druckgewerbe, das sich mühsam ohne irgendwelche öffentlichen Gelder aus den Ruinen wieder hat herausarbeiten müssen, dadurch in seiner Existenz aufs äußerste bedroht wird. Darüber möchten wir allerdings keinen Zweifel lassen, daß wir jeden Betriebszweig, der zu uns nach Mainz herüberkommen will, begrüßen, wenn dabei das Gesetz der freien, also nicht subventionierten Marktwirtschaft eingehalten wird. Das läge im Gesamtinteresse.

Die Stadt Mainz hat ihre Kreditmöglichkeiten in erster Linie für die Wiederherstellung der Innenstadt, für den Wohnungsbau insgemein und für die Beseitigung des Schulelends vorzusehen. Nicht weniger als 26 000 Mainzer sind nach der Zerstörung der Stadt evakuiert und umquartiert. In der Hauptsache sind es die Bewohner der Innenstadt gewesen. Sie alle hängen mit unendlicher Liebe an ihrer alten Heimat. Das äußert sich unter anderem in den zahllosen Briefen, die wir ununterbrochen bekommen und die immer denselben Refrain haben: Mainz bleibt doch Mainz. Wir wollen zurück. Wir können uns draußen nicht zurechtfinden. Die Stadt hat mit dem Wiederaufbau der Innenstadt, die nun schon im achten Jahre als eine entsetzliche Trümmerstätte liegt, nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine soziale Aufgabe zu erfüllen, die allem

anderen vorangehen sollte. Die Mainzer Geschäftswelt hat einen staunenswerten Pioniergeist gezeigt, wenn sie mitten zwischen den Ruinen ihre Geschäfte und Läden, ohne jede öffentlichen Mittel, wieder aufgebaut hat, und sie wartet von Jahr zu Jahr darauf, daß man endlich das Trümmergelände nun auch mit Wohnhäusern auffüllt, die dem Geschäftsleben erst den notwendigen Rückhalt gewähren können.

Gewiß wird man von städtischer Seite einwenden, daß ja bereits ein Aufbauplan gemacht worden ist, daß eine offizielle Genehmigung aber noch aussteht. Warum drängt man nicht auf eine Entscheidung? Warum legt man die Hände in den Schoß? Warum geht es in Frankfurt mit dem Aufbau der Innenstadt jetzt so rasch vorwärts? Warum in Hannover? Warum in Stuttgart? Warum in Köln? Warum aber nicht in Mainz?

Bei uns ist es so, daß sogar noch etwa vierzig Prozent der Schuttmassen unberührt daliegen, Ruinen und wieder Ruinen, die das Leben der Passanten aufs äußerste gefährden. Erst das letzte Unwetter hat nicht weniger als drei Todesopfer infolge dieser völlig unhaltbaren Verhältnisse gefordert.

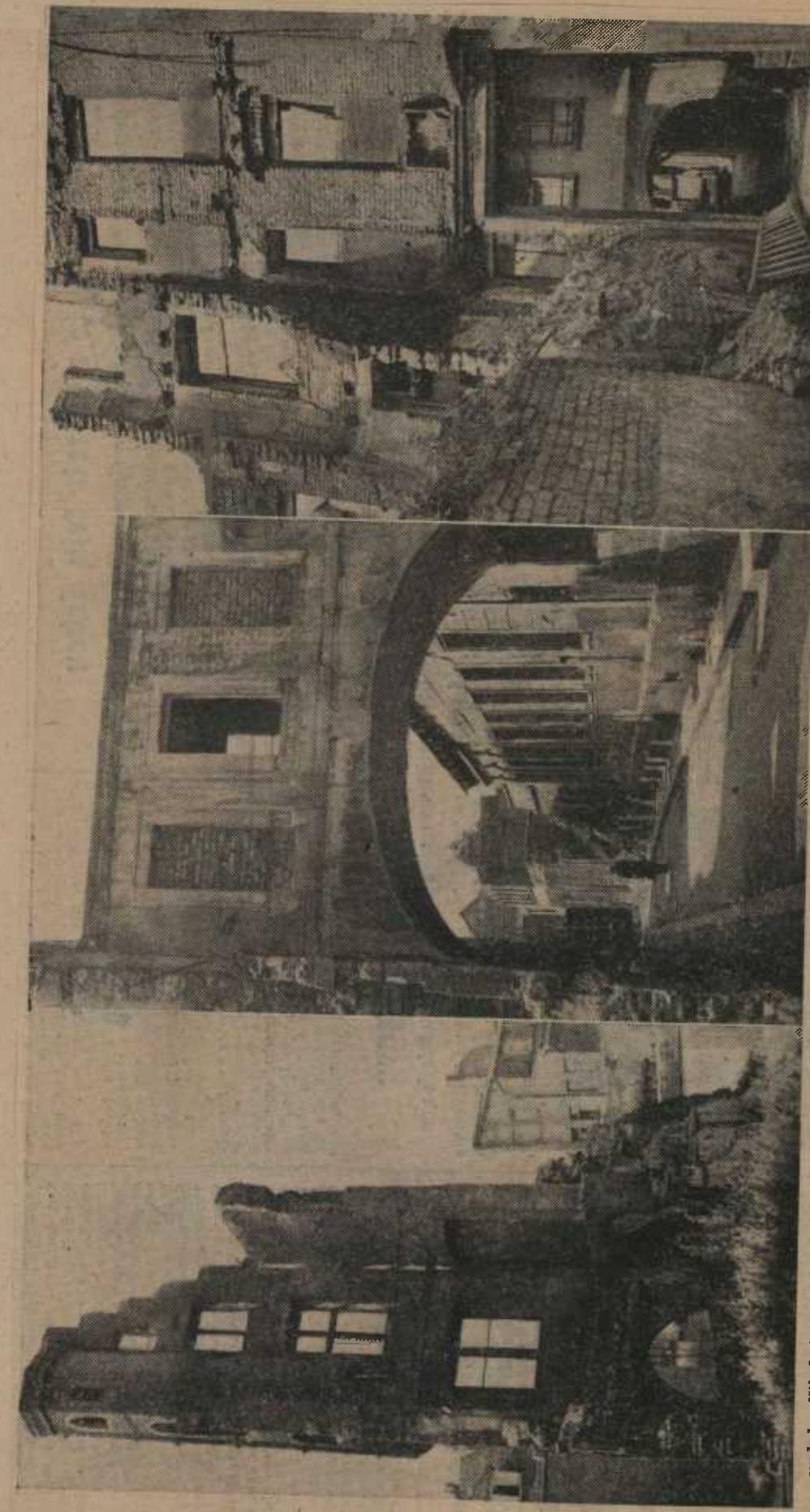
Das ist, was für heute zu diesem unerfreulichsten Thema der Stadt Mainz zu sagen ist. Die nebenstehenden Bilder, ein winziger Ausschnitt aus dem Gesamttrümmerfeld der Stadt Mainz, sollen eine Mahnung an das soziale und finanzielle Gewissen der Stadtverwaltung sein. Fangt endlich an und gebt das Geld, das ihr dafür notwendig brauchen werdet, nicht für andere, weniger dringliche, wenn nicht gar wirtschaftsschädigende Zwecke aus!



Ruinen beherrschen das Blickfeld von der Peterskirche zur Mitternacht und zum Dom. Hier standen einmal Wohnhäuser. Hier stand auch eine Schule. Was brauchte Mainz dringender als Wohnungen und Schulräume?



Das ist keine Aufnahme von dem aus der Asche des Vesuvs gegrabenen Pompeji. Aber wie in Pompeji steht es sieben Jahre nach Kriegsende heute noch in der Mainzer Altstadt aus.
Fotos: Karin Eckert (4), Georg Pfülb (1)



„... und der Wind streicht durch die Hallen“ — so könnten Dutzende Bilder aus dem zerstörten Mainz überschriften werden. Abgestumpft, beinahe achtlos läuft der Mensch täglich an Ruinen vorüber. In der Korbasse blickt der Himmel durch leere Fenster und spitze Torebogen (links); drohend reckt sich diese Wand in der Rheinstraße auf (rechts); Gras wächst auf den Ruinen in der Rentengasse. Wie lange noch?

Steuerzahler!!

/ Die Regierung wurde mit der befaßt

Die Landesregierung zum Fall Krause:

„Keine Steuergelder für Konkurrenz der

Erklärungen von Ministerpräsident Altmeier und Finanzminister Dr. Nowack
1.2.

Der Landesverband Druck (Rheinland-Pfalz) hatte in Koblenz eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Altmeier über das Millionen-Engagement der Stadt Mainz, um den Betrieb der Firma Max Krause von Wiesbaden nach Mainz übersiedeln zu lassen. Der Verband berichtet über diese Unterredung wie folgt: „Nach Ansicht des Herrn Ministerpräsidenten hat der Oberbürgermeister von Mainz etwas vorschnell in Rechnung gestellt, daß das Land Rheinland-Pfalz die nötigen Sicherheiten geben werde. Er, Altmeier, stelle fest, daß die Landesregierung mit der gesamten Angelegenheit bisher überhaupt nicht befaßt worden sei. Nach seinem Dafürhalten sei auch nicht daran zu denken, daß das Land Steuergelder investieren werde, um ein Konkurrenzunternehmen seiner Steuerzahler zu fördern.“ A.Z. 5.7.52

Gespräch mit Dr. Nowack

Wir hatten Gelegenheit, uns mit dem Finanzminister Dr. Nowack über den Fall Max Krause und seine grundsätzliche wirtschaftliche Bedeutung zu unterhalten.

Zu dem Problem des industriellen Unternehmergeistes, sofern er sich wirklich harmonisch für den Aufbau unserer Städte auswirke, äußerte sich Dr. Nowack sehr positiv. Die Regierung wolle hier von, keinem Einspruchsrecht Gebrauch machen. Es könne gar nicht genug getan werden, um die Wirtschaft wieder flott zu machen. Allerdings stehe er auf dem Standpunkt, daß in der freien Marktwirtschaft es auch wirklich auf die Eigeninitiative und das persönliche Risiko ankomme. In dieser Form gebühre diesen der Vorrang gegenüber der leider üblich gewordenen staatlichen oder kommunalen Subventionierung. Unsere Geldinstitute sollten diesen Unternehmergeist im Sinne der freien Wirtschaft unterstützen.

Wenn aber die Stadt Mainz auswärtige Industrien ansiedle, so müßten diese Industrien schon zu Anfang mehr Kapital erbringen als fordern. Um möglich könne man die geforderte Eigeninitiative auf den Steuerzahler abwälzen. Jegliche Staatshilfe dürfe kein Vabanque-Spiel bedeuten, und das Prinzip der freien Marktwirtschaft dürfe sich nicht in das der gebundenen staatlichen oder kommunalpolitischen Subventionspolitik verkehren.

Keinesfalls dürfe bei der Ansiedlung auswärtiger Industrien in Mainz die einheimische Wirtschaft vernachlässigt werden. Wenn es in Mainz einheimische Firmen gibt, die nur durch Subventionierung hohe volkswirtschaftliche Werte erbrachten, seien sie zuerst zu fördern. Sein Ministerium habe zwar noch im alten Etatjahr für den Plan, die Wiesbadener Firma Max Krause in Mainz anzusiedeln, vor-

erst einmal einen Zuschuß des Landesarbeitsamtes von 600 000 DM lediglich in Aussicht genommen und in Rechnung gestellt. Gegeben seien diese Gelder noch nicht. Sie seien auch nur unter dem Gesichtspunkt veranschlagt, daß die Firma Max Krause die Bedingungen eines ausgesprochenen volkswirtschaftlichen Wertes für das Land erfülle. Eine weitere Summe von 400 000 DM als erforderliche Subvention sei von seinem Ministerium bisher nicht in Aussicht genommen worden, ja er wisse gar nichts davon.

Auch Staatssekretär Steinlein vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr bestätigte uns, daß in seinem Arbeitsbereich die ganze Angelegenheit noch nicht aufgetaucht und infolgedessen auch keine derartige Summe bewilligt worden sei.

A.Z. 7.7.52 zum Fall Krause

Mainz, 6. Juli. Der Finanzminister von Rheinland-Pfalz Dr. Nowack, der sich, wie Ministerpräsident Altmeier, ablehnend gegenüber dem Millionen-Engagement der Stadt Mainz in der Samstagsausgabe der „Allgemeine Zeitung“ geäußert hat, legt Wert auf die Feststellung, daß das Landesarbeitsamt als eine Gliederung der Selbstverwaltung seiner eigenen Haushaltsplan und seine eigene Haushaltsführung hat, so daß der Etatstitel von 600 000 Mark, die der Stadt Mainz als Kredit gewährt werden sollen, nicht im Landesetat erscheint.

Ministerpräsident Altmeier hatte seine Ausführungen gegenüber dem Druckverband in Koblenz gemacht, wo ebenso wie in Neuwied große papierverarbeitende Betriebe sind.

Stärkste Bedenken am Arbeitsmarkt

Für das Krause-Projekt sind weder Fachleute noch Nachwuchs vorhanden

el. — Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, daß beim Max-Krause-Projekt nur oberflächlich geplant worden ist. Auf eine Beratung durch Fachleute hat man augenscheinlich verzichtet; denn sonst würde man auch an die mannigfachen Hindernisse gedacht haben, die bei diesem Vorhaben zwangsläufig entstehen müssen. Vermutlich sind auch die beschlußfassenden Gremien, beispielsweise der Mainzer Stadtrat, mit den Schwierigkeiten nicht vertraut gemacht worden. *A. Z. 417.52*

Stärkste Bedenken kommen dem Projekt vom Arbeitsmarkt entgegen. In Rheinhessen (ohne den Kreis Worms) werden zur Zeit im graphischen Gewerbe rund 800 Männer und etwa 150 Frauen beschäftigt. Arbeitslos sind nur 15 Personen, doch handelt es sich selbst bei dieser verschwindend kleinen Zahl nicht etwa um vollverwendbare Kräfte, sondern fast ausschließlich um ältere Personen, die das 65. Lebensjahr bereits überschritten haben. Aber auch im übrigen Bundesgebiet ist das Kräftekreservoir im graphischen Gewerbe überall ausgeschöpft. Fachkräfte werden allenthalben gesucht.

Am Mainzer Arbeitsmarkt wird man jeden neuen Betrieb, der neben einem Stamm von Facharbeitern eine größere Zahl von Hilfsarbeitern braucht, wie es beispielsweise bei dem im Aufbau stehenden Werk Schott & Gossen (Jenaer Glas) der Fall ist, freudig begrüßen. Beim Krause-Projekt aber werden nahezu ausschließlich Fachkräfte benötigt.

Der Betrieb beschäftigt zur Zeit in Wiesbaden 200 Personen, in Mainz soll die Zahl auf 700 gesteigert werden. Woher will man die fehlenden 500 Kräfte nehmen? Sie sind weder in Mainz, noch in den benachbarten Gebieten aufzutreiben. Man kann auch vom Nachwuchs her keine Erleichterung erwarten. In ganz Rheinhessen (diesmal einschließlich Worms) unterhält das graphische Gewerbe zur Zeit 155 Lehrlinge, die sich auf vier Jahrgänge verteilen. Diese Zahl reicht gerade aus, um den natürlichen Abgang (Alter, Tod, Abwanderung von Frauen durch Heirat und Berufswechsel) zu decken. Eine verstärkte Lehrlingsausbildung könnte einen

wesentlich gesteigerten Bedarf von heute auf morgen nicht decken, sie hat aber auch ihre Grenzen, da im graphischen Gewerbe beim Lehrling besonders starke Forderungen an seine Eignung, Intelligenz, Schulbildung und Geschicklichkeit gestellt werden. Nicht umsonst spricht man in diesem Beruf von der „schwarzen Kunst“, wobei die Betonung auf das Wort Kunst gelegt wird.

Man muß die Frage wiederholen: Woher sollten die fehlenden 500 Kräfte kommen? Viele kleine und mittlere Betriebe des graphischen Gewerbes würden in die Gefahr geraten, ihre Fachkräfte an den großen Fremdling zu verlieren. Große Betriebe über auch hier eine stärkere Anziehungskraft auf einen Teil der Arbeitnehmer aus als kleinere. Diese Klein- und Mittelbetriebe müßten sich also in ihrer Existenz bedroht sehen.

Es darf aber auch die Auftragslage nicht übersehen werden. Die gegenwärtige Auftragsdecke reicht nicht aus, um einen neuen großen Betrieb mitzuversorgen. So müßte zwangsläufig für das ansässige Gewerbe eine weitere ernste Gefahr erstehen. Das Krause-Projekt soll mit Mitteln des Arbeitslosenstocks und der Stadt finanziert werden. Wenn diese Stellen ihre Einlagen nicht gefährdet sehen wollen, werden sie gegebenenfalls dem von ihnen gestützten Betrieb auch ihre Aufträge geben. Man würde damit zwar einem neuen Großbetrieb dienen, jedoch zahlreiche alte Betriebe, die bereits vorhanden sind und nicht erst mit Geldern der Allgemeinheit (für die es eine bessere Verwendung geben dürfte) aufgebaut werden müssen, an ihrem Lebensnerv treffen.

A.2. Leidtragender ist Rheinland-Pfalz!

2.7.52 Das einheimische Gewerbe fragt: Warum landfremde Unternehmen?

Nicht erst seit gestern beklagen sich einheimische Bauunternehmer, Bauhandwerker und sonstige Gewerbetreibende über das Auftreten auswärtiger Unternehmer im Lande Rheinland-Pfalz und in Mainz. In unserer gestrigen Veröffentlichung „Ein Bauunternehmer aus München usw.“ haben wir einen Einzelfall herausgegriffen. Heute lassen wir eine Beschwerde der Innung der Fuhrherrs für den Stadt- und Landkreis Mainz folgen.

In dieser Beschwerde, die über die Bezirksregierung an die Landesregierung geleitet und außer ~~der~~ Landtagsfraktionen allen zuständigen Stellen abschriftlich zur Kenntnis gebracht wurde, wird dargelegt:

Wenn wir auch den freien Wettbewerb bejahen, sind wir doch der Ansicht, daß die Landesregierung, wie auch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine bestimmte Grenze

zischen und in erster Linie die einheimische Wirtschaft berücksichtigen, bzw. bei den Besatzungsbehörden einen entsprechenden Einfluß geltend machen sollten. Es ist erschütternd, wenn man die vielen Baustellen (zum Beispiel am Bruchweg in Mainz) beobachtet und feststellt, daß es dort von Bau- und Fuhrunternehmungen aus Bayern und Hessen geradezu wimmelt, während das einheimische Gewerbe nahezu unbeschäftigt dabeisteht.

Außer ihrem Stammpersonal bringen diese auswärtigen Bauunternehmen auch noch Fuhrunternehmer mit. Das einheimische Transportgewerbe muß mit seinem Personal zusehen, wie Fremde ihm Arbeit und Brot wegnehmen. Aus einer Meldung aus Bonn vom 18. Juni geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz in der ersten Junihälfte erheblich zugenommen hat, während sie sonst in der Bundesrepublik zurückgegangen ist.

Die Landesregierung und die Stadtverwaltungen müßten schon allein aus steuerlichen Gründen an der Beschäftigung einheimischer Unternehmer interessiert sein, weil ja die auswärtigen Unternehmer ihre Steuern und Abgaben nicht in Rheinland-Pfalz, sondern an ihren Wohnsitzten entrichten. Viel schlimmer aber ist, daß durch die Beschlagnahme von riesigem, landwirtschaftlich genutztem Gelände, das an sich nicht reiche Land Rheinland-Pfalz Einbußen und Schäden erlitten hat. Wenn auch die Verdienstmöglichkeit, die sich durch den Bau der Besatzungsanlagen auf diesem Gelände ergeben, noch dazu von landfremden Unternehmern ausgenutzt wird, entzieht man dem Lande und seiner Wirtschaft Millionenbeträge und stärkt dadurch die Finanzkassen und die Wirtschaft anderer Länder. Die unvermeidliche Folge davon wird eine ernste Existenzgefährdung des einheimischen Gewerbes und der Wirtschaft sein.

Der Wirtschaftsraum Mainz-Wiesbaden

Eine Auslassung des Bürgermeisters Kluge im Rundfunk

Der Wiesbadener Bürgermeister Kluge nahm eine Unterredung, die er dem Hessischen Rundfunk gewährte, zum Anlaß, um sich auch zur Frage Mainz-Wiesbaden zu äußern. Er erklärte unter anderem: A.Z. 3.7.52

Die Stadt hat nicht nur mit Einzelfällen zu tun, sondern sie macht sich seit Jahr und Tag Gedanken über die Planung überhaupt. Wenn ich dabei den Wirtschaftsraum Mainz-Wiesbaden noch einmal bildlich überbrücke, werde ich mir erneut darüber klar, wie eng er zusammengehört.

Wir haben im Magistrat eine Unterkommission von fünf Stadträten, zwei hauptamtlichen und drei ehrenamtlichen, gebildet, und diese wird sich in regelmäßigen Sitzungen, die alle acht Tage stattfinden sollen, sowohl mit den Einzelwünschen, als auch mit der Problematik als Ganzem beschäftigen. Es ist ja so, daß in unserer Bürgerschaft über das Ziel einer Wirtschaftsförderung noch gar keine klare einheitliche Linie vorhanden ist. Die Verhältnisse der Nachkriegszeit haben die Städte zum Teil zu Maßnahmen gebracht, die nicht ohne weiteres vertretbar sind. Ich spiele jetzt nicht auf die Stadt Mainz an, sondern meine das ganz allgemein, daß in manchen Dingen eine — ich möchte fast sagen — unlautere Konkurrenz auf diesem Gebiet stattgefunden hat.

Steuererleichterungen betrachte ich im Prinzip nicht als wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Jeder Betrieb und jedes Unternehmen hat Anrecht auf gleich gerechte Behandlung nach den Steuergesetzen, und die Frage, ob Steuererleichterun-

A.Z. 12.52. **Das Echo in Wiesbaden****Wohin wirtschaftlicher Konkurrenzkampf von Nachbarstädten führen muß**

Der in der Samstagausgabe der „Allgemeinen Zeitung“ erschienene Aufsatz des Stadtrats Wilhelm Christ, der, gleich uns, für eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit der Städte Mainz und Wiesbaden eintrat, hat in der Wiesbadener Presse ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Durchaus in zustimmendem Sinn. Im einzelnen wird gesagt, der Vorwurf des Herrn Christ, daß Wiesbaden auf die Mainzer Anregung für einen zentralen Schlachthof gar nicht geantwortet habe, sei unzutreffend. Im Gegenteil, es seien zahlreiche Verhandlungen mit der Mainzer Stadtverwaltung geführt worden, und Mainz sei es gewesen, das diesen Plan dann aus wirtschaftlichen Gründen habe fallen lassen. Die Schaffung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes sei für beide Städte lebensnotwendig. In Wiesbaden sei man mit großem Ernst darum bemüht. Wolle Mainz die Verantwortung für ein Scheitern dieser Bemühungen um eine vernünftige Regelung auf sich nehmen?

Soweit der „Wiesbadener Kurier“.

Das „Wiesbadener Tagblatt“ äußert sich in einem Offenen Brief an den Stadtrat Christ weit positiver zu dessen Vorschlägen für eine wirtschaftliche Ver-

ständigung der beiden Städte. Abschließend erklärt es dann aber einschränkend: „Eine solche Mainzer Stimme im Gespräch der beiden Schwesternstädte gewinnt erheblich an Gewicht, nachdem Ihr Stadtoberhaupt vor einigen Tagen in einer uns unverständlichen, brusk erscheinenden Weise sozusagen die Tür des Verhandlungszimmers zugeschlagen hat. Der gemeinsamen Sache wäre mehr gedient gewesen, wenn der Mainzer Oberbürgermeister im Sinne Ihres Mottos: „Bei gutem Willen ist vieles möglich“ Stellung genommen hätte.“

Bereits in seiner Samstagausgabe hatte sich der „Wiesbadener Kurier“ mit der grundsätzlichen Bedeutung des Falles Max Krause beschäftigt. Er weist darauf hin, daß es zweierlei sei, ob einem privatwirtschaftlichen Unternehmen aus öffentlichen Mitteln eine Anfangshilfe gewährt würde, oder ob man ein Unternehmen subventioniere, nachdem es einmal Fuß gefaßt habe und dann Ausschau halte nach den günstigsten Bedingungen für eine Weiterentwicklung im großen. In diesem Augenblick müsse, sobald eine Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel sich abzeichne, das Warnsignal gezogen werden. Berufen dazu sei die Standesvertretung der deutschen Großstädte, der Deutsche Städtetag, der, wenn er seine Aufgabe recht versteht, als erster sich gegen jede Verquickung öffentlicher und privater Interessen wenden müßte, zumal dann, wenn sie gleichartige Gemeinden in ein unmögliches Konkurrenzverhältnis bringe. Suche man nach einer privatwirtschaftlichen Parallel, so liege der Begriff „Schleuderkonkurrenz“ nahe, der nach alter Erfahrung für den, der sie treibt, der beste Weg zum Ruin sei. Der Privatmann habe das mit sich selbst abzumachen, während bei einem Konkurrenzkampf von Städten der Schaden, der entsteht, vom Bürger getragen werden müsse.

Der „Wiesbadener Kurier“ glaubt, daß dieses Thema auf der nächsten Tagung des Deutschen Städtetages von den Wiesbadener Delegierten zur Diskussion gestellt werden würde.

Wie steht es zwischen Mainz und Wiesbaden?**Bei gutem Willen ist vieles möglich****Die Kernfrage: Rückgliederung der rechtsrheinischen Vororte / Von Stadtrat**

Durch den Zuzug verschiedener Industrien nach Mainz haben sich in letzter Zeit Presse-Polemiken ergeben. Dazu ist, soweit es sich um das Verhältnis von Mainz zu Wiesbaden handelt, noch Nachfolgendes zu sagen:

A.Z. 28.6.58

Bei diesen Erörterungen werden auch Gegensätze zwischen Mainz und Wiesbaden hervorgerufen, die in Wirklichkeit gar nicht bestehen. Tatsache ist, daß der Raum zwischen Mainz und Wiesbaden sowie die Mainzspitze ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet darstellen und sämtliche Städte und Gemeinden dem auch Rechnung tragen müßten. Infolgedessen müßte auch gerade von Wiesbaden anerkannt werden, daß die rechtsrheinischen Vororte zu Mainz gehören und möglichst bald wieder in die Verwaltung von Mainz zurückgegeben werden müßten, wie dies auch übrigens die Ansicht leitender Wiesbadener Kreise ist und was der frühere Oberbürgermeister Krücke, jetzt ehrenamtlicher Magistratsrat in Wiesbaden, auch anerkannt hat, indem er erklärte, daß sich Wiesbaden nur vorübergehend als Treuhänder der Vororte betrachte. Nach dem militärischen Zusammenbruch ist die Abtrennung der Vororte durch die Schaffung der Zonengrenze hervorgerufen worden und jetzt, wo das Besatzungsstatut gefallen ist und der Generalvertrag an dessen Stelle tritt, wäre es Pflicht der hessischen Regierung in Wiesbaden, diese Vororte wieder an Mainz zurückzugeben, wie dies die Gerechtigkeit erfordert und wodurch die natürliche wirtschaftliche Einheit für das Mainzer Stadtgebiet gegeben wäre.

Wie Wiesbaden und Mainz auch bisher schon zusammenarbeiteten, ist dadurch leicht zu beweisen, daß die „Kraftwerke Mainz-Wiesbaden“ schon seit langer Zeit in Gemeinschaft beider Städte geführt werden. Ebenso verhält es sich mit den Straßenbahnen nach Mainz einerseits, Wiesbaden, Biebrich und Schierstein andererseits, die von beiden Städten in Gemeinschaft geführt und verwaltet werden.

Von Mainz aus wurden weitere Anregungen nach Wiesbaden gegeben, indem man vorschlug, daß die Theater gemeinsam bespielt werden sollten; hier schlug Wiesbaden ab, da es seine Selbständigkeit in dieser Beziehung nicht verlieren wollte. Dieser Standpunkt ist nur insofern verständlich, als das Land Hessen sehr erhebliche Zuschüsse zu dem Wiesbadener Theater gibt und außerdem die Stadt Wiesbaden glaubt, sich noch besonders große Zuschüsse erlauben zu können. Nachdem das Mainzer Theater seit November vorigen Jahres wieder eröffnet ist und da durch den großen Erfolg fast nur restlos gefüllte Vorstellungen stattfinden, ist die finanzielle Seite für die Stadt Mainz erträglicher geworden, so daß sich heute eine gemeinsame Bespielung der Theater beider Städte fast erübrigen dürfte.

Durch die Ansiedlung der „Jenaer Glaswerke“ in Mainz dürfte die Schlacht- und Viehhof-Frage für Mainz bald akut werden. Deshalb wurde von der Verwaltung der Stadt Mainz in Wiesbaden und auch in Rüsselsheim angeregt, einen gemeinsamen Schlacht- und Viehhof zu errichten, der auf das rechtsrheinische Gebiet kommen müßte. Obwohl der Schlacht- und Viehhof in Wiesbaden ebenfalls nicht mehr den Ansprüchen genügt, erfolgte auf diese Anregung von Wiesbaden bisher leider keinerlei Antwort, was durchaus bedauerlich ist.

Mainz versäumt bei seinen rechtsrheinischen Vororten, welche zur Zeit unter der Treuhand-Verwaltung stehen, den Bewohnern dieser Vororte gegenüber nicht seine

Wilhelm Christ

2. 11.

Wenn man so darüber nachdenkt

Weit- oder kurzsichtige Politik der Stadt? / Probleme, die für die Zukunft

entscheidend sind

d. Die letzte Kreditverpflichtung der Stadt hat auch ihr Gutes gehabt. Die Öffentlichkeit ist aufgerüttelt worden. Man beginnt, sich Gedanken über die künftige Entwicklung der Stadt Mainz zu machen, ohne in den Beschlüssen der Stadtverwaltung der Weisheit letzten Schlusses zu sehen. Mit welchen Problemen, die für die Zukunft entscheidend sind, muß man sich auseinandersetzen? Mit dreien. Mit der Wohnungsfrage. Mit der Erweiterung der wirtschaftlichen Grundlagen. Mit dem Aufbau des zerstörten Stadtkerns. Alles, was man planend unternimmt, wird auf diese drei entscheidenden Faktoren abgestimmt werden müssen.

A. 1.

Die Wohnungsfrage 26.6.61.

Da ist die Wohnungsfrage. Vieles ist darin bereits getan worden. Das ist unbestritten. Der soziale Wohnungsbau ist rasch vorangeschritten. Trotzdem reicht er bei weitem noch nicht aus, um die Evakuierten wieder sämtlich zurückzuführen, um noch zahlreichen Geschäftsläden, Beamten, Angestellten und sonstigen Arbeitnehmern, die in der Stadt ihren Beruf ausüben, auch hier eine Wohnung zu verschaffen. Dadurch geht der Stadt ein nicht geringer Prozentsatz der Lohnsummen- und der Gewerbesteuer und der Geschäftswelt der tägliche Konsum einer zahlreichen Kundschaft verloren. Die Stadt wird also, wenn sie über Geld und Kreditmöglichkeiten verfügt, sie hier einzusetzen haben, nicht zuletzt auch um der heimischen Geschäftswelt beim Wiederaufbau ihrer Unternehmungen behilflich zu sein, um damit erst einmal einen festen Grund und Boden für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu schaffen.

Der Mainzer Wirtschaftsraum

Da ist die Frage der Heranziehung neuer industrieller oder gewerblicher Unternehmungen von auswärts. Jeder, der herkommen will und das auf eigenes Risiko versucht, soll willkommen sein. Das liegt im Wesen der freien Marktwirtschaft. Nach der Korea-Krise hat sich ein geradezu stürmischer Andrang von Firmen aller Art nach Rheinland-Pfalz bemerkbar gemacht. Das Wirtschaftsministerium wird darüber Auskunft geben können. Dann, als die außenpolitische Spannung nachließ, wurde es stiller. Aber noch immer laufen Anträge ein. Ob und wie weit sie gerade auch für die Stadt Mainz in Frage kommen, ist eine Sache, welche die Stadtverwaltung selbst zu untersuchen und zu entscheiden hat. Auf alle Fälle: eine Auswahl ist da. Begrenzt wird sie durch die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die hier gegeben oder die hier nicht gegeben sind. Denn zunächst müssen wir ja wohl an uns selbst denken, an den Wiederaufbau unserer eigenen zerstörten Wirtschaft. Begrenzt sind sie auch durch die verkehrspolitische Lage der Stadt. Wir haben nur die Möglichkeit, uns nach Norden oder

Süden auszudehnen, nicht aber nach dem Osten. Denn dort beginnt, sozusagen ohne Übergang, das Wiesbadener Wirtschaftsgebiet. Wir sind also in einem nicht geringen Grade auf eine Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt angewiesen. Wenn der Mainzer Oberbürgermeister den vernünftigen Vorschlag Wiesbadener Wirtschaftskreise, in einem gemeinsamen Wirtschaftsbeirat die beiderseitigen Interessen aufeinander abzustimmen, als „völlig undiskutabel“ schroff ablehnt, so fehlt uns für diese Stellungnahme, die einfach die Tür zuknallt, jegliches Verständnis. Um so weniger, als wir heute schon einen Zweckverband zur gemeinsamen Gas- und Elektrizitäts-Versorgung haben, als die Frage eines gemeinsamen Schlach- und Viehhofes zur Debatte steht, als die Rückgliederung der Vororte auf dem rechten Rheinufer, die heute von Wiesbaden treuhänderisch verwaltet werden, allerlei Widerständen begegnet. Schließlich wird eines Tages auch eine kulturelle Zusammenarbeit, auf dem Gebiet des Theater- und Konzertwesens, sich schon aus finanziellen Gründen als notwendig erweisen. Durch ein so brüskes Nein, wie es jetzt von dem Mainzer Oberbürgermeister ausgesprochen ist, verbaut man sich, zunächst wenigstens, alle Verständigungsmöglichkeiten. Da die beiden Städte mit jedem Tage räumlich mehr zusammenwachsen, wird sich die Entwicklung auf eine vernünftige Zusammenarbeit, mögen das nun einzelne wollen oder nicht, einfach als unaufhaltsam erweisen. Ob es in einer solchen Situation politisch und wirtschaftlich klug war, einen Großbetrieb von Wiesbaden nach Mainz, unter Aufwendung von Millionen-Krediten und steuerlichen Vergünstigungen, zu locken, ohne Rücksicht auf den entsprechenden einheimischen Gewerbezweig, der alles erst mühsam aus eigenen Mitteln, ohne irgend eine Unterstützung der Stadt, wieder aufgebaut hat, müssen wir, höflich ausgedrückt, mehr als bezweifeln. Ganz abgesehen davon, daß Facharbeiter über den

soll sich an die Zeit der zwanziger Jahre erinnern, als das nach Amerika geflüchtete europäische Fluchtkapital in der Form großzügig gewährter amerikanischer Kredite zurückkehrte und über die Banken den Städten überreich zuflöß, die sich dann in Projekten aller Art überschlugen und darüber finanziell zusammenbrachen, als die wirtschaftliche Konjunktur plötzlich nachließ und die Kredite gekündigt



gegenwärtigen Bedarf überhaupt nicht vorhanden sind, während das fremde Unternehmen gerade ja mit städtischer Hilfe sein Unternehmen hier ganz bedeutend erweitern will.

Der Wiederaufbau des Stadtkerns

Da ist endlich der Wiederaufbau des zerstörten Stadtkerns. Es gibt heute kaum noch in der Bundesrepublik eine Stadt, deren Kern nach wie vor so zerstört und verwüstet daliegt wie in Mainz. Trümmer reihen sich an Trümmer. Ruinen an Ruinen. Dazwischen sind öffentliche Gebäude wieder erstanden, zu denen die Stadt selbst kaum etwas beigetragen hat. Nur die Geschäftswelt hat sich gerührt und hat mal hier, mal dort, Häuser, zum Teil nur Notbauten infolge der fehlenden Geldmittel, errichtet. Ein ziemliches Durcheinander ist, aus der Not der Zeit, so entstanden. Andere Städte sind uns im Wiederaufbau weit vorangegangen: Hannover, Köln, Stuttgart und nicht zuletzt Frankfurt. Gerade Frankfurt, auch mit einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister, Herrn Dr. Kolb, an der Spitze, ist ein leuchtendes Beispiel. Dort wird jetzt in einem Zuge die Altstadt, nach einem großen einheitlichen Plan, nach einer grundsätzlichen Regelung der Grundbesitzer-Ansprüche, wieder aufgebaut, und dieser Aufbau wird zum größten Teil schon in diesem Jahre beendet werden. Es handelt sich dabei um ein städtebauliches Projekt, auch nach der sozialen und wirtschaftlichen Seite hin, von dem auch Mainz etwas lernen könnte. Aber die Voraussetzung für die Verwirklichung solcher Pläne werden die notwendigen Gelder oder Kredite sein. Wenn man sie aber vorher für andere risikoreiche Vorhaben verplempert, besteht die Gefahr, daß sie uns in dem Augenblick fehlen werden, da auch wir endlich einmal an die planvolle Wiederherstellung unserer Innenstadt gehen müssen. Und das wird ja wohl einmal der Fall sein. Die Stadt Mainz

wurden. Auch heute haben wir eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Aber niemand kann wissen, wie lange sie dauern wird. Die Zeit kann kommen, wenn auch die öffentlichen Kredite, bei einem Absinken der Konjunktur, versickern. Daher wird jede Kreditpolitik einer Gemeinde darauf abgestellt sein müssen, zunächst einmal das Notwendige zu sichern und das weniger Notwendige zurückzustellen. Das Notwendige ist in unserem Falle der Wiederaufbau der Altstadt. Das weniger Notwendige die krampfhaften Heranziehung auswärtiger Betriebe, ganz gleich, ob sie in den Rahmen unserer Wirtschaftsverhältnisse passen oder nicht. Anders, wenn es der Stadt ohne Millionen-Verpflichtungen und Steuervergünstigungen gelingt, Betriebe zur Niederlassung in unserem Raum zu veranlassen, und ihnen Grund und Boden dafür zur Verfügung stellt.

Lohnt es sich nicht, einmal über all diese Dinge in einem größeren Zusammenhang nachzudenken?

A.Z. 19.6.52

Kein Landeskredit

Wie uns die Landesregierung mitteilt, ist die Annahme, als ob das Land Rheinland-Pfalz der Stadt Mainz einen Kredit von 400000 DM für den ersten Bauabschnitt der Firma Max Krause gegeben habe, völlig irrig. Das zuständige Finanzministerium hat weder einen solchen Kredit gegeben, noch ihm überhaupt je in Aussicht gestellt. Mit dem 400000-DM-Kredit der Landesregierung ist es also nichts.

Den Ministerien sei auch nicht bekannt, daß der Firma aus Mitteln des Landesstocks der Arbeitslosenversicherung ein Darlehen in Höhe von 600 000 Mark zugesagt worden sei. Eine solche Zusage, so wurde weiter erklärt, hätte der Landesregierung zumindest bekannt werden müssen. Das Land sei bisher auch nicht in der Lage gewesen, Kredite oder Kreditbürgschaften an die Firma zu geben, da dieses Unternehmen seinen Sitz außerhalb der Landesgrenzen habe. Ob das Land zu einem späteren Termin dem Unternehmen Kredite geben oder für derartige Kredite Bürgschaften übernehmen werde, könne zur Zeit noch nicht gesagt werden. Die Klausel in dem Vertrag der Stadt Mainz mit der Firma Krause, wonach die Stadt die Bürgschaft für die Aufbaukredite bzw. den Zinsdienst übernimmt, könne nur so verstanden werden, daß dem Unternehmen damit die Kreditaufnahme erleichtert werden solle.

A.Z. 25.6.52

Die Tür zugeschlagen

Der Landespressedienst der Deutschen Nachrichten-Agentur berichtet:

„Zu einem Vorschlag aus Wiesbadener Wirtschaftskreisen, für die Verteilung und Ansiedlung von Industriebetrieben in den beiden benachbarten Städten sollte von Wirtschaftsfachleuten ein Mainz-Wiesbadener Wirtschaftsrat gebildet werden, erklärte der Mainzer Oberbürgermeister Franz Stein am Dienstag, ein solches Gremium sei völlig indiskutabel. Die Stadt Mainz müsse es ablehnen, ihre Initiative zum wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Gemeinwesens an die Kette legen zu lassen, nur weil irgendwelche Interessenten aus egoistischen Gründen Wettbewerbssorgen hätten. Mainz werde, wie bisher, so auch in Zukunft, keine Betriebe aus Wiesbaden wegengagieren. Der Oberbürgermeister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch zum Vertragsabschluß mit der Firma Max Krause der Anstoß keineswegs von der Stadt Mainz ausgegangen sei. Im übrigen bestehe in Mainz bereits ein mit qualifizierten Persönlichkeiten besetzter Ausschuß für Wirtschaftswerbung.“

Unsere Leser schreiben: A.Z. 25.6.52.

„Planungs-Geschädigte“ klagen

Zur Angelegenheit der Firma Max Krause erhalten wir nach wie vor Zuschriften, die wir, schon aus Raumgründen, gar nicht in der Lage sind, alle zu veröffentlichen. Heute greifen wir die folgende heraus, die wir im Auszug wiedergeben. Es heißt darin:

Das Millionen-Engagement der Stadt Mainz zugunsten einer auswärtigen Firma

STÄDTISCHES THEATER MAINZ

Heute, 25.6., 19.30 Uhr: Die Kinder Eduards
Abonn. B

ist in allen Kreisen viel besprochen worden. Dabei muß im Gegensatz zu der verblüffenden finanziellen und steuerlichen Offerte, die die Stadt Mainz der Firma Max Krause gegenüber gemacht hat, darauf hingewiesen werden, daß die Einheimischen durch mangelnde Planung der städtischen Behörden, durch mangelndes Entgegenkommen und durch eine mit dem besten Willen nicht verständliche Verschleppungspolitik der Stadt bei notwendigen Entscheidungen schwere Rückschläge bei ihren Aufbauplänen und erhebliche finanzielle Einbußen erlitten haben.

Von den verschiedensten Seiten werde getanzt gemacht, die Stadt lege bei erforderlich werdenden Umlegungen, Auflassungen sowie bei dem Erwerb von Grundstücken zur Straßenerweiterung Verträge vor, die eine Zwangslage ausnützen. Sie biete Entschädigungen an, die dem tatsächlichen Bodenwert überhaupt nicht entsprechen und führe um Streitobjekte überflüssige Prozesse, die der Stadt selbst manchmal teuer zu stehen kämen, denn mehrfach seien gerichtliche Entscheidungen zugunsten der Stadt getroffen worden. Selbst in solchen Fällen sei es fast unmöglich, von der Stadt die Gelder zu erhalten, zu deren Zahlung sie verurteilt werden sei.

Verschleppungen seien besonders bei den Baubehörden an der Tagesordnung. Dies liege zum großen Teile daran, daß man sich in Mainz sieben Jahre nach Kriegsende noch keineswegs über den Bebauungsplan völlig klar sei.

Die Innenstadt von Hannover, die während des Krieges fast völlig zerstört worden sei, habe zum Beispiel fast völlig wieder aufgebaut werden können. Es gebe zwischen den modernen, mehrstöckigen Bauten kaum noch Lücken. In Mainz dagegen habe man den Eindruck, als ob, der mangelnden Planung wegen, jeder Aufbau verhindert, zum mindesten hinausgezögert werden solle. Die eingereichten Pläne blieben lange Zeit unbearbeitet. Anfragen würden überhaupt nicht oder erst nach Monaten beantwortet. Dadurch sei schon manches Bauvorhaben hinfällig geworden, da es der inzwischen erhöhten Baukosten wegen nicht mehr habe ausgeführt werden können. Den Bauwilligen seien aber inzwischen durch die Verzinsung von Krediten, die sie für den beabsichtigten Bau bereits in Anspruch genommen hätten, obendrein erhebliche Verluste entstanden.

Entnebelung

23.6.52

Die Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will und Rothe KG bittet uns in einem längeren Schreiben zu unserem Artikel „Nackter Egoismus“ vom 20. Juni unseren Lesern einige Mitteilungen zu machen. Wir kommen dieser Bitte aus Gründen der Objektivität gern nach, obwohl wir nach dem Pressegesetz nicht dazu verpflichtet wären.

Die Verlagsanstalt stellt also fest:

1) Sie habe ihre Baulichkeiten und Betriebsanlagen ohne öffentliche Kredite errichtet (Wir hatten dazu geschrieben: „Hat die Verlagsanstalt alles aus eigenen Mitteln finanziert? Wenn ja, dann hat sie gut verdient“).

2) Sie habe für ihre Betriebsangehörigen 43 Wohnungen errichtet.

3) Sie habe zu diesen Bauten die erzielten Überschüsse nicht in Anspruch nehmen können, weil diese Gewinne nach dem bestehenden Steuerrecht restlos an die Gesellschafter auszuschütten sind.

4) Sie vergabe jährlich Verlagsobjekte in Höhe von mehreren hunderttausend Mark an Kleinbetriebe.

5) Sie habe nur eine Setzmaschine von der Rheinhessischen Druckwerkstätte in Alzey zum angemessenen Preis für die Dauer von 13 Monaten vom 1. Januar 1948 bis zum 31. Januar 1949 gepachtet gehabt.

Soweit die Verlagsanstalt. Gleichzeitig hat die „Allgemeine Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom vergangenen Samstag unter der Überschrift „Ein Vernebelungsversuch“ diese Feststellungen im wesentlichen wiederholt. Zur Beruhigung der Verlagsanstalt und des Chefredakteurs Dombrowski sei dazu vermerkt, daß wir weder das Verlagsgebäude, noch den Chefredakteur in Nebel einhüllen wollen. Im Gegenteil. Wir wollen mehr Licht in einiges Dunkel bringen. Ob übrigens Vernebelungstruppen nach dem Generalvertrag uns wieder zustehen, müßte Herr Dombrowski besser wissen.

Zu den aufgezählten Punkten sei unsererseits festgestellt.

1) Wie sehr sich der Chefredakteur um den Aufbau des deutschen Zeitungswesens bemüht hat, haben wir nicht bestritten. Hugenberg hat das nach 1919

auch getan, womit wir aber keineswegs Herrn Dombrowski und Herrn Hugenberg auf eine Ebene stellen wollen. Im übrigen wird es bei Gelegenheit interessant sein, festzustellen, warum der Chefredakteur nach 1945 so gut ins beflügelte Geschäft kam.

2) Den Vorwurf, Dombrowski habe sich nicht zum Befehlsempfänger der Stadtverwaltung gemacht, haben wir nicht erhoben. Wir haben aber den schweren Vorwurf aufgestellt, daß sich Dombrowski über ein dem Oberbürgermeister und Berufskollegen gegebenes Versprechen hinweggesetzt hat.

3) Wieder einmal hat der „Allgemeinen Zeitung“ eine parteipolitische Tendenz ferngelegen. Es muß schon jemand sehr naiv sein, um ihm einen solchen Bären auch heute noch aufbinden zu können.

4) Herr Dombrowski meint, unsere „Angriffe“ seien Punkt für Punkt widerlegt. Darauf warten wir heute noch. Wir wollen das gerade an dem Beispiel der Alzeyer Setzmaschine zeigen. Aus einer gewissen Rücksichtnahme hatten wir zunächst darauf verzichtet, diesen Fall in seinen Einzelheiten zu schildern.

Herr Will von der Mainzer Verlagsanstalt war dreimal in der Rheinhessischen Druckwerkstätte in Alzey, um die Setzmaschine zu holen, davon zweimal mit dem Lkw und einmal mit einem bewaffneten französischen Gendarmen. Sowohl der Inhaber der Firma, Dr. Grau, als auch der Gesellschafter Esselborn, wurden von dem französischen Kommandanten mit Haft bedroht, falls sie sich weigern würden, die Maschine an die Mainzer Verlagsanstalt herauszugeben. Schließlich wurde die Maschine gegen den Willen der Eigentümer weggeholt. Nur unter großen Schwierigkeiten gelang es, die beabsichtigte Beschlagnahmung in eine Zwangsverpachtung umzuwandeln.

So sieht die Rücksichtnahme auf kleinere Betriebe in der Praxis aus. Und so sieht eine „Verpachtung“ aus, die mit französischen Gendarmen und mit der Drohung der Verhaftung erzwungen wurde.

FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH
220 Fifth Avenue
New York 1, N.Y.
March 1952.

Wenn Ihr junges und Mädchen unter 18 Jahren seid und
einen neuen Schreibrfreund in einem anderen Lande sucht, der
die gleichen oder ähnlichen Interessen und Liebhaber hat
wie Ihr selbst hat, so schreibt in Druckschrift oder mit
der Freundschaftsschreibmaschine auf beiliegenden Bogen Euren Namen, Eure
Adresse, Euer Alter, Geschlecht und die Kategorie, für die
Ihr Euch interessiert. Schreibt dann den Bogen an
220 Fifth Avenue,
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH,
New York 1, N.Y.

Wenn Ihr junges und Mädchen unter 18 Jahren seid und
einen neuen Schreibrfreund in einem anderen Lande sucht, der
die gleichen oder ähnlichen Interessen und Liebhaber hat
wie Ihr selbst hat, so schreibt in Druckschrift oder mit
der Freundschaftsschreibmaschine auf beiliegenden Bogen Euren Namen, Eure
Adresse, Euer Alter, Geschlecht und die Kategorie, für die
Ihr Euch interessiert. Schreibt dann den Bogen an
220 Fifth Avenue,
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH,
New York 1, N.Y.

Wenn Ihr junges und Mädchen unter 18 Jahren seid und
einen neuen Schreibrfreund in einem anderen Lande sucht, der
die gleichen oder ähnlichen Interessen und Liebhaber hat
wie Ihr selbst hat, so schreibt in Druckschrift oder mit
der Freundschaftsschreibmaschine auf beiliegenden Bogen Euren Namen, Eure
Adresse, Euer Alter, Geschlecht und die Kategorie, für die
Ihr Euch interessiert. Schreibt dann den Bogen an
220 Fifth Avenue,
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH,
New York 1, N.Y.

Wenn Ihr junges und Mädchen unter 18 Jahren seid und
einen neuen Schreibrfreund in einem anderen Lande sucht, der
die gleichen oder ähnlichen Interessen und Liebhaber hat
wie Ihr selbst hat, so schreibt in Druckschrift oder mit
der Freundschaftsschreibmaschine auf beiliegenden Bogen Euren Namen, Eure
Adresse, Euer Alter, Geschlecht und die Kategorie, für die
Ihr Euch interessiert. Schreibt dann den Bogen an
220 Fifth Avenue,
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH,
New York 1, N.Y.

Die 12 Kategorien, in denen Ihr einen Schreibrfreund
wählen könnt, sind:
1. Litteratur und Journalismus
2. Theater, Tanz, Musik und Gesang
3. Briefmarken + und Fotografie
4. Sport
5. Kunst, Weltfreundschaftskarten + und Technik
6. Wissenschaft
7. Landwirtschaft
8. Haus und Garten
9. Mode und Modetrends
10. Handwerklische Arbeit
11. Weltgeschichte und Weltfreundschaft
12. Weltgeschichte und Weltfreundschaft

+) 20 Freunde werden dieses Jahr zur Verteilung kommen für
die 10 besten Weltfreundschaftskarten und die 10 besten

Geschichten über 3 Briefmarken Eures Landes.

Das Mainzer Druckgewerbe zum Fall Krause

A.Z. Keinerlei Unterstützung gefunden / An Beispielen erläutert
21.6.52

Vom Fachverband Druck, Bezirk Rheinhessen, erhalten wir eine Zuschrift zu dem Millionen-Engagement der Stadt Mainz in der Angelegenheit der Wiesbadener Firma Max Krause. In der Zuschrift heißt es unter anderem:

Das Entgegenkommen der Stadt Mainz steht durch den Vertrag im krassen Gegensatz zu dem bisherigen Verhalten der Stadtverwaltung, welches sie den Druckereibetrieben in Mainz gegenüber gezeigt hat, die sich bemüht haben, zur Erweiterung ihrer Produktionsstätten oder zur Heranziehung qualifizierter Arbeitskräfte eine entsprechende Unterstützung zu erfahren. Wir möchten Ihnen nachstehend einige Tatsachen berichten, die aus den Erfahrungen einiger unserer Mitgliedsfirmen stammen und die wir beliebig erweitern könnten.

Druckhaus Schmidt & Co., Mainz: Dieses Unternehmen hat sich wiederholt bemüht, von der Stadt Mainz Wohnungen für spezialisierte Arbeitskräfte von außerhalb zu erhalten. Eine Unterstützung seitens der Stadtverwaltung ist ausgeblieben. Da die Firma in ihren Räumlichkeiten sehr begrenzt ist, hat sie sich bemüht, Büroräume durch Vermittlung und Unterstützung der Stadt Mainz zu erhalten. Das entsprechende Antragsschreiben ist bis heute nicht beantwortet worden. Wegen des mangelnden Produktionsraumes ist die Firma bei Neuauftstellung von modernen Maschinen gezwungen, wohl dringend benötigte, andere Maschinen nach außerhalb zu verpachten, weil sie wegen des knappen Produktionsraumes selbst nicht eingesetzt werden können.

Eggebrecht & Co. KG., Mainz: Diese Firma ist bis heute noch in der früheren Höheren Töchterschule in der Petersstraße untergebracht. Über den Zustand des Gebäudes brauchen Einzelausführungen nicht gemacht zu werden. Der Vorschlag dieser Firma an die Stadt Mainz ging dahin, aus diesem Gebäudekomplex ein Haus zu erstellen, in dem die vom Osten nach dem Westen übersiedelnden Verlage untergebracht werden könnten. Die Stadtverwaltung hat auf diesen Hinweis, wie zu erwarten war, nicht reagiert. Dieser Hinweis ist insofern mit von Interesse, als er auf der Ebene der Versuche der Mainzer Verlagsanstalt liegt, in einem großen Verlagshaus das gleiche zu verwirklichen.

Adler-Druckerei Fritz Secker, Mainz-Kastel: Diese in Mainz in der Schießgartenstraße vollkommen ausgebombte Firma hat sich noch in einem Schreiben vom März 1952 um eine finanzielle Hilfe an

die Stadtverwaltung Mainz gewandt. Sie wurde von hier an das Amt für Soforthilfe verwiesen. Wegen fehlender Mittel wurde ein normaler Kredit bei der Städtischen Sparkasse vorgeschlagen, der zu den normalen, privaten Bedingungen aufgenommen werden sollte. Es hat sich auch in diesem Falle gezeigt, daß die Stadt Mainz nicht in der Lage ist, den ausgebombten Betrieben in der Stadt irgendwelche Unterstützung zu geben.

Die Beispiele lassen sich um ein Vielfaches vermehren, wo die Stadtverwaltung alles unternommen hat, den Zustand des graphischen Gewerbes so zu belassen, wie er 1945 war. Es muß deshalb Entrüstung hervorrufen, wenn die Stadtverwaltung heute mehrere Millionen für ein ortsfremdes Unternehmen unter den bekannten Bedingungen ausgibt, dabei alle Risiken trägt und die Betriebe, die bisher ein beträchtliches Steueraufkommen sicherten, vollkommen ohne Unterstützung läßt.

Die Vorgenehmigung der Dienstaufsichtsbehörde

Der Südwestfunk meldet: Zur Durchführung des geplanten Bauobjektes für die Firma Max Krause hat der Regierungspräsident von Rheinhessen als zuständige Dienstaufsichts-Behörde der Stadt Mainz eine Vorgenehmigung zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 600 000 Mark beim Landesstock der Arbeitslosenversicherung

erteilt. Diese Vorgenehmigung soll der Stadt Mainz die Verhandlungen mit dem Kreditgeber erleichtern. Außerdem hat der Regierungspräsident bei der Stadt Mainz den Antrag zur Einsichtnahme angefordert.

Nach Angaben des zuständigen Referenten erstreckt sich die Dienstaufschreibt nicht auf eine Beeinflussung von Verträgen der Selbstverwaltungskörperschaften mit Dritten. Es sei lediglich ihre Aufgabe festzustellen, ob der Vertrag den gesetzlichen Vorschriften des Selbstverwaltungsrechtes entspricht und ob die Stadt auferlegten finanziellen Verpflichtungen oder Vermögensänderungen einen materiellen Schaden mit sich bringen könnten. Diese Voraussetzungen seien jedoch bei dem Vertrag der Stadt Mainz mit der Firma Krause nicht gegeben, da die Stadt alleiniger Bauherr sei. Im übrigen müsse es nach dem Selbstverwaltungsrecht der Stadt überlassen bleiben, wie sie ihre Liegenschaften am nutzbringendsten verwenden und in welchem Umfang die von ihren Rechten und ihren Verpflichtungen zur Wirtschaftsförderung Gebrauch mache.

Ein Vernebelungsversuch

4.7.21.6.52
 Die „Freiheit“ veröffentlicht eine spaltenlange Entgegnung auf unsere kritische Auseinandersetzung mit dem Millionen-Engagement, das die Mainzer Stadtverwaltung mit der Wiesbadener Firma Max Krause eingegangen ist. Welche sachlichen Einwände bringt das Blatt vor? Gar keine. Dagegen verschiebt es die Aussprache auf persönliche Angriffe gegen den Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ und auf geschäftliche Unterstellungen gegen die Mainzer Verlagsanstalt. Das ist ein mehr als durchsichtiges Ablenkungsmanöver in einer peinlichen Lage. Trotzdem wollen wir auch darauf antworten, obwohl es kaum der Mühe wert ist.

1. Dem Chefredakteur wird vorgehalten, daß er sich, offenbar nicht ohne Erfolg, mit um den Wiederaufbau des deutschen Zeitungswesens bemüht hat.

2. Dem Chefredakteur wird vorgeworfen, daß er sich nicht zum Befehlsempfänger der Stadtverwaltung hat machen lassen, um vor dem endgültigen, in geheimer Stadtratsitzung vorgenommenen Abschluß des Vertrages die Öffentlichkeit auf die folgenschweren Verpflichtungen hinweisen zu können.

3. Der Mainzer Verlagsanstalt wird unterstellt, daß sie diese Angriffe unternommen habe, um dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister vor den Gemeindewahlen keinen Erfolg mehr zukommen zu lassen.

Irgendeine parteipolitische Tendenz hat uns, als einem parteipolitisch ungebundenen Organ, völlig ferngelegen. Erst die „Freiheit“ hat diese Idee in die Debatte gewor-

fen. Das heißt doch wohl, daß die „Freiheit“ sich von dem Vertragsabschluß einen besonderen Erfolg für ihre Partei versprochen hat.

4. Der Mainzer Verlagsanstalt wird unterschieden, daß sie aus Konkurrenzgründen die Niederlassung der Firma Max Krause, die auch einen Druckerei-Betrieb hat, zu verhindern versucht. Im Anschluß daran wird gefragt, aus welchen Mitteln sie dann den Wiederaufbau ihres Betriebes finanziert habe, warum denn sie nicht Wohnungen für ihre Betriebsangehörigen gebaut und ob sie denn selbst Rücksicht auf andere kleinere Betriebe genommen habe.

Alle diese Fragen wollen wir, obwohl sie gar nicht zur Sache gehören, einzeln beantworten. Wir haben unseren Wiederaufbau teils mit eigenen Mitteln, teils mit deutschen privatwirtschaftlichen Krediten bestritten. Wir haben bisher dabei auch dreifundvierzig Wohnungen für Betriebsangehörige gebaut und eine Reihe von Bauabschüssen gewährt. Darüber hinaus haben wir eine Stiftung in Höhe von 80 000 Mark für in Not geratene Angestellte und Arbeiter errichtet. Wir haben auch Rücksicht auf andere kleinere Betriebe genommen, indem wir jährlich eigene Verlagsaufträge in Höhe von mehreren hunderttausend Mark laufend an sie vergeben haben und auch weiter vergeben werden. Allein daraus erheilt, daß uns irgendwelche Konkurrenzgründe völlig fernliegen. Endlich haben wir als schwer fliegergeschädigtes Unternehmen, um auch das noch zu beantwor-

ten, eine einzige Setzmaschine, und zwar aus einer Alzeyer Druckerei zu einem angemessenen Preis gepachtet und diese Maschine, die lediglich das Herauskommen der Zeitung sicherstellen sollte, nach dreizehn Monaten wieder abgegeben.

Das sind die persönlichen und geschäftlichen Angriffe, welche die „Freiheit“ gegen uns richtet. Sie sind hiermit, Punkt für Punkt, widerlegt. Nicht widerlegt dagegen hat die „Freiheit“ auch nur in einem einzigen Punkt unsere Kritik an dem Vertragsabschluß mit der Firma M. Krause. Sie hat es nicht einmal mit einer einzigen Zeile versucht. Weshalb?

Die „Freiheit“ hat lediglich einen Vernebelungsversuch unternommen. Im übrigen wird man erst die richtigen Maßstäbe zu dem Krause-Vertrag bekommen, wenn man auch die anderen eingegangenen Credit-Verpflichtungen der Stadt unter die Lupe nimmt. Darüber wird wohl noch zu sprechen sein.

Friseur
29. 6. 52. **Nackter Egoismus**

Ein Chefredakteur, ein Ehrenvorsitzender des Journalistenverbandes
Rheinland-Pfalz und ein Geschäft

Die „Allgemeine Zeitung“ in Mainz hat einen Chefredakteur. Erich Dombrowski heißt er. Dieser Chefredakteur Erich Dombrowski ist gleichzeitig Ehrenvorsitzender des Journalistenverbandes Rheinland-Pfalz. Damit aber nicht genug. Denn außerdem ist er Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“ und Chefredakteur verschiedener Zeitungen, die in Personalunion mit der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen. Man sieht, Dombrowski ist nach 1945 ganz gut ins berufliche Geschäft gekommen. Verantwortlicher Mann einer solchen Zeitungsfabrikation zu sein, ist immerhin eine einträgliche Sache.

In dieser Eigenschaft hat Dombrowski und mit ihm die „Allgemeine Zeitung“ in den letzten Jahren mehrmals den untrüglichen Beweis liefern wollen, wie sehr gerade ihnen das so oft zitierte Allgemeininteresse am Herzen liegt.

*
Wir verweisen dabei nur auf seinen unglaublichen Artikel, den er im Zusammenhang mit der von Adenauer betriebenen deutschen Wiederaufrüstung geschrieben hat und in dem er als ein Mann, der über zwei Weltkriege gut hinweggekommen ist und weder auf den Kasernenhof, noch in das Grauen des Krieges mußte, von dem „Menschenmaterial“ sprach, das den Militärstrategen mit der deutschen Jugend zur Verfügung stehe. Der Schreiber dieser Zeilen hatte seinerzeit diese „materialmäßige“ Behandlung der deutschen Jugend in einem offenen Brief in das rechte Licht gerückt. Er glaubte ein Recht dazu zu haben, weil er wie unzählige seiner Altersgenossen den Kasernenhof, den Krieg und die Gefangenschaft bis zur Neige kennengelernt hat.

*
Man könnte sagen, diese Vorgänge, die sich in der hohen Politik abspielen, sind Ansichtssache. Soll jeder selbst sehen, wie er damit fertig wird. Aber Chefredakteur Erich Dombrowski begnügt sich nicht mit der hohen Politik.

Er fühlt sich auch für die Kommunalpolitik der Stadt Mainz verantwortlich. Und auch davon versteht er etwas. Viel mehr als all die Mainzer Männer und Frauen, die seit Jahren eine schwere und undankbare Aufgabe im Stadtparlament und an verantwortlichen Stellen der Stadtverwaltung erfüllen. Viel mehr als die Fraktionen sämtlicher Parteien, sei es nur die CDU, die SPD oder die FDP. Auch viel mehr als der I. Bürgermeister und Rechtsfachmann der Stadtverwaltung, Dr. Schwahn oder gar der sozialdemokratische Oberbürgermeister Franz Stein. Sie alle haben sich nach dem Artikel vom Mittwoch in der Allgemeinen Zeitung unter der Überschrift „Das Millionen - Engagement der Stadt Mainz“, schamvoll nur mit „d“ abgezeichnet, gegen die Mainzer Interessen vergangen.

*
Um welche Interessen es aber hier bei Chefredakteur Dombrowski und der Mainzer Verlagsanstalt geht, das überlassen wir dem Urteil unserer Leser. Hier noch einmal der Ablauf der Vorgänge um die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Stadt Mainz und der Firma Max Krause.

Seit 1945 geht der Ruf von allen Mainzer Kreisen aus, die Stadt brauche nach dem vorläufigen Verlust der rechtsrheinischen Vororte neue Indu-

strien. Industrien, die neue Arbeitsplätze schaffen, Industrien, die das wirtschaftliche Fundament der Stadt erweitern, Industrien, die der Mainzer Geschäftswelt und dem Handwerk neue Käuferkreise zuführen. Alle Mainzer Bürger profitieren letzten Endes aus einer solchen Entwicklung. Selbst wenn in den ersten Jahren gewisse Gelder investiert werden müssen. Wer etwas gewinnen will, muß schon einen Einsatz wagen. Das ist selbst beim Toto so. Zudem liegen die Betriebe, die ihren Standort verlagern oder ein neues Unternehmen gründen wollen, nicht auf der Straße. Es gehört eben eine gewisse Portion Unternehmungsgeist, Initiative und eine geschickte Verhandlungsführung dazu, soll Mainz wirklich zu neuer Blüte erstehen. Zum Glück haben die Männer im Stadtparlament, der Oberbürgermeister und seine Mitarbeiter diese Eigenschaften in den letzten Jahren unter Beweis gestellt.

*
Kaum waren die Jenaer Glaswerke endgültig entschlossen, nach Mainz überzusiedeln, als auch schon neue Verhandlungen mit anderen Firmen liefen. Dazu gehörte die Firma Max Krause. Von diesen Verhandlungen wußte nicht nur der Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“, sondern auch wir. Daß Dombrowski dem Mainzer Oberbürgermeister das Versprechen gab, nichts vor der Vertragsunterzeichnung zu veröffentlichen, ist seine Sache. Wir veröffentlichten nichts aus der Verantwortung gegenüber der Mainzer Bevölkerung, weil wir bei den Vorgängen um die Verlegung der Jenaer Glaswerke erfahren haben, welche Gegenkräfte bei einer vorzeitigen Veröffentlichung auf den Plan gerufen werden.

*
Am vergangenen Dienstag, dem 10. Juni fand nun die Vertragsunterzeichnung bei der Mainzer Stadtverwaltung statt. In einer gleichzeitigen Pressekonferenz wurden die Journalisten über die Einzelheiten unterrichtet. Dabei sprach der Oberbürgermeister die Bitte aus, mit der Veröffentlichung zu warten, bis der Stadtrat als Vertreter der Bevölkerung am nächsten Tag sein endgültiges Wort gesprochen hat. Dieser Bitte stimmten, wie wir bereits berichteten, alle Zeitungs- und Rundfunkvertreter zu, auch der Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“. Daß eine solche freiwillige gegenseitige Verpflichtung auch eingehalten wird, war bisher eine Selbstverständlichkeit unter anständigen Berufskollegen.

Alle Zeitungen, der Rundfunk und auch wir hielten uns an das gegebene Wort. Nur Chefredakteur Dombrowski setzte sich darüber hinweg. Er ging dabei den lächerlichen Umweg, am nächsten Tag das „Wiesbadener Tagblatt“ zu zitieren, dessen Chefredakteur er auch ist. Er hielt es nicht für notwendig, die anderen Berufskollegen vorher von diesem Schritt zu unterrichten. Er tat das, weil er angeblich Mainzer Interessen gefährdet sah. Da für zitiert er Wiesbadener Angriffe.

Wochenlang hat er geschwiegen und dann kam es auf einmal auf 24 Stunden an. Nachdem der Vertrag schon unterzeichnet war. Und das tut ein Mann, der jahrelang von Berufsethos

New-York 1, N.Y.

FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

Sendet Eure handgemalten Weltfreundschaftskarten an:

220 Fifth Avenue,
New-York 1, N.Y.

Wettbewerb teilnehmen.

Nur Buben und Mädel unter 18 Jahren können an diesem Wettbewerb teilnehmen.

Für die Nachstbesten Weltfreundschaftskarten geben werden.

7 Freundschaftsengel

Anmerkung

für die drei besten Weltfreundschaftskarten, welche unser Büro in 1952 erreichen. Außerdem werden als Zeichen besonderer Anerkennung

etwaen Fullfrederhalter

etwa Uhr und

etwa Schreibmaschine,

Diese Jahr geben wir drei Preise:

über das ganze Jahr.

Das Projekt der Weltfreundschaftskarten erstreckt sich

mit der Bitte, sie an Schülern zu verteilen, welche neue Schreib-

jedem Land aus und schicken sie an Lehrer in anderen Ländern

Büro sammelt haben, suchen wir einige Ansatzkarten von

tausend Karten aus verschiedenen Ländern sich in unserem hat, sind aus 25 Ländern hier einige fortan. Sobald einige dem Namen und der Adresse des Schülers, der so geschäftt

Mehr als 34000 handgemalte Weltfreundschaftskarten mit

WELTFREUNDSCHAFTSKARTEN

New-York 1, N.Y.

FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

220 Fifth Avenue

gesprochen hat, der immer wieder Sauberkeit im Journalismus gepredigt hat und diese Sauberkeit gerade unter jungen Kollegen vermisst. Dafür wurde er dann Ehrenvorsitzender.

In der nächsten Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung“, die am Fronleichnamstag erschien, wurde kein Wort über die Vertragsunterzeichnung geschrieben. Kein sachlicher Bericht, kein Bild, keine Würdigung. In der Stille wurde zum großen Schlag ausgeholt. Denn verschiedene Fachkenner äußerten bereits vorher, daß sich die Mainzer Verlagsanstalt so leicht kein neues Konkurrenzunternehmen gefallen lassen würde. Schließlich kommt nicht nur die Briefpapier-Firma Max Krause nach Mainz, sondern mit ihr auch eine große und moderne Druckerei, die Erasmusdruck-Firma Max Krause nämlich.

Wenn das stimmt, dann haben sich zwei schwerwiegende Angriffspunkte für die „Allgemeine Zeitung“ und ihren Chefredakteur ergeben.

1. Dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister, gegen den man von Anfang an Sturm gelaufen ist, darf vor den Wahlen kein Erfolg mehr zukommen.

2. Die drohende Konkurrenz für das eigene Unternehmen — und das ist vielleicht noch viel schlimmer —, muß verhindert werden.

Wir fragen uns nämlich vergebens, welche anderen Betriebe in Mainz durch den Zuzug der Firma Max Krause ernstlich gefährdet werden können. Es genügt, an die Belebung des Mainzer Baumarktes und an die zusätzlichen Käuferschichten zu erinnern, um ein solches Argument zu entblößen.

Rührend auch, wie sehr Dombrowski sein ach so soziales Herz gegenüber der Arbeiterschaft entdeckt hat. Wenn es gilt, um die wirklichen Rechte der Arbeiter zu kämpfen, dann schweigt er oder nimmt dagegen Stellung. Hier soll das tränreiche Mitleid finden Vorschub leisten. Und welches Mitleid mit den anderen Mainzer Betrieben. Hat nicht die Verlagsanstalt selbst einen kleinen Fabrikpalast in der Großen Bleiche hingestellt? Warum hat die Verlagsanstalt damit keine Wohnungen gebaut? Hat die Verlagsanstalt alles aus eigenen Mitteln finanziert? Wenn ja, dann hat sie gut verdient. Hat die Verlagsanstalt dabei Rücksicht auf andere kleinere Betriebe genommen, zu deren Fürsprecher sie sich hier ohne Grund macht? Hat sie etwa in den ersten Nachkriegsjahren auf die Maschinen verzichtet, die aus anderen Betrieben herausgeholt und bei ihr aufgestellt wurden?

Was man selbst nicht zu tun bereit ist, das soll man auch von anderen nicht verlangen.

Wir zweifeln nicht daran, daß die „Allgemeine Zeitung“ weiter gegen die Verlegung der Firma Max Krause nach Mainz schießen wird. Nicht im Mainzer Interesse — nicht im Interesse der Mainzer Geschäftswelt, nicht im Interesse des Mainzer Handwerks, nicht im Interesse der Mainzer Arbeiterschaft. In welchem Interesse wohl?

Die Angriffe gegen einzelne Punkte des Vertrages sachlich zu widerlegen ist Sache der Mainzer Stadtverwaltung. Ebenso ist es Sache der Mainzer Stadtverwaltung, gegen das Nichteinhalten eines gegebenen Versprechens entsprechende Verwahrung einzulegen.

Um das Bild aber zu vervollständigen, sei darauf hingewiesen, daß alle Fraktionen des Stadtrates dem Vertrag ihre Zustimmung gegeben haben. Vorher wurde wochenlang in zuständigen Ausschüssen des Stadtrates darüber verhandelt. Selbst der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Dr. Kirmberger, nahm sowohl an der Unterzeichnung als auch an einem Teil der notwendigen Verhandlungen teil. Soll er auch gegen die Interessen der Mainzer Geschäftswelt verstoßen haben?

Daß Chefredakteur Erich Dombrowski zu allein Überfluß auch noch versucht, Mainz und Wiesbaden gegenüber auszuspielen und dabei mehr Wiesbadener Stimmen zu Wort kommen läßt als Mainzer, stimmt bedenklich. Ob das auch damit zusammenhängt, daß er in Mainz und Wiesbaden Chefredakteur ist? Hierdurch werden wirklich Mainzer Interessen aufs Spiel gesetzt. Hat Wiesbaden auch auf Mainz Rücksicht genommen, als es in den ersten Nachkriegsjahren alle Vorteile für sich hatte? Wie hat sich die „Allgemeine Zeitung“ sogar aufgeregt bei dem Versuch eines Wiesbadener Karnevalzuges. Und jetzt auf einmal wird die Gemeinsamkeit zwischen Mainz und Wiesbaden in die Waagschale geworfen.

Wir könnten ausreichend Beispiele zitieren, aus denen hervorgeht, daß Chefredakteur Dombrowski in viel wichtigeren Fällen geschwiegen hat, in denen für das deutsche Volk viel mehr auf dem Spiel stand. Da hat er nicht mit der Faust auf den Tisch geschlagen, als über den Schuman-Plan, den Generalvertrag und den Verteidigungsvertrag verhandelt wurde und kein Mensch wußte, was eigentlich darin stand. Weil es aber in Mainz um eine neue Druckerei geht, da fühlt er sich aus „lokaltypischen“, und nur aus „lokaltypischen“ Gründen dazu verpflichtet.

Es gibt Menschen, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Weder aus der Zeit vor 1933, noch aus der Zeit danach. Soll am Ende wieder der Brunnengiftung, die Volksverdummung und der rücksichtslose Egoismus stehen?

Leider sind wir auf diesem Weg schon wieder ein erhebliches Stück vorwärtsgekommen. Drum zum Abschluß ein kleines Gedicht von Erich Kästner: Ihr sagt, ihr könnet in uns lesen. Und nicht dazu. Und macht euch klein. Ihr sagt, auch ihr wärt jung gewesen. Es kann ja sein.

Ihr tragt Konfetti in den Bärten und sagt, wir wären nicht allein. Und fänden in euch Weggefährten. Es kann ja sein.

Ihr hüpfst wie Lämmer durch die Auen und tanzt mit Kindern Ringelreihen. Ihr sagt, wir dürfen euch vertrauen. Es kann ja sein.

Ihr mögt uns lieben oder hassen. Ihr treibt dergleichen nur aus Pflicht. Wir sollten uns auf euch verlassen? Ach, lieber nicht!

Betriebe?

nicht mehr folgen!

220 Fifth Avenue,
New-York 1, N.Y.
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

sendet ihm zurück an:

Land finden will, mit dem Ihr Briefmarken und Korrespondenz austauschen könnt, so tutt den beigefügten Bogen aus und sendet ihn zurück an:
Wenn Ihr nun einen Jungen oder ein Mädchen in einem anderen Land finden will, mit dem Ihr Briefmarken und Korrespondenz austauschen möchten.

Wenn die Preise vertreibt sind, werden alle Bogen mit den Briefmarken und den dazugehörigen Geschichten an Jungen und Mädchen in anderen Ländern gesandt werden, welche gerne mit Euch Korrespondenz weiter möchten.

7 Freundschaftsblätter und
ein Full-Freundschaftsblatt
eine Urk.
eine Schreibmaschine,

werden. Diese Preise sind:
10 Preise werden für die 10 besten Geschichten gegeben

nicht mehr als 10 Zellen die Geschichten der Briefmarken in mit der Schreibmaschine neben jede der drei Briefmarken auf einem Bogen Papier und Schreibt in Druckschrift oder (neu oder gestempelt, aber nicht beschädigt). Besteigt sie von Euren eignen Land oder von den Vereinten Nationen aus bewerb für 1952 teilnehmen will, dann wählt drei Briefmarken Wenn Ihr unter 18 Jahre alt seid und an unserm Wett-

Landes?
Kennt Ihr die Geschichten der Briefmarken Eures eignen

bedeutet, die sie auf ihren Briefmarken sehen?
streut, aber wissen sie auch stets, was die kleinen Bilder mitteilen von Briefmarkensammlern, über die ganze Welt ver- die Welt als Ganzes ein besonderes Interesse hegen. Es gibt die vielen kleinen Menschen gestellt, junge und alte, die für marken viele Menschen gestellt, haben Brief-

Die Geschichte unserer Briefmarken.

New York 1, N.Y.

220 Fifth Avenue
FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH

Die Mainzer Geschäftswelt fragt:

Was tut die Stadt für die alteingesessenen

Eine Zuschrift zur Kreditgewährung: „Auf diesem Wege können wir der Verwaltung

eine alteingesessene, durch Kriegseinwirkung total zerstörte Mainzer Firma schreibt uns: A.2.20.6.52

Dem Gewerbeleib und der Initiative seiner wirtschaftenden Bürger verdankt Mainz den hohen Stand städtischer Entwicklung der Vorkriegszeit, der im Sturm zweier massiver Bombenangriffe in Staub und Asche sank. Als der Krieg zu Ende war, haben es sich die gleichen, heimischen Wirtschaftskräfte nicht verdrießen lassen, aus Schutt und Trümmern ihr „goldenes“ Mainz wieder neu erstehen zu lassen. Das ließ sich nicht in zwei, drei Jahren schaffen. Wir sind auch heute noch weit vom Ziel. Vieles mußte dabei improvisiert werden. Wo früher ein schmuckes Geschäftshaus stand, behielt man sich zunächst mit einer primitiven Bretterbude oder mit dem stehengebliebenen Kellergewölbe und ähnlichem, bis man aus Eigennutz die Mittel zu einem Mehr bereitstellen konnte.

Die Anteilnahme der städtischen und sonstigen Behörden an diesem Geschehen beschränkte sich im großen und ganzen darauf, darüber zu wachen, daß allen obrigkeitlichen Vorschriften Rechnung getragen wurde. Gewiß, man freute sich auch darüber, daß aus den Ruinen neues Leben erblühte. Denn dieses begann sich ja als klingende Münze im Städtäckel bemerkbar zu machen. Es ist uns aber kein Fall bekannt geworden, wo es einer Behörde eingefallen wäre, dem kriegsgeschädigten, ansässigen Unternehmer im Hinblick darauf, daß er in langen Friedensjahren treu und brav durch seine Steuerzahlungen die städtischen Aufgaben finanziert hat, nun auch einmal eine finanzielle Beihilfe in Form verbilligter Kredite oder dergleichen anzubieten. Die Sorge um die Beschaffung der Mittel zu dem Aufbau, der ja auch städtischer Wiederaufbau war, überließ man getrost seiner Initiative. Man kümmert sich auch heute noch nicht darum, wenn dieser oder jener Unternehmer nicht weiß, wie er

bei einem Zinsfuß von 10 bis 12 Prozent für die Kredite, die er sich mühevoll beschafft hat, die Zinsen aufbringen, die Kreditabtragsraten zahlen und seine steuerlichen Verpflichtungen erfüllen soll, von den Kosten seiner Lebenshaltung erst gar nicht zu sprechen.

Die Mainzer Geschäftswelt hat sich mit der Stadtverwaltung eins gewußt in deren Kampf um die Krone als Landeshauptstadt. Sie ist ihr auch dankbar dafür, daß der Name der Stadt Mainz als Universitätsstadt in den deutschen Ländern sich eines guten Klanges erfreut. Sie vermag ihr aber auf dem Wege, der mit der Unterzeichnung des Krause-Vertrages beschritten wurde, nicht zu folgen. Die Mittel der Allgemeinheit, die diese ihr zur treuhändischen Verwaltung anvertraut hat, in einem Umfang wie hier zugunsten eines städtischen Unternehmens mit allen sich daraus ergebenden Verpflichtungen einzusetzen, heißt die Verantwortung gegenüber den

Unternehmungen und Personen in Mainz, deren Unternehmungsgeist Mainz den heutigen Stand seiner Nachkriegsentwicklung wesentlich verdankt.

Wenn die Stadt Mainz schon finanziell stark genug ist, um der ausgebombten Industrie beim Wiederaufbau in derartigem Umfang zu helfen, ist es vollkommen unverständlich, daß diese aus städtischen und staatlichen Mitteln gewährte Hilfe nicht in allererster Linie den zerstörten Mainzer Unternehmungen zuteil wird, sondern aus anderen Teilen Deutschlands kommenden Unternehmungen, von welchen die Stadt Mainz niemals einen Pfennig Steuern einnahm. Es gibt gar manche Mainzer Betriebe, die in keiner Weise an den Platz Mainz gebunden sind, anderwärts sogar günstigere wirtschaftliche Möglichkeiten gefunden finden können und auch künftig finden werden, wenn die Stadt Mainz für das Wohlergehen der alteingesessenen, wieder-aufgebauten Betriebe nicht das geringste tut.

Am Horizont: ein städtisches Weinlokal

Will die Stadt dem Gaststättengewerbe ins Handwerk pfuschen?

Aus Mainzer Gastwirtekreisen wird uns geschrieben:

Wenn man ihn hat, ist stadtiger Wein eine feine Einrichtung. Mainz hat ihn. Aber noch nicht den richtigen Ort, wo man ihn höchst offiziell ausschenken kann. Dem soll jetzt abgeholfen werden. Mit einem „städtischen Weinlokal“. In der letzten Stadtratssitzung wurde schon davon gesprochen. Angeblich soll die Stadt auch schon „vorsorglich“ Gelände um den „Eisernen Turm“ angekauft haben, auf dem sich das städtische Weinlokal wohl fühlen soll.

Die Stadt mag ruhig Grundstücke ankaufen, so lange sie Lust und Geld hat. Sie muß es sogar, damit ein Ausgleich für die verkauften Grundstücke geschaffen wird. In diesem Falle aber scheint offensichtlich voreilig gehandelt worden zu sein mit dem Vorsatz, das Gelände für den be-

sagten Zweck zu verwenden. Dieser Pfeuß wird die Mainzer Gastwirte empfindlich auf die Zehen treten. Allerdings kann die Haltung einiger Stadträte fröstitisch stimmen, denn zwei Fraktionen haben bereits unmissverständlich ihre Bedenken gegen ein solches Projekt erhoben.

Man kennt das ja schon. Genau wie beim Fall Krause will auch hier die Stadt sich in Dingen einmischen, die doch Angelegenheit des freien Gewerbes bleiben müssen. Dieser zweite Fall einer kommunalwirtschaftlichen Unkorrektheit läßt Meinungen laut werden, die da sagen, man kenne sich offenbar im Pultverturm im Aufgabenbereich städtischer Transaktionen nicht sonderlich aus. Ob Unkenntnis oder Vorsatz — jedenfalls werden die maßgeblichen Vertreter der freien Marktwirtschaft, hier des Gaststättengewerbes, in Sachen „städtisches Weinlokal“ wachsam bleiben müssen.

Das Millionen-Engagement ^{486.}

Das Riesenprojekt der Firma Max Krause auf Kosten der Mainzer Geschäftswelt,

der Stadt Mainz

der Steuerzahler und Wohnungssuchenden

4.2. Rutsch ins Risiko ^{8.6.} _{52.}

d. Der Millionen-Vertragsabschluß der Mainzer Stadtverwaltung mit der Firma Max Krause hat in weiten Kreisen nicht nur der Gewerbetreibenden eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Es handelt sich dabei, wie wir berichtet haben, um die Übersiedlung jener bekannten Briefpapier-Fabrik (der ein Druckerei- und Buchbinderei-Betrieb angeschlossen ist) von Wiesbaden nach Mainz. Die Öffentlichkeit erfuhr vorher nichts von diesem Millionen-Engagement. Der Stadtrat billigte in geheimer Abstimmung am vergangenen Mittwoch das, was der Oberbürgermeister in wochenlangen Verhandlungen vorbereitet hatte. Die Presse sollte durch eine Sperrverfügung bis dahin mundtot gemacht werden. Die „Allgemeine Zeitung“ hat, wie bekannt, sich im Interesse der Gewerbetreibenden und aller Steuerzahler nicht an diese Sperrverfügung gehalten, um ihre Leser wenigstens über das Wesentlichste des Vertrages vor seiner endgültigen Verabschiebung zu unterrichten.

Wir sind heute in der Lage, den Vertrag in seinem Wortlaut zu veröffentlichen, damit jeder Einwohner der Stadt sich selbst ein Urteil über die Millionen-Verpflichtungen machen kann, welche die Stadt hier über seinen Kopf eingegangen ist. Wir selbst möchten dazu das Folgende sagen:

Der Wirtschaftsraum Mainz—Wiesbaden

Es ist durchaus zu begrüßen, wenn die Stadtverwaltung eifervoll bemüht ist, fremde Betriebe von auswärts heranzuziehen wie die großen Jenaer Glas-

werke, um so Mainz wieder eine neue wirtschaftliche Grundlage zu geben. Insbesondere heißen wir jeden zurückkehrenden Betrieb willkommen, der infolge der Einäscherung der Stadt durch die Bombenangriffe gezwungen war, anderwärts Unterschlupf zu suchen. Darunter befinden sich auch drei Unternehmungen, die seinerzeit nach Wiesbaden geflüchtet sind und die jetzt wieder hierher zurückkommen möchten. Aber wir halten es für sinnwidrig, wenn, darüber hinaus, die Stadt Mainz Betriebe zum Verlassen Wiesbadens veranlaßt, das mit Mainz zusammen ein einheitliches wirtschaftliches Gebiet bildet. Oberbürgermeister Stein hat ja seinerzeit auch dem Wiesbadener Bürgermeister Kluge dahingehende Zusagen gemacht. Wie sich diese Übersiedlung der Firma Krause nach Mainz noch kommunalpolitisch und kommunalwirtschaftlich auswirken wird, gerade auch im Hinblick auf die Rückgliederung unserer Vororte, wird man ja wohl noch abwarten müssen. Zu einer verständnis- und vertrauensvollen Zusammenarbeit der beiden Städte hat dieser Vorgang auf alle Fälle nicht beigetragen. Wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß er nach dieser Richtung hin keine die Stadtschädigenden Rückwirkungen haben werde.

Die Stadt beschafft die Geider

Nun der Vertrag selbst. Was hätte näher gelegen, als daß die Firma Max Krause in Wiesbaden oder im Lande Hessen die erforderlichen Kredite aufgenommen hätte, um dort ihre zu eng gewordenen Betriebsräumlichkeiten zu erweitern. Aber die Kreditwiese war dort offenbar bereits abgegrast, und so wandte Krause sich an Mainz, wo er im wahren Sinne des Wortes mit offenen Armen und — offenen Händen aufgenommen wurde. Der Vertrag, auf den man sich einigte, belastet Krause mit keinem, aber die Stadt mit allem Risiko. Krause steckt keinen Pfennig in das Unternehmen hinein. Die Stadt Millionen. Die Stadt gibt den Grund und Boden her. Die Stadt finanziert den Bau, dessen Gesamtkosten sich auf drei bis vier Millionen belaufen. Darin ist offenbar noch nicht die Inneneinrichtung, das heißt die Installierung der Maschinen und Apparaturen, der Büoräume und so fort einkalkuliert. Die Stadt hat sich verpflichtet, die notwendigen Kredite aufzubringen. Bis jetzt hat sie eine Million dafür zusammengebracht. Davon entfallen 400 000 Mark auf das Land Rheinland-Pfalz und 600 000 Mark auf das Landesarbeitsamt in Rheinland-Pfalz. Diese Summe reicht gerade nur für den ersten Bauabschnitt aus. Dann ist es, wie der Berliner sagt, zappenduster. Um die weiteren Millionen wird die Stadt bei Geldgebern, na ja: es gibt ja noch Sparkassen und andere öffentliche Institute, antichambrieren müssen. Aber darüber macht man sich vorläufig noch keine Gedanken. Es soll erst einmal darauflos gebaut werden. Krause braucht um die Beschaffung der Moneten keinen Finger krumm zu machen. In drei Jahren, also 1955, soll der Bau fertiggestellt sein.

Aber schließlich wird doch auch die

Firma etwas beizutragen haben, fragt sich der Mann auf der Straße. Nur nicht ungeduldig werden. Die Firma hat lediglich eine Pacht zu bezahlen. Sie ist bloß Mieter und ladet großzügig alle Verantwortungen und Verpflichtungen auf das Haupt des Vermieters, also des Verpächters. Der ist die Stadt Mainz, die ja noch nicht genug am Halse hat. Der Pacht- oder Mietzins ist gleich den Zinsen, welche die Stadt selbst für die von ihr aufgenommenen Millionen-Kredite zu zahlen hat. Wenn heute ein Gewerbetreibender einen Kredit auf der Bank aufnimmt, muß er bei der gegenwärtigen, immer noch gespannten Geldmarktlage, alles in allem (mit den entsprechenden Kosten) rund zehn Prozent bezahlen. Die Öffentlichkeit interessiert es nun außerordentlich, von der Stadt zu erfahren, welche Zinsen sie für die Darlehen des Landes und des Landesarbeitsamtes zu entrichten haben wird. Wir glauben, daß der Unterschied zwischen dem Bankzins und dem Zinsfuß öffentlich hergegebener Gelder sehr erheblich zugunsten Krauses ausfällt.

Das segenspendende Protokoll

Noch interessanter für alle Gewerbetreibenden und übrigen Steuerzahler aber ist das Protokoll, das dem Vertrag beigelegt ist. Auch da wälzt die Firma Krause alles Risiko auf die Stadt ab. Wenn der erste, heute gesicherte Kredit von einer Million erschöpft ist, kann Krause von dem Geschäft zurücktreten, „so weit und so lange die Übernahme der Lasten aus einem zweiten und dritten Bauabschnitt zu für sie untragbaren Verhältnisse führen würde“. Das heißt, in diesem Falle würde die Stadt mit einem Rumpfbau einsam und allein stehen, und Herr Krause würde doch wieder, zum mindesten zu einem Teil, in Wiesbaden bleiben. Das wäre dann ein so unvollendetes Kasernenbau, den man meistbietend an Geschäfte vermieten müßte, um das Geld wenigstens nicht ganz aus dem Pulverturm auf den grünen Rasen hinausgeschüttet zu haben. Für menschliche Wohnungen käme er nicht in Betracht. Immerhin sagen sich beide Teile zu, alles Künftige in „vernünftiger Weise“ zu regeln. Nur ist es im Geschäftsleben so, daß man sich selbst für vernünftig, den anderen für unvernünftig hält, wenn es ans Berappen geht. Aber noch wesentlicher ist, daß die Stadt sich in dem Protokoll verpflichtet, sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dafür einzusetzen, um beiden Krause-Gesellschaften mit beschränkter Haftung alle Hilfen zu gewähren, „die seitens der öffentlichen Hand, sei es auf steuerlichem Gebiet, sei es in sonstiger Weise, in Betracht kommen“.

Subventionierte Konkurrenz

Zusammengefaßt bedeutet das: die Stadt nimmt Millionen-Kredite auf und hat für das Kapital, die Zins- und die Tilgungszahlungen zu haften. Sie wird auf eigenem Gelände ein eigenes Riesengebäude errichten, und wenn es der Firma Krause gefällt, kann sie nach dem ersten Bauabschnitt sich aus der Affäre wieder herausziehen. Die Stadt wird ferner die Firma steuerlich begünstigen und ihr sonst Hilfen (Pluralis) gewähren, soweit das ihr möglich ist. Mit anderen Worten: hier wird ein Großbetrieb mit öffentlichen

Mitteln aufgemacht, während das heimische Gewerbe, das alles aus Eigenem unter den schwierigsten Umständen nach dem Kriegsende wieder mühsam, Stück für Stück, hat aufbauen müssen, heute die größten Anstrengungen machen muß, um seine Zinsverpflichtungen und die Tilgungsquoten privatwirtschaftlicher Kredite aufzubringen. Die Firma Krause gibt selbst an, daß sie hier an tausend Leute beschäftigen will. Selbstverständlich muß Konkurrenz sein, und was nicht mehr lebensfähig ist, muß abtreten. Das liegt im Wesen der freien Marktwirtschaft, für die auch wir eintreten. Aber das Prinzip der freien Marktwirtschaft wird ja hier durch diese ganz ungewöhnlichen Begünstigungen der Risiko-Abwälzung auf die Stadt, die verhältnismäßig geringe Pacht, die weit unter dem üblichen Zinsfuß der Privatwirtschaft liegt, und dazu noch durch die steuerlichen und sonstigen versprochenen Begünstigungen außer Kraft gesetzt. Kein Mainzer Betrieb hat in seinem oft geradezu verzweifelten Aufbaubemühen auch nur einen Pfennig öffentlicher Gelder oder Steuernachlässe erhalten. Im Falle Krause aber werden die Expansionsbedürfnisse einer völlig ortsfremden Firma mit öffentlichen Geldern, Steuervergünstigungen und anderen „Hilfen“ in der großzügigsten Weise befriedigt, und die heimischen Betriebe können sehen, wo siebleiben. Aber noch etwas anderes kommt hinzu.

Der Mangel an Facharbeitern

Da heute schon in Mainz ein ausgesprochener Mangel an Facharbeitern besteht, wird die Großfirma sehr rasch die kleineren und mittleren Betriebe, die Arbeit von Generationen, durch die Entziehung der Arbeitnehmer trockenlegen. Überdies sind heute noch immer zahlreiche Arbeitnehmer gezwungen, außerhalb, meist kümmerlich, zu wohnen, weil sie hier keine Unterkunft finden können. Es ist nach wie vor ein Handeln und Feilschen und unendliches Warten, ehe jemand schließlich, nach Jahren, eine Wohnung bekommt. Mit diesen auswärts wohnenden Arbeitnehmern geht der Stadt, aber zum Teil auch dem Land, die entsprechende Einkommen- und Gewerbesteuer verloren. Unseres Erachtens ist daher der Wohnungsbau allen spekulativen Millionen-Projekten voranzustellen, bei denen das Land Rheinland-Pfalz ja gerade in den letzten Monaten zwei Millionen-Einbußen erlitten hat.

So sieht der Vertrag, so sehen seine voraussichtlichen Folgen aus. Man wird also verstehen, warum wir uns nicht an die Sperrverfügung der Stadtverwaltung gehalten und die ganze Geheimniskrämerie nicht mitgemacht haben. Das Interesse der Allgemeinheit stand uns über der Rücksichtnahme auf irgendwelche Privatinteressen, in die sich die Stadt voreilig hat einspannen lassen. Es wird jetzt Aufgabe der aufsichtführenden Behörden, also des Regierungspräsidiums und der Landesregierung sein, den vom Stadtrat in geheimer Sitzung ohne vorherige Kenntnis der Öffentlichkeit beschlossenen Vertrag einer Prüfung zu unterziehen. Der Landtag wird sich schließlich auch nicht bei einem solchen exemplarischen Fall ausschließen lassen.

Auszüge aus dem Krause-Vertrag

Der Vertrag, den die Stadt Mainz mit der Firma Max Krause in Wiesbaden geschlossen hat, sieht so aus:

Verpächterin errichtet im Laufe der Jahre 1952-1955 ein Bauwerk in drei Bauabschnitten, das ausschließlich für die Produktion und die Verwaltung der Pächterin bestimmt ist.

Zunächst pachtweise Ueberlassung des Bauwerks an die Pächterin. Pachtvertrag bis 31. März 1966.

Der Pachtvertrag kann jederzeit in einen Kaufvertrag umgewandelt werden, was weiteren Vereinbarungen vorbehalten bleibt. Wertermittlung durch eine gemischte Kommission.

Über die Pacht ist folgendes bestimmt:

Während der Pachtzeit wird eine jährliche Pacht erhoben, die in vierteljährlichen Raten jeweils zum Quartalsersten für das zurückliegende Quartal an die Stadtkasse Mainz durch die Pächterin zu überweisen ist. Die Pacht ist eine Kostenpacht. Die Pächterin übernimmt während der Pachtzeit der Verpächterin gegenüber die Verzinsung aller von der Verpächterin für das jeweils in Anspruch genommene Gelände und das Bauwerk aufgewendeten Mittel zusätzlich einer jährlichen Abschreibung von zwei Prozent der Baukosten.

Die Verpächterin gibt der Pächterin die Höhe der Verzinsung aller für das Gelände und das Bauwerk aufzuwendenden Mittel für jeden der drei Bauabschnitte vor Beginn des Bauabschnittes und der eventuellen Hereinnahme eines zur Durchführung des Baues benötigten Kredits auf, damit die Pächterin die ihr aus diesen Zinsen entstehenden Kosten prüfen und, falls dieselben ihr zu ungünstig erscheinen, der Verpächterin bei Hereinnahme günstiger Kredite mit günstigeren Zinsbedingungen behilflich sein kann. Die Verpächterin gibt die ihr entstehenden Zinsen ungeändert an die Pächterin zur Rechnung.

Die für die Errichtung der einzelnen Bauabschnitte durch Kapitalaufnahme entstehenden Kosten werden von der Verpächterin vorgelegt und sind nach Beendigung jedes einzelnen Bauabschnittes durch die Pächterin in den drei gleichen Jahresraten zurückzuzahlen.

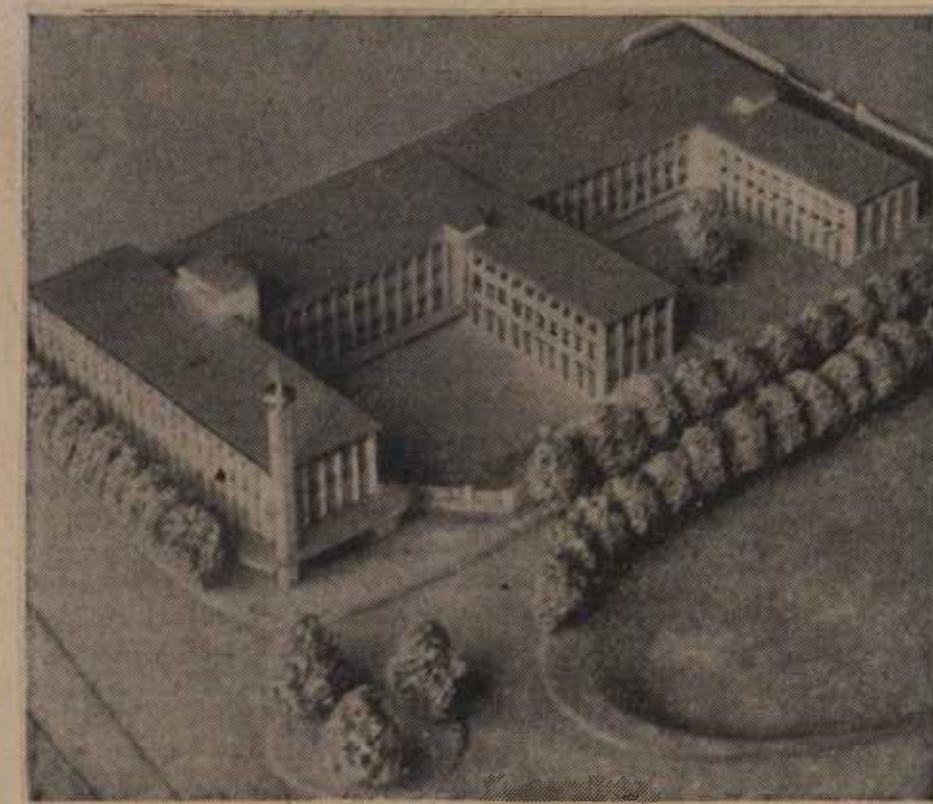
Daneben trägt die Pächterin alle laufenden Aufwendungen und Abgaben, die mit dem Grundstück und dem Bauwerk zusam-

men hängen, einerlei ob sie öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur sind. Die Pächterin übernimmt die ordnungsgemäße Unterhaltung des Bauwerkes. Veränderungsbaumaßnahmen wesentlicher Art führt die Verpächterin durch, nachdem sie vorher die Zustimmung der Stadtverwaltung dazu eingeholt hat.

Laut eines Protokolls ist der Vertrag in der Absicht unterzeichnet, daß er in einer vernünftigen Weise beiden Partnern zum Vorteil gereichen soll. Kein Vertragspartner soll oder wird von dem anderen Partner etwas Unvernünftiges fordern. So wird die Stadt nicht zur Erstellung weiterer Bauabschnitte gezwungen sein, falls diese durch eine zwischenzeitliche Entwicklung unmöglich oder nicht mehr zuvertragbar sein sollte. Den gleichen Schutz genießt die Partnerin, soweit und solange die Übernahme der Lasten aus einem zweiten oder dritten Bauabschnitt zu für sie untragbaren Verhältnissen führen würde. Sollten sich während der Dauer des Pachtvertrages die Geldwertverhältnisse wesentlich ändern, dann sollen die beiderseitigen Interessen jeweils gebührend berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere hinsichtlich des von der Partnerin bei einer späteren Übernahme der Werksanlagen zu zahlenden Kaufpreises. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, daß die Stadt nicht mehr, aber auch nicht weniger erhalten soll, als sie aufgewendet hat. Die Stadt wird, um einen schnellen Wiederaufbau zu gewährleisten, sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dafür einsetzen, daß den beiden Gesellschaften mit beschränkter Haftung alle Hilfen gewährt werden, die seitens der öffentlichen Hand, sei es auf steuerlichem Gebiet, sei es in sonstiger Weise, in Betracht kommen.



Der „Festakt“ der Unterzeichnung



Der Graue-Palast

MAINZ

A.Z. 14.6.52.

Unfug mit Sperrfristen

Wir hatten in unserer Mittwochsausgabe das „Wiesbadener Tagblatt“, das uns in einer Arbeitsgemeinschaft nahesteht, über den Vertrag der Wiesbadener Firma Max Krause mit der Stadt Mainz zu Worte kommen lassen. Es handelte sich dabei um die Verpflichtung von einer Million Mark, die der Staat Rheinland-Pfalz beziehungsweise das Landesarbeitsamt und die Stadt Mainz als Bürg übernommen haben, um die Firma zur Übersiedlung von Wiesbaden nach Mainz zu veranlassen. Der Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ hatte dem Oberbürgermeister seinerzeit zugesagt, nicht durch Veröffentlichungen in das schwedende Verfahren einzutreten, um nicht das Zustandekommen des Abkommens zu gefährden. Diese Zusage ist eingehalten worden. An dem Tage, an dem die Vertreter der Stadtverwaltung mit den Firmeninhabern den Vertrag unterzeichneten, also am Dienstag, 10. Juni, war damit der Zeitpunkt der Bekanntmachung gegeben. Umso mehr, als bereits am nächsten Tage der Stadtrat in geheimer Sitzung dazu endgültig seine Zustimmung geben sollte. Die Öffentlichkeit durfte bei einem so weitgehenden Engagement der Steuerzahler nicht vor einer vollendeten Tatsache gestellt werden. Sie mußte vorher ins Bild gesetzt werden, wenn die Presse nicht auf ihre selbstverständliche Pflicht verzichten wollte, rechtzeitig die Öffentlichkeit über wichtige Vorgänge zu unterrichten.

Der städtische Pressereferent vereinbarte auf einer Konferenz, auf welcher der Vertragsabschluß mit der Firma Krause den Journalisten offiziell mitgeteilt wurde, eine Sperrfrist für die Veröffentlichung bis nach dem Stadtratsbeschuß. Auch unser Vertreter war dabei anwesend, ohne Kenntnis von der persönlichen Absprache zwischen dem Oberbürgermeister und dem Chefredakteur gehabt zu haben.

Wie die Volksvertretung so ist auch die Presse in einem demokratischen Staat das Kontrollorgan gegenüber den behördlichen Instanzen. Wo kämen wir hin, wenn der Presse die Aufgabe zugewiesen werden würde lediglich nachträglich

alles zu registrieren, was hinter verschloßenen Wänden in geheimer Sitzung abgemacht, wenn Millionen-Verpflichtungen eingegangen werden, ohne daß die Öffentlichkeit ein Sterbenswörtchen davon erfährt? Jeder Gesetzentwurf geht gleichzeitig dem Parlament und der Presse, ehe er beraten wird, zu, damit beide Faktoren der Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen können. Wollte man in diesem Falle sich über diese demokratischen Voraussetzungen einfach hinwegsetzen? Wenn das System der Veröffentlichungssperre in allen kitzlichen Fragen Schule mache, würde die Presse und damit die Öffentlichkeit praktisch von jeder wirklichen Teilnahme an dem politischen Geschehen ausgeschlossen.

Eine Nachrichtensperre ist bisher nur üblich gewesen, wenn es sich um den Wortlaut von Reden handelt, die man der Presse zur Orientierung vorher mitteilte mit dem Ersuchen, sie nicht eher zu veröffentlichen, als bis sie gehalten worden sind. In gleicher Weise handelt man bei der Bekanntgabe von diplomatischen Noten, die nicht früher in der Presse erscheinen dürfen, als bis sie überreicht worden sind, weil das dem diplomatischen Verkehr entspricht. Daran wird sich jede Zeitung selbstverständlich halten. Aber es geht nicht an, durch völlig unberechtigte Sperrverfügungen die Öffentlichkeit mit weittragenden finanziell verpflichtenden Vereinbarungen der behördlichen Instanzen zu überrumpeln. Gerade die beiden letzten Fälle in Rheinland-Pfalz, in denen öffentliche Gelder von subventionierten Firmen verschwendet wurden, geben der Presse Veranlassung, mehr denn je darauf zu achten, daß nichts hinter verschlossenen Türen geschieht, was letztlich auf Kosten der Steuerzahler und der vielen Wohnungssuchenden geht.

Tertifabrik verlegt nach Mainz

Ein namhafter Betrieb der rauchlosen Industrie, der seit sieben Jahren am Wiesbadener Stadtstrand ansässig ist, bereitet in diesen Tagen seinen Umzug nach Mainz vor. Die Wiesbadener Stadtverwaltung, die gerade mit Befremden von der geplanten Verlegung der Firma Max Krause nach Mainz Kenntnis nahm, steht erneut vor einem wenig erfreulichen Verlegungsvorhaben.

In dem neuen Fall, der insofern kein „Fall Krause“ ist, als hier der Wunsch mitspricht, in die „alte Heimat Mainz“ zurückzukehren, ist vielleicht für Wiesbaden das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es handelt sich um eine bedeutende Fabrik der Bekleidungsindustrie mit 250 Belegschaftsmitgliedern, die in Mainz 1945 ausgebombt wurde.

800 Arbeitsplätze

Erasmusdruck Max Krause und die Verpackungsfirma
unterzeichnet - Aufbau in drei Abschnitten

KONSEQUENTE MAINZER AUFBAUPOLITIK

Ein neuer Betrieb mit

Briefpapier-Firma Max Krause kommt - Dazu die Druckerei-Firma
Bind & Pack - Vertrag zwischen der Firma und der Stadt

-jo- Man hat den früheren Mainzer Stadtvätern und Oberbürgermeistern den Vorwurf gemacht, sie hätten nicht alle Möglichkeiten wahrgenommen, um Industrie nach Mainz zu bringen. Eine Tatsache, die sich nach der Abschneidung der rechtsrheinischen Vororte um so schmerzlicher bemerkbar machte. Mit einer bewundernswerten Ausdauer ist die jetzige Stadtverwaltung, voran Oberbürgermeister Stein, bestrebt, diese Versäumnisse wett zu machen. Nachdem erst vor kurzem die Fabrikation in den Jenaer Glaswerken aufgenommen werden konnte, kommt jetzt eine neue gute Nachricht: die weltbekannte Briefpapier-Firma Max Krause zusammen mit der Druckerei-Firma Erasmusdruck Max Krause und der Verpackungsfirma Bind & Pack bauen in Mainz einen neuen Betrieb in drei Etappen auf, der 800 Menschen einen neuen Arbeitsplatz geben wird. *Emm 13.6.52*

Am Dienstag wurde der Vertrag bereits im Mainzer Stadthaus unterschrieben. Am Mittwoch hatte sich der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung damit zu beschäftigen. Der Aufbau kann also beginnen. Aufbaugelände: Binger Straße — Ecke Wallstraße. Aufbau in drei Abschnitten. Ziel: Ein großes modernes Fabrikgebäude, das dieselbe Kapazität umfasst wie das frühere, jetzt zerstörte große Werk in Berlin. Zunächst kommt die Firma Erasmus-Druck Max Krause, die Firma Bind & Pack und dann auch die Firma Max Krause mit ihrer Brief-

papier-Fabrikation. Dauer des Gesamtaufbaues: etwa drei Jahre.

Wer kennt das weltberühmte Briefpapier MK nicht? „Schreibste mir, schreibste ihr, schreibste auf MK-Papier“. Die Firma Max Krause wurde bereits am 1. Januar 1865 gegründet. Nach einem stetigen Aufstieg, bei dem sich das Briefpapier MK in der ganzen Welt durchsetzte, wurden die großen, modernen Fabrikationsräume in Berlin einschließlich aller dort befindlichen Maschinen und Vorräte völlig zerstört. Ebenso alle anderen Fabrikationsstätten und Filialen der Firma in Ost- und Mitteleuropa.

Trotzdem ging es gleich wieder an den Aufbau. Die Berliner Verhältnisse zwangen dazu, den Neuaufbau in Westdeutschland vorzunehmen. Im Jahre 1945 bereits wurde der erste Anfang in München gemacht. Dann entstand von 1946 bis 1949 in mühseliger Kleinarbeit in Wiesbaden das MK-Haus in der Stiftstraße. Die Entwicklung hat dazu geführt, daß die Räume, die in Wiesbaden zur Verfügung stehen, nicht nur viel zu eng sind, sondern auch dem weiteren Ausbau der Firmen nicht mehr genügen.

Der Seniorchef der Firma, Dr. Reinhold Krause, meinte auf der Pressekonferenz am Dienstag: „Wir kommen so gern nach Mainz, wie wir in Mainz aufgenommen werden“. Wer sollte sich als Mainzer nicht darüber freuen? Möge und der Seniorchef der Firma Max Krause deshalb der Aufbau des Werkes nicht nur der Firma, sondern auch unserer Stadt zu einer glücklichen Vorwärtsentwicklung verhelfen.

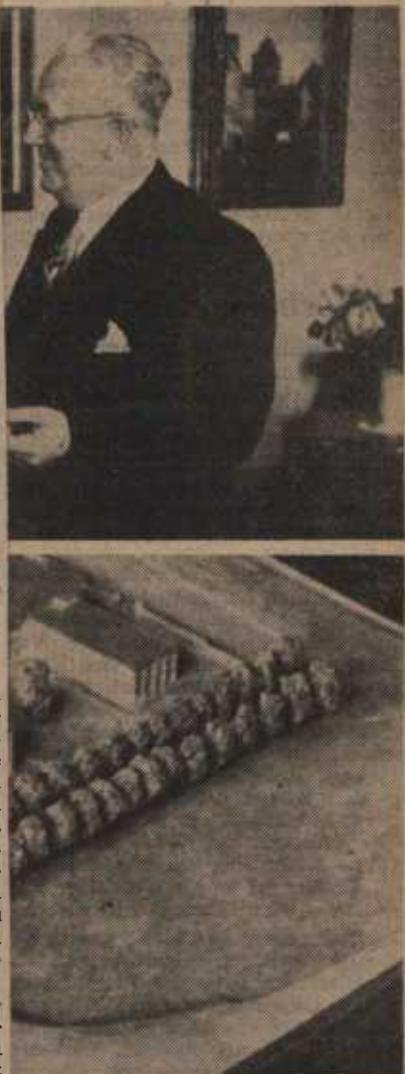


Foto: Pfülf

neues Blatt auf die gleiche Art.
mochten, als Platz auf diesem Bogen ist, so beginnt bitte ein
Falls in Eurer Gruppe noch mehr Schüler sind, die teilnehmen

| Name | Adresse | Junge/Mädchen | Alter | Nummer der Kartei |
|------|---------|---------------|-------|-------------------|
| | | | | |

Bitte in Druckschrift oder mit Schreibmaschine ausfüllen und
zurücksenden an: FRIENDSHIP AMONG CHILDREN AND YOUTH
220 Fifth Avenue, New York 1, N.Y.

M. K. kommt nach Mainz

Das "Wiesbadener Tagblatt" schreibt: A.Z. 11.6.52

Das früher in Leipzig ansässig gewesene MK-Haus Max Krause, Briefpapier- und Briefhüllen-Fabrik sowie Druckerei- und Buchbindereibetrieb, die seit einigen Jahren ihre Fabrikation in der ehemaligen Stiftsstraßenschule in Wiesbaden betreiben, beabsichtigen, in Mainz neue Fabrikationsräume und Werksanlagen zu errichten. Die Verhandlungen zur Überlassung von geeigneten Grundstücken, die bereits seit einiger Zeit zwischen der Stadt Mainz und der Firma Krause geführt wurden, sind am Dienstag zum Abschluß gekommen, nachdem der Stadtrats-Ausschuß einstimmig dem Vertrage zugestimmt hat. Die Firma Krause erhält einen Kredit von einer Million Mark, wovon 600 000 Mark vom Landesarbeitsamt und 400 000 Mark vom Land Rheinland-Pfalz gewährt werden.

Die Stadt Mainz übernimmt die Bürgschaft für die einzutragende Hypothek und für die Zinsen. Diese Million dient dem ersten Bauabschnitt. Für das ganze Pro-

STÄDTISCHES THEATER MAINZ

Heute, 11. 6., 19.30 Uhr: Schwarzwäldmädel
Abonnement F
Donnerstag, 12. 6., 20 Uhr: Schwarzwäldmädel
Abonnement C

jetzt werden noch zwei weitere Millionen erforderlich sein, welche die Firma erst noch aufzubringen hat. Es handelt sich um einen Betrieb mit mehreren hundert Arbeitnehmern.

Der Wiesbadener und der Schiersteiner Betrieb werden vorläufig in ihrem Standort verbleiben. Doch ist damit zu rechnen, daß sie nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit den Mainzer Werken angegliedert werden. Bis zur Inbetriebnahme der neuerrichteten Anlagen in Mainz werden in Anbetracht des umfangreichen Projekts mehrere Jahre vergehen.

Heute findet eine geheime Stadtratssitzung in Mainz statt, in der dieses Projekt auf der Tagesordnung zur endgültigen Beschlusshaltung steht.

Was sagt Bürgermeister Kluge?

Bürgermeister Kluge gab dem "Wiesbadener Tagblatt" hierzu folgende Erklärung ab: "Ich bin über die Verlegungsabsichten der Firma Max Krause unterrichtet gewesen und weiß sehr wohl, was es bedeutet, daß diese Firma, die in unsere Wirtschaftsstruktur sehr gut paßt, die Stadt Wiesbaden verlassen will. Die Stadt war jedoch nicht in der Lage, der Firma Max Krause eine Zusage zu machen, nachdem sie mitgeteilt hatte, daß sie ein günstiges Angsbot aus Mainz habe, weil diese Mitteilung sehr kurzfristig vor der Wahl erfolgte. Mit Rücksicht auf die Wahl konnte eine derartig schwerwiegende Entscheidung dem Stadtparlament nicht mehr vorgelegt werden."

Bürgermeister Kluge betonte, daß es der Stadt Wiesbaden ohne die Hilfe des Landes Hessen nicht möglich gewesen sei, die Firma zu halten. Vermutlich sei auch die Stadt Mainz nicht in der Lage, die erforderlichen Gelder ohne Hilfe des Landes Rheinland-Pfalz aufzubringen. Der Bürgermeister sagte weiter, daß er nur bedauere, daß die Stadt Mainz ihre Wirtschaftswerbung hier im Stadtgebiet in ihrer unmittelbaren Nähe betreibe. Das sei um so bedauerlicher, als doch der ganze Raum Mainz-Wiesbaden wirtschaftlich gekräftigt werden solle. Das könne zweifellos dann nicht geschehen, wenn die beiden Teile dieses Raumes sich unter erheblichen Opfern gegenseitig Konkurrenz machen.

